

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Steteljähr. 3.00 M., monatl. 1.10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechs-spaltige Kolonne
jeber deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Besprechungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Der Eieranz um das Schreckgespenst.

Der Edle von Klinkowström, der für die Regie-
rung den arg mißglückten Versuch unternahm, ob der Reichs-
tag für ein kleines Ausnahmegesetz gegen die sozialistische
Presse zu haben sein möchte, hat aus Anlaß seines gesetz-
geberischen Staats-Rettungsversuchs im Reichstag neulich
darnlos, wie ein Junker manchmal ist, verrathen, welche
Aufgabe eigentlich die Parlaments-Präsidenten nach kon-
servativer Anschauung zu erfüllen haben: Sie sollen den
targen Konstitutionalismus, den wir in Deutschland besitzen,
völlig ersticken, die verruchte Immunität des freien Wortes
dadurch aufheben, daß sie Zensur, Staatsanwalt, Richter und
Gefängniswärter in einer Person sind. Der Präsident erklärt
einfach jede Kritik, die den herrschenden Gewalten nicht
lieblich in die Ohren klingt, für unparlamentarisch und so
ist auf dem Wege der Hausordnung der immer dreifacher
sich gebende Absolutismus der regierenden Parteien vor
den fatalen Pfeilen des freien Wortes geschützt. Die unab-
hängige Presse kann alsdann, so viel sie nur mag, die
Reden der Abgeordneten verbreiten, sie wird damit keinen
anderen Eindruck erzielen, als wenn sie die amtlichen
Nachrichten des „Reichs-Anzeigers“ abdruckt — denn diese
Reden werden ohne Kraft und Kühnheit sein, die weil
jede Spitze abgebrochen, jeder Funke ausgeblasen ist —
von dem allgewaltigen Präsidenten, der mit der Sturmlocke
des Unparlamentarischen selbst den gellenden Beckruf der
Wahrheit zu überhören vermag.

Dieses Gemälde des junkerlichen Zukunftsstaats ist leider
nicht das Phantasie-Eigenthum des Herrn v. Klinkowström.
Der Mann hat nur unvorsichtig ausgeplaudert, was nach
einer stillschweigenden Uebereinkunft die Praxis der Präsidenten
sein zu sollen scheint. Es wäre sehr unrichtig, die letzten Vor-
gänge im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenbanke
von der humoristischen Seite zu nehmen. Denn es handelt sich
um nichts weniger als die Kumakung des Präsidiums, reaktionäre
Vollst. zu treiben, die parlamentarische Freiheit der Rede und
der Kritik durch die formalen Mittel der Hausordnung auf-
zuheben oder wenigstens zu beengen.

Der katholische Junker v. Ballestrem und der pro-
testantische Junker v. Kröcher — sie beide haben Auffassungen
über das ihnen von Volkes Gnaden verliehene Recht befunden,
als ob sie sich von Gottes Gnaden fühlten. Die neuliche
Anerkennung der guten Disziplin des Reichstags durch die
„Krenz-Zeitung“ verrieth dieselbe Meinung von den präsidialen
Pflichten, die Ballestrem und Kröcher, der den Ausdrück Eieranz
unzulässig fand, durch die That geltend gemacht haben,
und Herr v. Frege bereits als lustige Person travestirt hat,
als er das Wort Schreckgespenst für unparlamentarisch
erklärte.

Besonders wichtig ist die Ballestrem'sche Theorie von der
Unzulässigkeit der parlamentarischen Erörterung kaiserlicher
Kundgebungen, sofern sie nicht dem Reichstag amtlich zur
Kenntniß gelangt sind. Das Veto des Präsidenten betraf die
Oeynhausner Rede, obwohl sie sowohl das amtliche Telegraphen-
bureau verbreitet, als auch der „Reichs-Anzeiger“ veröffent-
licht hat. Herr v. Ballestrem muthet also dem Reichstag zu,
über eine Rede zu schweigen, die nicht nur alle Welt auf
das Lebhafteste beschäftigt hat, sondern von der offenbar der
Kaiser selbst gewußt hat, daß sie so weit wie möglich be-
kannt werden möchte, weil sie seine innersten Herzens-
meinungen aussprach. Der Reichstag aber weiß nichts von
der Rede, er muß sich selbst zum besten halten und eine
unwürdige Komödie künstlicher Taubstummheit spielen — das
ist, nach Herrn Ballestrem, allein parlamentarisch zulässig.

Wir schließen uns denen an, die angesichts solcher beispiel-
losen präsidialen Uebergriffe gemeint haben, das Parlament
müsse die geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des Präsidiums
in der Richtung revidiren, daß sie genau und unabweisbar
abgegrenzt werden. Der Präsident hat für die äußere Ordnung
Sorge zu tragen. Er hat aber kein Recht, die Kritik irgend-
wie einzuschränken, und vor allem ist es nicht seine Sache,
die verantwortliche oder unverantwortliche Regierung gegen
die Kritik zu schützen. Die Schärfe der Kritik aber wird be-
dingt durch die Wucht des Temperaments und die Energie
der Ueberzeugung — auch das steht dem Präsidenten nicht zu,
den Stil der Reden nach höfischen Schönheitsregeln zu
händigen. Der Präsident darf eben kein Zensur und kein
Hofmeister sein. Wird das Recht der freien Aussprache ver-
kimmert, so ist der Parlamentarismus geistig todt. Der
Abgeordnete aber wird zu jener tiefunethischen Methode der
verhüllenden Andeutung genöthigt, die leider unsere Publizität
demoralisirt. Und in der Sache, wenn auch nicht in der
Form, unparlamentarisch ist der Eieranz um das
Schreckgespenst — der Wahrheit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar.

Der Reichstag hat heute Ruhe in Sad und Asche für
die geistige Beifügung — er hörte eine halbstündige Predigt
des verstorbenen Hofpredigers und Sozialreformators Stöcker
an. Und Reden Verstorbener, namentlich wenn sie als „zweite
Luther“ auf der Erde gewandelt haben, besitzen etwas ganz
besonders Eindringliches, weil sie die Vergänglichkeit alles
Irdischen so recht augenfällig zur Anschauung und Empfindung

bringen. Es ist eine demonstratio ad oculos. Uebrigens
haben wir dem Reichstag gestern unrecht gethan. Er hat sich
doch nicht so ganz leichtsinnig frivol in die Weindisfussion hinein-
gestürzt. Er hat sich durch eine ernste Handlung das Recht der
baccischen Fröhlichkeit erkaufte. Die ernste Handlung war die
Verweigerung des Antrages Rintelens auf Abänderung
der Strafprozeß-Ordnung vor eine Kommission. Dieser An-
trag enthält die vom Reichstag wiederholt verhandelten, zum
Theil angenommenen, von der Reichsregierung aber nach be-
kannter Sitte in den Papierkorb geworfenen Anträge zu
Gunsten der Entschädigung unschuldig Verurtheilter, der Ver-
urteilung in Strafsachen u. s. w. Zu einer Debatte kam es nicht.
Die Parteien hatten sich dahin geeinigt, nur kurze Erklärungen
abgeben zu lassen. Unsererseits geschah dies durch Frohne,
der in kurzen kräftigen Worten die Nothwendigkeit der ge-
forderten, so überaus bescheidenen Reformen darlegte und
die deutsche Rechtspflege hinwies, die sich durch die
draconischen Strafurtheile wegen verhältnismäßig gering-
fügiger Vergehen und durch die Majestätsbeleidigungs-Prozesse
den Stempel der Klassenjustiz aufgedrückt habe.

Also heute ein Bußtag. Wenigstens ein Bußprediger.
Stöcker auf der Kanzel. Er geht noch um als — Schred-
gespenst, darf man nicht sagen, seit Herr Frege
das Wort aus der Parlamentssprache verbannt hat —
aber als Geist geht er noch um, der einstige Vertrauens-
mann Bismarcks, der Original-Organisator der Judenbühne,
und Virtuoso der christlichen Sozialdemagogie. Als Geist auf
den Trümmern vergangener Herrlichkeit, melancholischer Blick,
melancholische Stimme — geisthaft die ganze Erscheinung.
Herzerreißend sein Jammer, daß „die Freudigkeit der Sozial-
reform“ geschwunden sei — herzerreißend seine Klage, daß
„der agrarische Zug“ die Sozialreform geschädigt habe. —
Und die Zeit sei der Sozialreform doch so günstig — meinte
der Geist Stöcker's — habe doch der Stuttgarter Kongreß ge-
zeigt, daß die Sozialdemokratie auf dem Wege ist, eine sozial-
reformatorische Partei zu werden; — man denke nur an
Vollmar und Schippel! Ein Fruchthausgesetz sei deshalb
auch nicht opportun. Ach — der Geist Stöcker's
fand nicht die mitleidigen Herzen, die er gesucht, und er
verließ seufzend die Kanzel, nachdem er, verzweifelt
an dem Geschlecht der Erwachsenen, pathetisch sich an „die
Jugend“ gewandt, aus der Jugend aber, durch alte Gewohn-
heit verführt, „Juden“ gemacht, und dadurch einen Sturm
wenig erwinnter Heiterkeit entsefelt hatte.

Nach einem kurzen Zwischenpiel, in welchem der Fort-
schrittler Müller sich für Musterfugung und gegen unläutereren
Wettbewerb, der Antisemit Bäckel für eine National-
bibliothek (nicht ein National-Juchthaus) und der National-
liberale Gasse für eine Eisdampfer-Expedition begeisterte —
wurde die Debatte über Sozialreform wieder im Ernst
aufgenommen. Vier sozialdemokratische Redner bestiegen nach
einander die Rednerbühne und jede der vier Reden war eine
Anklage gegen die heutige Gesellschaft und gegen die laze
Handhabung der ohnehin so mangelhaften Arbeiterrecht-
Gesetze. Horn führte aus der Glasindustrie, Hoch aus der
Baumindustrie, Albrecht aus der Konfektionsindustrie und
Schneider geradezu grauenhafte Bilder sozialer Unterdrückung
und sozialen Elends war. Tödtlich lange Arbeitszeit, mangelnder
Schutz gegen Verunglückung, Vernachlässigung aller hygienischen
Maßregeln — und die Behörden thun entweder nichts, oder
was sie thun, wird in die Länge gezogen und ist unwirksam.
Den drei Rednern, von denen zwei, Hoch und Albrecht, ihre
„Jungfernreden“ hielten, stand eine Fülle statistischen Materials
zu Gebote, gegen das Herr v. Pofadowsky nicht ankämpfen
konnte. Zum Schluß gab Genosse Schwarz aus Lübeck
ein schlagendes Beispiel von Unternehmerr-Terrorismus
und rügte das auf die Langlebanchie der so lange schon
versprochenen Seemanns-Ordnung.

Um 6 Uhr schließt die Debatte über den Staatssekretär
des Innern und die Sitzung.

Morgen Schwerinstag: Jesuiten-Antrag; Antrag über
Gewerbeverträge.

Der Schluß der preussischen Etatsdebatte.

Der letzte Tag der Etatsberatung im Abgeordnetenhause brachte
keine Ueberraschungen mehr. Fast alle Parteien und die Minister
haben sich bereits geeinigt, so daß die Redner, die heute zu Worte
kamen, sich fast nur in Wiederholungen ergingen.

Der Reigen eröffnete der bekannte Zeitungs-Geheimrath
Fehr v. Jedlich (freil.), der, wie alljährlich, als seine Aufgabe
betrachtete, die Regierung zu schmeicheln und energischem
Vorgehen in allen Fragen des Staatslebens anzuweisen. Jivischen
ihm und dem konservativen Redner Dr. v. Heydebrandt, der
später zu Worte kam, trat eine bemerkenswerthe grundsätzliche Ver-
schiedenheit in der Auffassung über die parlamentarische Kritik des
Legnadrignungs- und Bestätigungsrechtes zu Tage.
Während Fehr v. Jedlich diese Handlungen als Regierungsalte bezeichnete,
meinte v. Heydebrandt, daß Legnadrignung und Bestätigung lediglich
Sache des Königs sei und daß das Parlament hierüber nicht mit-
reden dürfe. Wenn der Minister für diese Handlungen
verantwortlich sei, so sei er es höchstens vor sich selbst, nicht aber
vor der Vollvertretung, und er habe nicht die Pflicht, dieser Rede
und Antwort zu stehen.

Nach einer scharfen, aber durchaus berechtigten Verurtheilung
der Polenpolitik der Regierung seitens des Abg. Moritz
und einer ebenso scharfen Erwiderung des Ministers Riquel, der sich
vergeblich bemühte, sachliche Gründe für das Verhalten der Regierung
anzuführen, folgte eine Reihe langweiliger Reden. Abg. v. Staunh (L.)
brach eine Lanze für den Galatienverein; Abg. v. Gerner (natl.)
erzählte eine Stunde lang Wize, die selbst auf dieses Haus keinen

Eindruck machten, und Abg. Schmieding (natl.) legte die Sonds
der Kritik an die Eisenbahn-Politik des Finanzministers. Aber
keiner dieser Redner fand das Ohr des Hauses, da alles gespannt
auf den Schluß des Dramas, die Abrechnung des freisinnigen
Abg. Richter mit dem Minister des Innern lauerte.

Eugen Richter enttäuschte die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht.
Schlag auf Schlag widerlegte er die gestrige Rede des Ministers,
der nicht den Muth fand, nach einmal zu erwidern. Auch die Rechte
zog es vor, statt einer sachlichen Entgegnung dem Redner durch
Fischen ihre Abbilligung auszudrücken. Auch dem Präsidenten
v. Kröcher verseyte Richter für sein gestriges Vorgehen gegen ihn
einen kleinen Stieb: Er sprach von dem „Salat“, den der
Minister des Innern angerührt habe; als ihn darauf zu-
gerufen wurde, das Wort „Salat“ sei nicht parlamentarisch,
parodierte er: „Das kommt ganz auf die Auffassung des jeweiligen
Präsidenten an.“

Wie üblich wurde der Etat an die Budgetkommission über-
wiesen. Auffallend ist es, daß während der ganzen Etatberatung
die Agrarier, was sonst nicht ihre Gewohnheit ist, kein Klagegeschrei
über ihre Noth angehört haben. Was mag hinter den Kulissen
vorgegangen sein? Im welschen Preis, den schließlich das Volk
zahlen muß, ist der „Kochleidenden“ ihr Mund gestopft?

Mittwoch findet die Besprechung der freisinnigen Interpellation
über die Ausweisungen aus Nord-Schleswig statt.

Zur Abrüstungskonferenz des Zaren liegt heute die folgende
Weldung aus Petersburg vor:

Nach den bisher gemachten Wahrnehmungen scheint es, daß das
Programm der Abrüstungskonferenz nirgends auf prinzipielle Ein-
wendungen stoßen wird. Man hegt hier die Hoffnung, daß der
Zusammentritt der Konferenz Anfang März möglich sein werde.

Und aus Paris wird berichtet: In hiesigen diplomatischen
Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die Wahl von Brüssel
zum Sitze der Abrüstungskonferenz überall Zustimmung finden werde.
Falls dies eintritt, so würden sich die beteiligten Mächte in der
Konferenz nicht durch den Vorkasster am russischen Hofe, wie es im
Falle der Abhaltung der Konferenz in Petersburg geschehen wäre,
sondern durch speziell zu diesem Zwecke ernannte Delegierte vertreten
lassen.

Nach Berichten aus London soll das Jirkular des Zaren in dem
Vorhause eines Sanktionsgesetzes gipfelt, ohne daß die
Staaten an den Sanktionsvertrag ihre Entschlüsse gebunden wären.
Der Zar sei aber überzeugt, daß die Macht der öffentlichen
Meinung demart stark sein werde, daß kein Staat es wagen
würde, sich dem Sanktionsvertrag zu entziehen. Der internationale
politische status quo soll nach denselben Quellen in der Konferenz
nicht berührt werden.

Deutsches Reich.

Hoffkonservatismus.

Die hösische, durch Heldorf's Führung gekennzeichnete Rich-
tung der konservativen Partei ist Jahre lang zurückgedrängt gewesen.
Was sich konservativ nannte, war junkerliches Rebellenthum, das in
den Antisemiten und Landwirthschaftlern willige Hände für die Er-
ledigung der allzu unfeinen Arbeiten fand. Die wohlfrisierten
Parzelliranten wogten sich kaum noch hervor, das larnende
Vogelwetter vertrat sich trefflich mit dem intimen Kultus
heingiger Majestätsbeleidigungen, Kanzler und Minister errenten
sich der respektlosten Behandlung, die Hammerstein, Pflüg,
Liebermann von Sonnenberg, lieierten den Geist der konservativen
Parteipolitik und der grollende Hasser in Friedrichsruh war Götter-
bild und Orakel für die feudale Fronde, der auch ein großer Theil
der Verwaltungsbeamten, namentlich der Landräthe, unbedingte Folge
und förderliche Dienste leistete; der neue Kurs glaubte sich nicht stark
genug, um den revolutionisirenden Anhängern des alten mit den sonst
beliebten Mitteln der Gewaltpolitik entgegen zu treten. Die neuen
Herren fühlten sich isolirt, oben und unten feindselig belauert, und
die peinliche Sorge der völligen Verlassenheit drängte den ungrimmigen:
Daß so weit zurück, daß man sich selbst zu den bekannten Berlin-
Friedrichsruher Verhöhrungs-Heeren hergab.

Dieses Verhältnis hat sich in der letzten Zeit von Grund aus geändert.
Der sozialpolitische Reformeifer war ein unüberlegter Einfall von
gestern geworden. Die Regierung wurde Mann für Mann von den
liberalen oder auch nur wohlwollender Ideen verdächtigen Männern
geändert. Die neuen Männer segelten längst zwischen den alten
Tonnen und hatten den Schweiß ausgegeben, eine andere Fahrstraße
durch Klippen und Untiefen sich zu bahnen. Bismarck'sche Reaktions-
weisheit wurde epigonenhaft nachgeschlumpert. Dazu stiegen die Ge-
treibepreise, und der Alte im Sackenswalde schied durch seinen Tod
aus allen persönlichen drohenden Kombinationen aus. Schred-
gespenster, die auch nicht ein bißchen mehr leben, sind für die kon-
servativen Heute- und Westpolitiker unverwerthbar. Endlich aber
zeigte sich eine sehr bedenkliche Konjunktur: das Zentrum wurde
so sehr Regierungspartei, daß die Konservativen fürchten mußten, am
Ende entbehrlich zu werden. Und so ist man heute wieder bei Heldorf
angelangt.

Die Konservativen schwänzen wieder im Loyalitätsstod, und sie
wetteifern mit denen um Lieber, oben wohlgefällig zu duffen. Die
Regeljahre sind vergessen und, statt im Schreien den Indegriff einer
zielbewußten Politik zu sehen, köpeln sie höfisch und blingeln den
Staatsmännern in den Ministerhotelis teuzergerben zu. Sie find wieder
einig, einig, einig, die Regierenden und Nebenregirenden der Reaktion.

Ein kleines Gehehmiß illustriert diese Wandlung der kon-
servativen Partei. Der Reichstags-Abgeordnete v. d. Gröben-
Krenstein, der konservative Mathematiker, der neulich
den Landwirtschaftsminister v. Hammerstein in einer ge-
lungenen Gleichung als Null ermittelte, hat aus der
Fraktion auscheiden müssen. Und das wegen der
unympen brieflichen Aeußerung: Hammerstein = 0! In der Kera
Capriwi wäre der Mann wegen einer derartigen Kritik zum Vor-
sitzenden der konservativen Partei ernannt worden. Heute gilt
als Parteipflicht, die wahren Gefühle schon zu ver-
schließen und dem demokratischen Gesindel in der himmel-
den Verehrung der Autoritäten ein gutes Beispiel zu geben.
Auch ein konservativer Mann muß sich immer noch der Mode zu
heiden verstehen. Der umsäzlerische Bruder Bauer mit dem zu-
fälligen Grosentel hat den großen, blauen Gendstittel wieder mit



dem solid gepolsterten Gehrod lokalster Ueberzeugung verkauft, der sich gemäß dem von den besagten Watten-Gefühlen geschwellten deutschen Unsen imponierend bläst. v. d. Größen-Krenstein ist ein Opfer der Mode geworden, die heute in der Henschel das Kennzeichen vornehmsten Geschmacks sieht.

In die Seele Hohenlohe's, der zuverlässigen Gerüchten zufolge seit einigen Jahren die Stellung eines deutschen Reichskanzlers versieht, hat ein französischer Lokalblatt einen tiefen Einblick genommen. Wie es nämlich „von absolut eingeweicht“ Seite hört, wird der alte Mann im Frühjahr d. J. bestimmt so müde sein, daß er seinen Titel nicht mehr tragen kann. So etwas nennen die absolut eingeweichten Seiten entweder eine Krise oder eine Falschmeldung. Daß Fürst Hohenlohe im Frühjahr müde des Amtes sein wird, bezweifeln wir nicht; das ist er schon seit seiner Ernennung. Ob aber das Amt alsdann seiner schon so müde geworden sein wird, daß es eine andere Persönlichkeit beglücken wird, das vermag niemand zu ermessen. Das wird bestimmt durch das Wohlgefallen und seine Nudungen. Das französische Blatt demuziert bereits als Hohenlohe's Nachfolger den Oberpräsidenten von Hessen-Rassau, Fiedrich Trümpfer, den Mann der allerschönlichsten Volksschule. Uns ist jeder Name das gleiche Programm — der Programm-Lojigkeit.

Hohenlohe vollendet übrigens am 31. März das 80. Lebensjahr. Die am Weibstahl der Zeit stehenden Krüppelpropheten vermuten, daß der Fürst sich seine Demission auf den Geburtstagstisch zu legen wünscht.

**Sozialistenhege.** Wie die „Neuzeitliche Tribune“ in Vera mittheilt, ist Genosse Dr. Helphand (Barbus) auch aus Neuz. 2. ausgewiesen worden, wohn er sich nach seiner Ausweisung aus Sachen begeben hatte. In dem Ausweisungsbefehl heißt es, daß das Ministerium erfahren habe, Dr. Helphand sei wegen seiner sozialrevolutionären Bestimmung aus Preußen und Sachsen ausgewiesen. Weiter, daß nach Erundigungen über seine hiesige Lebensweise er dieselbe Bestimmung betätigt und er deshalb innerhalb 24 Stunden unser Staatsgebiet zu verlassen habe.

Kein Zweifel, daß diese Ausweisung ihren Ursprung bei der Berliner Zentralstelle zur Ueberwachung der sozialistischen Bewegung hat. Es ist sehr bezeichnend, daß selbst ein Bundesstaat, der sonst keine Unabhängigkeit gegenüber Preußen betont, sich den Berliner Wünschen beugt, sobald es sich darum handelt, einen Vertreter der Arbeiterbewegung zu verfolgen und heimathlos zu machen.

**Der angeklagte Geschentwurf, betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau,** ist nunmehr dem Bundesrath zugegangen. Danach unterliegen Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde, deren Fleisch zum Genuß von Menschen verwendet werden soll, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Bei Rindvieh und Schafen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben. Vor und nach der Schlachtung darf unterbleiben die Untersuchung von Schafen und Ziegen, sowie von noch nicht drei Monate alten Kälbern und Schweinen, wenn die Thiere keine Merkmale einer Krankheit zeigen und das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers des Thieres verwendet werden soll. Zur Vornahme der Untersuchungen werden „Veschaubezirke“ gebildet und für jeden Bezirk mindestens ein Beschauber und ein Stellvertreter — thümlichst approbirt Thierärzte — angestellt. Ohne ertheilte Genehmigung darf kein Thier geschlachtet werden. Nach der Schlachtung ununtersucht befundenes Fleisch ist von der Polizeibehörde in ungeschicklicher Weise zu beseitigen, soweit nicht seine Verwendung zu anderen Zwecken polizeilich zugelassen ist. Bedingt ungeschicklich befundenes Fleisch kann unter vorgeschriebenen Sicherungsmaßnahmen zum Genuß für Menschen braudbar gemacht werden, der Vertrieb solchen Fleisches ist aber nur unter einer die Beschaffenheit des Fleisches erkennbar machenden Bezeichnung zulässig. Solches Fleisch darf nicht mit anderem zusammen feil gehalten werden und von Gastwirthen nur unter besonderer polizeilicher Genehmigung verabreicht werden und mit Anbringung eines besonders deutlichen Aufschlags, der an die Augen fallender Stelle die Beschaffenheit des Fleisches bekannt giebt. Denselben Vorschriften unterliegt Fleisch, das zwar zum Genuß für Menschen ungeschicklich, aber nur einer niedrigeren Nahrung, oder Genußwerth besitzt. Fleisch, welches in das Zollland eingeführt wird, unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Zur Ausführung des Gesetzes stellen dem Bundesrath weigehende Vollmachten zu. Die Uebertretung der Bestimmungen soll mit Gefängniß bis sechs Monat und mit Geldstrafe bis 1500 M. oder mit einer dieser Strafen geahndet werden.

**Die Frage der Beschäftigung des Berliner Oberbürgermeisters** wird immer räthselhafter, oder richtiger ausgedrückt — immer weniger räthselhaft. Der Minister des Innern hatte die Verzögerung darauf zurückgeführt, daß eine notwendige mündliche Aushandlung wegen Abwesenheit der betreffenden Personen auf Urlaub nicht habe abgehalten werden können. Aber alle Personen in amtlicher Stellung, so versichert das „Berl. Tagebl.“, die in irgend einer Weise mit der Beschäftigungsfrage in Verbindung gebracht werden könnten, sind zur Zeit im Dienst und auch in der letzten Zeit nicht im Urlaub gewesen. Man steht also einem neuen Räthsel gegenüber.

**Eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung** wird Zeitungsnachrichten zufolge von der Reichsregierung vorbereitet, welche für Geschäftsanstellung eine zehnständige, ununterbrochene Ruhezeit und einstündige Tischzeit, falls außerhalb des Geschäfts gearbeitet wird, vorgeschreibt. Ausnahmen werden für Weihnachts-, zur Inventur zc. zugelassen. Falls zwei bis drei Geschäftsinhaber es beantragen, kann von der Ortsbehörde ein obligatorischer Geschäftsführer von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens mit dem Verbot des Geschäftsbetriebs während dieser Zeit verfügt haben. — Man wird abzuwarten haben, welche thatsächlichen Absichten der Regierung diesen Zeitungsmeldungen zu Grunde liegen.

**Preussischer Städtetag.** In der heutigen zweiten und letzten Sitzung beschäftigte sich der Städtetag mit der Frage der Fleischversorgung der Städte. Verichterstatte Stadtrath Dr. Weigert-Berlin brachte einen Antrag ein, dessen Begründung sich mit der bekannten Denkschrift des Berliner Magistrats deckte. Oberbürgermeister Delbrück-Danzig und Oberbürgermeister Fuhs-Niel bestritten jedoch einen der Regierung weit mehr entgegenkommenden Antrag, zu dessen Gunsten der Berliner Antrag dann zurückgezogen wurde. Der Antrag Delbrück-Fuhs, der einstimmig angenommen wurde, lautet:

Der Städtetag wolle beschließen:

1) Die Vertreter der preussischen Städte sind von der Rothwendigkeit wirksamer veterinärpolizeilicher Maßregeln gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Auslande überzeugt und halten dieselben nicht nur im allgemeinen Landesinteresse, sondern auch im wirtschaftlichen Interesse der Städte selbst für geboten. Sie erstreben aber auch eine ausgiebige Fleischversorgung der Städte, welche den minderbegüterten und insbesondere den von Handarbeit lebenden Massen der städtischen Bevölkerung den Fleischgenuß in einem Umfange, einer Art und zu Preisen gewährleistet, welche der Lebenshaltung und den Löhnen dieser Bevölkerungsklassen entsprechen, für wirtschaftlich gleich bedeutungsvoll.

2) Da sich in einer Anzahl von preussischen Städten die Fleischpreise, namentlich die Preise des Schweinefleisches, seit geraumer Zeit auf einer Höhe erhalten haben, welche eine derartige Fleischversorgung der minderbegüterten und der arbeitenden Massen in Frage stellt und die Ueberschneidung dieser Preise in erster Linie in Art und Umfang der an den Grenzen getroffenen veterinärpolizeilichen Schutzmaßnahmen zu suchen ist, erscheint es geboten, daß bei Ausübung der

durch § 7 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 gegebenen Vollmachten und bei der Auswahl der zu ihrer Durchführung zur Verfügung stehenden Mittel einer ausgiebigen Versorgung der Städte mit Fleisch thümlichst Rechnung getragen wird.

3. Um diese Versorgung sicher zu stellen, sollte von der nach dem angegebenen Gesetzesparagrafen zugelassenen Maßregel des Einfuhrverbots nur unter möglicher zeitlicher und örtlicher Beschränkung und nur zur Abwehr einer unmittelbaren und in größerem Umfange bedrohlichen Seuche des angrenzenden Auslandes Gebrauch gemacht werden.

4. Die möglichst baldige und einheitliche Durchführung einer strengen Fleischschau ist für das Deutsche Reich notwendig. Die Fleischschau hat sich auf inländische wie auf ausländische Schlachtprodukte zu erstrecken.

5. Der Vorstand wird ersucht, bei dem Herrn Reichskanzler und dem königlich preussischen Staatsministerium im Sinne der vorstehenden Beschlüsse vorstellig zu werden.

Sodann beschäftigte sich der Städtetag mit dem „Sach des Kleingewerbes gegen die Waarenhäuser“. Es fand eine lebhafteste Debatte statt, bis schließlich folgender Antrag Abides-Frankfurt a. M. fast einstimmig angenommen wurde.

1. Es kann nicht die Aufgabe der Gesetzgebung sein, die fortschreitende Entwidlung des Kleinhandels-Großbetriebes, soweit sie dem Entwicklungsstande des gesamten Wirtschaftslebens entspricht, mit gesetzgeberischen Maßregeln zu bekämpfen. 2. Dagegen ist eine der wirtschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Handelsbetriebe entsprechende Umgestaltung der gewerblichen Besteuerung als eine Anforderung der Billigkeit und Gerechtigkeit zu bezeichnen. 3. Die Festsetzung der Einzelheiten einer solchen Besteuerung muß wegen der örtlichen Verhältnisse den Gemeinden überlassen bleiben. Dazu ist jedoch erforderlich, daß durch Staatsgesetz eine anderweitige Grundlage der gewerblichen Besteuerung geschaffen werde. 4. Außerdem ist es Sache des Staates, die steuerliche Bevorzugung der Genossenschaften aufzuheben und der unmittelbaren und mittelbaren Förderung großkapitalistischer Kleinhandelsbetriebe auch in der Form der Genossenschaften vorzuziehen.

Zu bemerken ist, daß kein Regierungsbeamter den Verhandlungen des Städtetages beizuhörte. In jeder Versammlung der Agrarier und Jünglingszöglinge werden deren zwei und drei entsandt.

**Betreffs der Pensionirung** an solche Beamten, die infolge von Dienstvergehen im Disziplinarverfahren entlassen werden müssen, hat der Minister für öffentliche Arbeiten eine neue Verfügung erlassen, dergemäß bei der Dienstentlassung eines pensionberechtigten Beamten, dessen Vergehen infolge besonderer Umstände eine mildere Beurteilung zuläßt und dem deshalb auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre ein Theil seines Pensionsanspruches als Unterhaltung zugewilligt werden kann, in Zukunft nach folgenden Gesichtspunkten verfahren werden soll: „Als Umstände, welche eine mildere Beurteilung zulassen, können alle diejenigen Thatsachen in Betracht kommen, welche überhaupt für die Strafzumessung von Erheblichkeit sind. Insbesondere können dabei auch berücksichtigt werden, z. B. bisherige tadellose Führung; lange vorwurfsfreie Dienstleistung; früher erworbenere besondere Verdienste; eifriges Bemühen, die Folgen der Straftat wieder gut zu machen und dergleichen. Ferner spricht das Gesetz aus, daß die in Rede stehende Bewilligung „als Unterhaltung“ erfolgt und giebt dadurch zu erkennen, daß die äußeren Verhältnisse des Angeklagten ebenfalls in Betracht gezogen werden sollen. Hiernach würde es z. B. nicht gerechtfertigt sein, verhältnismäßig jungen und völlig erwerbsfähigen Beamten erhebliche Bruchtheile der gesetzlichen Pension, wohl gar auf Lebenszeit, zu bewilligen. Ein solches Verfahren würde die Bedeutung und Wirkung der Dienstentlassung als des schwersten Disziplinarmittels illusorisch machen und einem unwürdigen Beamten die Vortheile der Pensionirung mittels Dienstvergehens erreichbar erscheinen lassen unter Umständen, unter denen dieselben einem „würdigen“ zum Austritt vom Staatsdienste geneigten Beamten versagt bleiben müssen.“

**Sonderbare Friedensapostel.** In München hat sich ein Komitee zur Veranstaltung von Sympathie-Kundgebungen für die Friedenskonferenz gebildet. Es gehören ihm unter Anderen an der Präsident der Akademie der Wissenschaften, v. Pettenkofer, der erste Bürgermeister v. Porst, der erste Vorstand des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten, Pandits-Abgeordneter Friedrich Schöth, der erzbischöfliche Generalvikar Dr. Thegler, der liberale Reichstags-Abg. für München I, Schwarz zc. Nach auswärts ist Fühlung genommen und die Gründung ähnlicher Komitees in anderen Orten eingeleitet.

Die meisten der Herren, die sich hier für den Frieden einschwürten, bewilligen lustig jede Willkürvorlage und wirken mit an der Aufrechterhaltung alles militärischen Unwesens.

**Das Schweinefleisch im Kleinhandel** kostet nach einer Zusammenstellung der vom Statistischen Bureau in Berlin herausgegebenen „Statist. Anz.“ im Kalenderjahr 1898 für den Durchschnitt des ganzen Königreichs Preußen 1.39 M. pro Kilo, das sind 7 Pf. mehr als im Vorjahr und im Erntejahr 1897/98 durchschnittlich 1.38 M. oder 12 Pf. mehr als im Vorjahr. Das wollen angeführt dieser amtlich festgestellten Thatsache, daß im Durchschnitt des ganzen Jahres für das ganze Königreich das Schweinefleisch pro Pfund 7 Pf. theurer war als im Vorjahr, alle agrarischen Ablegnungen der Fleischsteuer bedeuten!

**Der Anarchisten** will sich auch die halle'sche Polizei vergewissern. Vor einigen Tagen wurde eine Anzahl dortiger Anarchisten nach dem Polizeibureau bestellt, wo ihre Personalien genau festgestellt wurden. Auch eine Handschriftenprobe wurde verlangt und merkwürdigerweise erklärten sich auch sämtliche der Jünglinge bereit, eine solche zu geben. Das Anfragen, Resungen vorzunehmen, wurde nicht gestellt.

**Ein vernichtendes Urtheil über die patriotische Reklamliteratur** fällt die „Kölnische Zeitung“. Sie erwähnt die von der katholischen Presse vorgebrachten Klagen über buchhändlerische Spekulationen auf religiöse Volkskreise und schreibt dazu: „Wir glauben diesen durchaus berechtigten Klagen schon um deswillen weitere Verbreitung schaffen zu sollen, weil auch auf nationale Gebiete sich ein ähnlicher Mißbrauch in den letzten Jahren breit zu machen begonnen hat. Wir brauchen nur an die mannigfachen „buchhändlerischen“ oder „künstlerischen“ Unternehmungen zu erinnern, welche versucht haben, hervorragende deutsche Gedentage, so den 25jährigen Erinnerungstag der Erchtung des Deutschen Reiches, den 100jährigen Geburtstag Kaiser Wilhelms des Siegreichen, den Todestag des Fürsten Bismarck für solche rein geschäftlichen Spekulationen auszunutzen.“ — Wenn bisher die Sozialdemokraten den Schwindel dieser patriotischen Schundliteratur aufdeckten, dann wurden sie natürlich zum vaterlandslosen Gesindel geworfen.

**Weimar, 24. Januar.** Der weimarische Landtag ist zur Erledigung der im vorigen Jahre unerledigt gebliebenen Vorlagen und Initiativanträge auf Montag, den 6. Februar, einberufen worden.

**Rürnberger Rathhausfreisinn.** Aus Rürnberg wird und geschrieben: Hier wird bekanntlich seit Längem daran gekämpft, ob eine Reihe neuer Straßenzuglinien in städtische Regie überzunehmen oder, wie der Rathhausfreisinn wünscht, einer Privatgesellschaft, einer Tochtergesellschaft des Schuderischen Unternehmens, überlassen werden soll. Unter dem Eindruck einer großen Demonstrationen-Versammlung der Arbeiterschaft im November v. J. wagte das Gemeindegemeindegremium nicht, den Vertrag mit der Schudergesellschaft zu genehmigen. Es wurde nochmalige „eingehende Prüfung“ beschlossen. Der Ausschuss, dem die Sache übertragen wurde, entschied sich jedoch nach ganz kurzer Verathung wiederum für Privatbetrieb. Das Hauptargument des menschlichen Referenten bildet der Hinweis auf den Berliner Beschluß über das Elektrizitätswerk. Der Magistrat trat eiligst ohne Diskussion dem Beschlusse des Ausschusses bei.

Aber die sozialdemokratische Partei, die in dieser Frage auch breite Schichten des anders wählenden Kleinbürgerthums hinter sich hat, war weit entfernt, sich ein derartiges Verfahren bieten zu lassen.

Nach einer eindringlichen Diskussion in der Presse war auf dem letzten Sonntag eine neue Versammlung einberufen worden, die mit dem Kommunalparlament und seinen Rathschaffern streng im Einklang ging. Es sollen alle gesetzlichen Schritte unternommen werden, um den Beschluß des Magistrats wirkungslos zu machen, das Gemeindegemeindegremium ist nochmals aufgefördert worden, ihm die Zustimmung zu verweigern und sich für Regiebetrieb auszusprechen. Der Kampf ist jetzt auf seinem Höhepunkte angelangt: eine bessere Einleitung zu den bevorstehenden Gemeindevahlen, die hoffentlich auch uns wenigstens einige kleine Erfolge bringen werden, war gar nicht denkbar.

**Stuttgart, 24. Januar.** In der Kammer der Abgeordneten wurde der Demokrat Payer mit 82 von 84 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten und Dr. Kiene mit 73 Stimmen zum Vize-Präsidenten wiedergewählt.

### Die Steuerreform in Bayern.

München, 22. Januar.

Die Einberufung der Abgeordnetenkammer ist für den 7. Februar in Aussicht genommen. Wie bereits berichtet, wird sich das bayerische Abgeordnetenhaus zunächst mit den Steuerergesetzen zu befassen haben. Die jetzige Steuerlegislation ist, vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, nicht mehr länger aufrecht zu erhalten. Es werden erhoben: Grundsteuer, Haussteuer, Einkommen-, Kapitalrenten- und Gewerbesteuer. Außerdem eine Hundsteuer, welche, wegen ihrer Bedeutungslosigkeit, außer Betracht bleiben kann. Grund- und Haussteuer beruhen auf den Gesetzen des Jahres 1850 und sind von der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Veränderung völlig unberührt geblieben. Grund- und Bodenwerthe sind im Verlaufe von 50 Jahren um 100 bis 200 pCt. gestiegen, die Steuer wird immer noch nach den im Jahre 1850 festgelegten Grundwerten erhoben. Die Haussteuer wird nach dem eingeschätzten Werth der Gebäude erhoben, die auf einem Anwesen ruhen, bleiben unberücksichtigt, sobald der Besitzer, dem kein Ziegel auf dem Dache gehört, dieselbe Steuer zu tragen hat, wie sein Nachbar mit einem schuldensfreien Anwesen. In diesen beiden Steuergattungen geht auch die jetzige Vorlage unbeachtet vorüber. Reformirt werden nur Einkommen-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer. Jetzt findet die Einkommensteuer dieser Objekte auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1881 statt. Die Einkommensteuer wird angelegt in der I. Abtheilung nach vier Abtheilungen mit 60 Pf., 90 Pf., 1 M. 40 Pf. und 1 M. 80 Pf.; in der II. Abtheilung nach Klassen. Es sind 20 Klassen vorgesehen. Steuerfreiheit kennt man in Bayern bei einem etatsmäßigen Einkommen nur für Arbeiter unter 18 Jahren. Von einem Einkommen bis zu 350 M. sind 90 Pf. Steuer zu entrichten, von einem Einkommen zwischen 1000 und 12000 M. 118 M. und so fort in der Weise, daß jede weiteren 1500 M. eine weitere Klasse mit einer Steuererhöhung von je 18 M. bilden; in der III. Abtheilung sind die höchsten Einkommen unbegrenzt, die Steuer wird nach einem festen Procentmaß erhoben, in der Art, daß jeweilig die ersten 1020 M. des betreffenden Einkommens mit 1/2 pCt. (oder 1 Pf. von je 3 M.), die nächsten 510 M. mit 2/3 pCt. (oder 2 Pf. von je 3 M.) und jeder weitere Betrag mit 1 pCt. besteuert wird. Der höchste Steuerbetrag ist also jetzt 1 pCt. des Einkommens. Die hohen Einkommen sind somit sehr gering besteuert.

Die Anlage der Kapitalrentensteuer erfolgt mit 1/2 pCt. bei einer Jahresrente von 40 bis 100 Mark und steigt bis 3/2 pCt. bei einer Jahresrente von mehr als 1000 Mark. Dabei endet die Steigerung.

Die nunmehr zu beratenden Gesetze sind auf der Grundlage aufgebaut, die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, die größeren Einkommen stärker heranzuziehen. Steuerfreiheit für Gewerbeeinkommen ist auch in neuen Gesetzentwürfen nur für Personen unter 18 Jahren, hinsichtlich ihres Arbeitsverdienstes, vorgesehen. Für die bisherige Einkommensteuer der Einkommen waren 20 Klassen vorgesehen, der neue Gesetzentwurf enthält 32 Klassen. Nur an einigen Beispielen wollen wir die Grundlagen des vorliegenden Gesetzentwurfes feststellen, zum Vergleich fügen wir die im jetzigen Gesetze enthaltenen Ziffern in Klammern bei.

**Einkommensteuer I. Abtheilung.** Die Steuer wird nach 3 Abtheilungen (4) mit 50 Pf., 1 M. und 2 M. (60 Pf., 90 Pf., 1 M., 40 Pf., 1 M. 80 Pf.) erhoben. II. Abtheilung 32 Klassen (20).

1. Klasse: Einkommen bis zu 500 M., 50 Pf. Steuer (bisher 1 M. 80 Pf.). 5. Klasse: Einkommen zwischen 1050 und 1200 M., 4 M. (bisher 5 M. 40 Pf.). 12. Klasse: Einkommen zwischen 2400 und 2700 M., 15 M. (bisher 10 M. 50 Pf.). 20. Klasse: Einkommen zwischen 5500 und 6000 M., 57 M. (bisher 54 M.). 30. Klasse: Einkommen zwischen 11000 und 12000 M., 165 M. (bisher 118 M.).

Die Steuer steigt bei einem Einkommen

von mehr als	bis einsch.	in Klassen von	um je
14000 M.	22000 M.	1000 M.	20 M.
22000 "	34000 "	1000 "	30 "
34000 "	40000 "	1000 "	40 "

Die Einkommen von mehr als 40000 M. bis einschließlich 41000 M. beträgt die Steuer 1000 M. Bei höheren Einkommen steigen die Klassen um je 1000 M. und es beträgt die Steuer jeweils zweieinhalb vom Hundert; bei einem Einkommen über 50000 M. aber drei vom Hundert, mit welchem die vorausgehende Klasse endet. Drei Prozent (bisher 1 pCt.) ist der höchste Steuerbetrag. Eine Verbesserung ist auch insofern vorgesehen, als Lantemien zur Steuer herangezogen werden, was bisher nicht geschehen ist.

Bei der Kapitalrentensteuer ist eine weitergehende Steuerbefreiung als jetzt vorgesehen. Jahresrenten bis 70 M. (bisher 40 M.) sind steuerfrei, in der Steuerklasse ist eine stärkere Progression der Renten, von 30000 M. aufwärts, beantragt, der höchste Steuerbetrag endet mit 4 1/2 pCt. (bisher 4 pCt.)

Im Großen und Ganzen ist die in Aussicht genommene Steuerreform, im Vergleich zu den jetzigen Zuständen, ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Wenn die direkte progressive Einkommensteuer jetzt noch nicht zu erreichen ist, wird man als Nothbehelf wohl dieser Reform zustimmen können. Anders liegen die Verhältnisse bei der Gewerbesteuer. Darüber werden wir uns ein anderes Mal äußern.

### Dänische Lieder.

Aus Schleswig wird und geschrieben: Vor dem Hardburger Amtsgericht hat sich dieser Tage eine Verhandlung abgespielt, deren Gegenstand noch bis zur höchsten Instanz die Gerichte beschäftigen dürfte und die typisch ist für die Art der jetzt in Nordschleswig geübten Prozedur den Dänen gegenüber. Ein Müller Niels Hansen hatte im November 1898 Hochzeit gehalten, zu dessen Feier er einige Tage später eine festlichste Veranstaltung. Hierbei wurden dänische und deutsche Lieder gesungen, was zur Folge hatte, daß etwa 12 Gäste einen Strafbefehl wegen Singens aufreizender dänischer Lieder, der Festgeber selbst wegen Aufforderung hierzu, erhielten. Ueber diese Strafbefehle hatte nun bis obige Amtsgericht zu befinden. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Anwalt gegen den Müller 120 M. und gegen die Uebrigen je 60 M. Geldstrafe beantragte und das Gericht auf 60—10 M. erkannte. Die Höhe der Strafen, 60, 40 M. wegen Singens eines dänischen Liedes in geschlossener Gesellschaft ist nun weniger verwunderlich. Was der Verhandlung weitere Interesse giebt, war die Aufrollung der Frage, ob die Polizeiverordnung, die das Singen aufreizender Lieder mit Strafe bedroht, noch gültig sei. Nach dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Abe aus Flensburg, stellt sich die Sache wie folgt: Die fragliche Verordnung ist 1865 erlassen, zu einer Zeit, wo die Herzogthümer eben durch Waffengewalt von Dänemark losgerissen waren. Die Hieher bei einem großen Theil der Bevölkerung herrschende Erbitterung machte sich in allerlei Demonstrationen Luft, unter Anderem auch in dem Singen dänischer Lieder. Zur Unterdrückung dieser Demonstrationen erfolgten polizeiliche Maßnahmen, so auch das Verbot des Absingens dänischer Lieder, die aufreizend oder in nationaler Beziehung beleidigend waren. Dieses Verbot wurde „bis auf Weiteres“ erlassen, woraus erhellt, daß der Zustand kein



einander sein solle. Die Verordnung geriet dann in Vergessenheit, bis sie endlich vor einigen Jahren von diesem oder jenem Beamten wieder ausgegraben sei. Sie hätte jedoch ohne vorherige Erneuerung nicht wieder benutzt werden dürfen. Fraglich sei es auch, ob nicht durch die Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches gegen Störungen der öffentlichen Ordnung diese Verordnung ungültig geworden sei. Wie gesagt, werden sich voraussichtlich die höheren Instanzen mit der Billigkeit der Verordnung noch zu beschäftigen haben.

## Ausland.

### Die Lage in Belgien.

Brüssel, 23. Januar. (Fig. Ver.) Die Ministerkrise ist beendet, die Seiten de Rayer und Riffens, in dem Ministerium immer noch die Liberalen und die Befähigtesten, sind durch die Abgeordneten Libaert und Cooreman ersetzt. Der Kriegsminister Vandenspeereboom, der „Soldat des Königs“ hat provisorisch die Ministerpräsidentenämter übernommen. Die im Amt gebliebenen Minister und ihre zwei neu eingetretenen Kollegen sind also bereit, die von Leopold II geplanten Wahlrechts-Berichtigungen vor der Kammer zu vertreten. Der saubere Plan geht dahin, durch eine neue Wahlkreiseinteilung die Zahl der demokratischen und sozialistischen Abgeordneten zu vermindern. Das reaktionäre Land soll den Städten gegenüber bevorzugt werden. So würde z. B. die Stadt Gent mit etwa 180 000 Einwohnern nur drei Abgeordnete erhalten, während die liberale Umgebung mit ihrer Bevölkerung von 160 000 deren fünf zu wählen hätte.

Die nächsten Wahlen bringen durch die Gründung der Allianz aller oppositionellen Parteien, sofern an dem jetzigen Wahlrecht nichts geändert wird, den Liberalen ohne Zweifel eine tiefe Schlappe; es würden ihnen wenigstens 48 Sitze verloren gehen. Das ist es, was der König fürchtet, er weiß, daß er unter einem radikal-sozialistischen Ministerium noch weniger wie jetzt irgend welchen Einfluß ausüben könnte. Mit dem Verpöbeln der Wahlen für die Königs-Abenteurer des Königs wäre es dann endgiltig vorüber.

Die Sozialdemokraten haben beschlossen, daß, wenn der König seine reaktionären Pläne verwirklicht, sie dann sofort in eine Agitation eintreten zu Gunsten einer Revision der Verfassung, soweit sie die Stellung des Königtums bestimmt.

### Oesterreich-Ungarn.

In Ungarn gilt jetzt Koloman Szell als der kommende Mann. Szell wird als erste Autorität für alle finanziellen und wirtschaftlichen Fragen des Auslands betrachtet. Er war 1875 bis 1878 ungarischer Finanzminister, machte große Ersparnisse und trat zurück, weil er den Kosten der bosnischen Okkupation nicht zustimmen konnte. Er ist Präsident der ungarischen Kreditbank. Er lehnte seitdem wiederholt die Berufung in das Kabinett ab.

Die „Neue freie Presse“ schreibt: Den Audienzen Koloman Szells beim Kaiser wird die größte politische Wichtigkeit beigelegt. Szell wurde am Sonntag und Montag vom Kaiser empfangen, die letztere Audienz war von ungewöhnlich langer Dauer.

In Budapest liberalen Kreisen will man allerdings, nach einem Traßbericht der „Voss. Ztg.“, wissen, die vermittelnden Vorschläge Szells hätten die Zustimmung der Krone nicht gefunden und Baron Banffy mache keine Miene den Platz zu räumen, so lange nicht eine vollständige Regelung der parlamentarischen Verhältnisse gesichert sei. Allein da Banffy, wie die Meldung hinzusetzt, nicht mehr die ganze liberale Partei hinter sich hat, vielmehr ein sehr ansehnlicher und einflussreicher Teil der Liberalen zu wesentlichen Gegenständen an die Opposition bereit ist, sei die Stellung des Ministerpräsidenten doch höchst unsicher geworden.

Dienstag Abend läuft noch die folgende Depesche des Bureau Herold ein:

Budapest, 24. Januar. Wie bestimmt verlautet, hat Ministerpräsident Baron Banffy heute demissionirt und Kaiser Franz Josef die Demission angenommen. Koloman Szell soll bereits zum Nachfolger Banffy's ernannt sein. Anlässlich soll der Stabwechsel erst Ende dieser Woche bekannt gegeben werden. Es heißt, Szell habe eine Forderung gefunden, durch welche der definitive Ausgleich gesichert und die Opposition zum Aufgeben der Obstruktion veranlaßt werden dürfte. Szell ist für zwei Tage auf seine Güter gereist. Banffy wird sich heute Abend wieder nach Wien begeben.

### Frankreich.

Paris, 24. Januar. Esterhazy ist am Montag vom Kassationshof vernommen worden, zunächst über seine Beziehungen zu dem Generalstab und wird nun noch verhört werden über seine Beziehungen zu den fremden Militär-Attachees.

### Belgien.

Holl Molnau. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, daß ein Abgeordneter der Partei sein Mandat niederlege, damit Molnau, der wegen angeblich anarchistischer Attentate — nach der Auffassung weiterer Kreise unschuldig — zu 20 jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt ist, Gelegenheit hat, zu kandidiren. Die Parteigenossenschaft von Charleroi ist dazu erschienen, einen ihrer Abgeordneten dazu zu bestimmen.

### Rußland.

Von der sibirischen Eisenbahn und der russischen Auswanderung. Die transsibirische Eisenbahn wird infolge der neuern politischen Änderungen nicht in Bladivostok, sondern in Port Artur münden. Von der alten Linie, die schon bis Preiensniewsk war, wird die neue sich schon bei Tschita, 600 Kilometer vom Baikal-See entfernt, abzweigen. Die Schienen sind bis Liswentschok am Baikal-See gelegt. Dort soll eine gewaltige Dampfbrücke, die mit Eisbrechern ausgerüstet ist, den Zug aus jenseitige Ufer überführen; doch wird auch eine Umgehungsstrecke um den See herumgeführt werden. Der Personen- und Güterverkehr auf der transsibirischen Bahn nach Europa beginnt in Irkutsk. Bis Krasnojarsk ist die Linie noch nicht ganz fertig; die Oka und der Jenissei werden auf Dampfzügen überfahren. Von Krasnojarsk fahren allwöchentlich Kuruzüge nach Tomsk; zwischen Tomsk und Irkutsk verkehren drei Züge wöchentlich. Die Reisefosten betragen für die zwölftägige Fahrt etwa 100 R. Der Güter- und Personenverkehr decken schon die Betriebskosten. Hauptächlich dient aber heute die Bahn dazu, unzählige Auswandererhorden nach der Panschurerei zu befördern. Die Regierung leitet diese Auswanderung planmäßig. 200 000 Familien sind in vergangenen Jahre dort angesiedelt worden. Ebenfalls sind schon für dieses Jahr vorgemerkt.

### Sizilien.

Von Feindseligkeiten gegen die Spanier auf der Insel Palawan (an der Nordküste von Formosa, zum spanischen Gouvernament der Philippinen gehörig) berichtet die folgende Drahtmeldung: Der Dampfer „Lobuan“, welcher in Lobuan aus Port Kopalist auf Palawan eingetroffen ist, bringt die Meldung, der spanische Gouverneur und seine Offiziere seien beim Verlassen der Straße von Eingeborenen ermordet worden. Diese hätten sich sodann in die Berge zurückgezogen, wohin sie Weiber und Kinder, sowie einige Männer gefangen mitgeführt hätten. Ein spanisches Kanonenboot und ein Postdampfer seien zur Hilfe herbeigeeifert worden, hätten den Berg aber wieder verlassen. Der Kapitän des „Lobuan“ berichtet, daß sich die Gemahlin des spanischen Gouverneurs und die übrigen Gefangenen nacheinander in Sandalen (britisch Nord-Formosa) in Sicherheit befänden.

Zum Aufstand in China wird aus Shanghai gemeldet, daß die Aufständischen nun in der Provinz Anhui einziehen und die Hinrichtung aller Zivil- und Militärbeamten befehlen. Eine andere Kreisstadt derselben Provinz fiel am 22. Januar in die Hände der Aufständischen und öffnete ihnen die Thore. Die Rebellen sind nun im Parke begriffen, um die Kreisstädte Schuder (?) und Kantschau zu belagern.

## Afrika.

Aufstände im Kongostaat. Der in Brüssel erscheinende „Patriote“ meldet von neuen Kämpfen mit den Aufständischen, in welchen europäische Offiziere und zahlreiche Soldaten getödtet wurden. Die Aufständischen von Kongo hätten durch die benachbarten Stämme Verstärkung erhalten; sie wären im Besitz zahlreicher Gewehre und Patronen. Ein Theil der Wahrheit werde verschwiegen, die Verluste seien beträchtlicher als man mittheile. Der ganze Landstrich, der zwischen dem Zusammenfluß des Obanghi mit dem Kongo und dem Zaganhla-See liege, sei in höchster Gefahr begriffen. Die Aufständischen in Luaburg seien noch nicht vernichtet, sondern setzten den Kampf fort. Die Truppen Schienen weitere Aufstände zu fürchten, da das Ansehen der Europäer sehr erschüttert sei. Der „Patriote“ schließt seinen Artikel mit den Worten, der Kongostaat befinde sich in einer schwierigen Lage; er sei im Innern und von außen her bedroht.

## Aus dem Entwurf eines Invalidenversicherungs-Gesetzes.

In Ansehung an unsere geehrten Mittheilungen geben wir im Folgenden die übrigen wichtigsten Bestimmungen der Novelle wieder.

### O. Der Kreis der Versicherungspflichtigen.

Als versicherungspflichtig sollen künftig gelten auch Arbeiter und Techniker, Lehrer und Erzieher (bei Jahresverdienst unter 2000 Mark).

Freiwillige Versicherung. Personen, auf welche die Versicherungspflicht gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes durch Beschluß des Bundesraths erstreckt werden darf, sind, so lange dies nicht geschehen ist und so lange sie das vierzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, befugt, freiwillig in die Versicherung einzutreten. Dies gilt auch für diejenigen Personen, welche auf Grund des § 3 Abs. 2, § 3a Abs. 1, 2 der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

Personen, welche aus einem die Versicherungspflicht oder die Berechtigung zur Selbstversicherung begründenden Verhältnis ausgeschieden, sind befugt, die Versicherung freiwillig fortzusetzen oder zu erneuern.

Die freiwillige Versicherung (Abs. 1, 2) ist ausgeschlossen, sobald die Erwerbsunfähigkeit ununterbrochen 26 Wochen gewährt hat (§ 10) oder dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 eingetreten ist.

### D. Gegenstand der Versicherung.

Invalidenrente erhält der Versicherte, der dauernd erwerbsunfähig ist. Nach dem jetzigen Gesetz gilt als dauernd erwerbsunfähig derjenige, welcher nicht mehr im Stande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mindestens ein Drittel des für seine Beschäftigungsart festgesetzten Tagelohnes gewöhnlicher Tage-Arbeiter zu verdienen. Diese Bestimmung soll dahin abgeändert werden: Invalidenrente erhält derjenige Versicherte, dessen Erwerbsunfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Dies ist dann anzunehmen, wenn der Betroffene nicht mehr im Stande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Vorbildung und bisherigen Berufstätigkeit zu erlangen, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Invalidenrente erhält auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welcher während 26 Wochen (bisher 1 Jahr) ununterbrochen erwerbsfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit.

### E. Heilverfahren.

Der bisherige § 12 bleibt der Versicherungsanstalt die Befugniß, für solche Erkrankte, die der reichsgerichtlichen Krankenfürsorge nicht unterliegen, das Heilverfahren zu übernehmen, sofern Erwerbsunfähigkeit zu beforgen ist. Dieser § 12 wird nun auf sämtliche Versicherte ausgedehnt; er lautet:

„Ist ein Versicherte dergestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu beforgen ist, welche einen Anspruch auf reichsgerichtliche Invalidenrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt, zur Abwendung dieses Nachtheils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfang einzutreten zu lassen.“

Die Versicherungsanstalt kann das Heilverfahren unter den im § 7 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Voraussetzungen sowie dann, wenn der Erkrankte sich bereits früher zum Zweck des Heilverfahrens von der Versicherungsanstalt getroffenen Maßregeln entzogen hat, durch Unterbringung in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Geistesende gewähren. Während des Heilverfahrens ist für solche Angehörigen des Versicherten, deren Unterhalt dieser bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, die Hälfte des Krankengeldes auch dann zu zahlen, wenn der Versicherte der reichs- oder landesgerichtlichen Krankenfürsorge nicht unterliegt. Dabei wird, sofern er dieser bis zum Eingreifen der Versicherungsanstalt unterlag, das für ihn während der gesetzlichen Dauer der Krankunterstützung maßgebend gewesene Krankengeld, im Uebrigen der für den Ort seiner letzten Beschäftigung oder seines letzten Aufenthalts maßgebende ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter zu Grunde gelegt. Die Angehörigen-Unterstützung fällt fort, wenn der Versicherte Invalidenrente erhält; sie kann auf eine Invalidenrente, die nachträglich für denselben Zeitraum angewiesen wird, angerechnet werden.“

### F. Vertheilung der Rentenlasten.

Die Novelle bringt hierzu folgende neue Bestimmungen unter Fortfall des bisherigen § 21.

#### § 20a. Gemeinlast. Sonderlast.

Durch die Beiträge sind die von allen Versicherungsträgern gemeinsam zu tragende Last (Gemeinlast) und die den einzelnen Versicherungsträgern verbleibende besondere Last (Sonderlast) zu decken.

Die Gemeinlast wird gebildet durch den Kapitalwerth derjenigen Zahlungen, welche die Versicherungsanstalten für Altersrenten und die Grundbeiträge für Invalidenrenten, für Rentensteigerungen infolge von Krankheitswochen und für Rentenabrundung zu leisten haben.

Alle übrigen Verpflichtungen bilden die Sonderlast jeder Versicherungsanstalt; dazu gehören der Kapitalwerth der Steigerungsbeiträge der Invalidenrente für die der Anstalt zugeflossenen arbeitsfähigen Beiträge, die Beitragsrückstellungen, die Verwaltungs- und die Aufwendungen für das Heilverfahren.

#### § 21a. Gemeinvermögen, Sondervermögen.

Das am 31. Dezember 1899 vorhandene Vermögen jeder Versicherungsanstalt, zu welchem auch die bisher als besondere Reservefonds angesammelten Beträge abzuführen sind, wird durch den Bundesrath festgestellt. Dasselbe wird sodann ohne Ausscheidung der einzelnen Vermögensstücke buchmäßig in zwei Theile zerlegt, nämlich denjenigen, welcher zur Befreiung des Theils an der Gemeinlast aller Versicherungsanstalten bestimmt ist (Gemeinvermögen), und denjenigen, welcher zur Deckung der Sonderlast der einzelnen Versicherungsanstalten dient (Sondervermögen). In derselben Weise wird jeder künftig geleistete Beitrag getheilt und dem Gemein- beziehungsweise Sondervermögen der einzelnen Anstalt zugeführt.

Von dem Vermögen jeder Versicherungsanstalt werden dem Gemeinvermögen drei Fünftel, dem Sondervermögen zwei Fünftel zugewiesen.

Dasselbe Verhältnis ist bis zu anderweiter Beschlußfassung des Bundesraths für die Theilung der Beitragsbeiträge einnehmend maßgebend. Dabei ist nach dem gleichen Verhältnis für die einzelnen Lohnklassen derjenige Theil der Beiträge festzusetzen, welcher zur Deckung

der Gemeinlast dem Gemeinvermögen zuzuführen ist. Der andere Theil der Beiträge wird dem Sondervermögen zugeführt.

Jede Versicherungsanstalt verwaltert den für die Gemeinlast bestimmten Theil ihres Vermögens sowie ihr Sondervermögen selbstständig. Der Bundesrath bestimmt unabhängig von der jeweiligen Kapitalbelegung einheitlich den Zinssfuß, nach welchem jede Versicherungsanstalt den für die Gemeinlast bestimmten Theil ihres Vermögens zu verzinsen hat. Dieser Zinsbetrag fließt dem Gemeinvermögen, die sonst erzielten Zinsen fließen dem Sondervermögen jeder Anstalt zu.

## Eisenbahn-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstages stand gestern zunächst das Extra-Ordinarium des Eisenbahn-Etats zur Verhandlung. Zur Vernehmung der Betriebsmittel in den Reichslanden ist eine erste Rate von 5 600 000 M. gefordert (im Ganzen 19 Millionen). Abg. Hanh (W.) beantragt eine Reihe neuer Bauten, und auch Abg. Riff-Strahburg (F. Vg.) befragt über Verbesserung der reichslandischen Eisenbahn-Verhältnisse. Jetzt sei Alles unzulänglich, wiederholt seien Viehwagen zur Beförderung der Arbeiter verwendet worden. Regierungsseitig wird dies bestritten und darauf hingewiesen, daß die Reichs-Eisenbahnen nur eine Verzinsung des Kapitals von 4 1/2 pCt. ergeben. Auch Abg. Müller-Fulda (C.) erklärt die ausgeworfene Summe von 19 Millionen zur Vernehmung der Betriebsmittel für durchaus hinreichend. Dieser Auffassung geben auch Abg. Müller (noll.) und Dr. Lieber Ausdrud. — Zur Anlage einer elektrischen Centrale in Mülhausen wird eine erste Rate von 400 000 M. gefordert. Die Gesamtkosten sind auf 1 742 000 M. veranschlagt. Nach längerer Diskussion wird die Position einstimmig abgelehnt. — Zur Anlage eines Rangirbahnhofs bei Straßburg und zum vergleichigen Ausbau der Strecke Straßburg-Vendenheim sind als erste Rate für Grunderwerb 2 Millionen Mark gefordert. Im Ganzen ist der Grunderwerb auf 3 110 000 M. veranschlagt, die Gesamtkosten des Rangirbahnhofs und der Anschlußstrecken sind auf 15 240 000 M. geschätzt. Ferner sind für Anlage eines Anschlußbahnhofs für den neuen Rheinhafen bei Straßburg als erste Rate 300 000 M. gefordert. (Im Ganzen 600 000 M.) Diese Position des Etats wird unverändert genehmigt und die dazu von den Abg. Hanh und Riff beantragten Resolutionen angenommen. Der Antrag Riff fordert, im nächsten Etat Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse in den Reichslanden herbeizuführen 1. durch Beseitigung der Uebelstände auf dem Güterbahnhofe zu Straßburg dadurch, daß ein Theil des Güterverkehrs nach dem zu erweiternden Bahnhofe zu Reudorf verlegt wird; 2. durch entsprechende Abänderung der Neben-Übergänge der Linie Straßburg-Rehl; 3. durch Abänderung bezw. Abschaffung der Personen- und Gülertarife (Einführung von Kilometerbesten oder von Abkommensarten und Herstellung gleicher Einheitspreise in Bezug auf die Frachten im Umschlagverkehr; 4. durch jährliche Verwendung eines Theiles der Einnahme-Überschüsse zur Verbesserung der Bahnanlagen und des Materials und zur Erhöhung der Beamtengehälter. Abg. Hanh verlangt Abhilfe der Verkehrsstörungen in Straßburg und Colmar und außerdem den Bau von 8 Eisenbahnlinien. — Morgen beginnt die Verathung des Militär-Etats.

## Parlamentarisches.

In Bezug auf die Sonntagruhe sind dem Reichstage verschiedene Petitionen zugegangen. Eine in Leipzig abgehaltene öffentliche Versammlung der dortigen Drofistenkammer petitionirt um Erlass gesetzlicher Bestimmungen, wonach den Drofistenkammern in jeder Woche ein arbeitsfreier Tag gewährt wird, welcher in jeder dritten Woche auf den Sonntag fallen soll. — Der Verein der Kölner Spezialgeschäfte der Zigarrenbranche fordert, daß den Schaufenstern an Sonntagen der Verkauf von Zigarren nur in den für die Zigarrengeschäfte selbst festgesetzten Verkaufsständen gestattet werde. — Der Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Zünfte sendet eine mit 7077 Unterschriften bedeckte Petition, welche fordert, daß eine Bestimmung in die Gewerbeordnung aufgenommen wird, wonach die Barbiergeschäfte an den Sonntagen zu dem Zeitpunkt geschlossen werden müssen, an welchem sie gesetzlich verpflichtet sind, ihr Geschäftspersonal zu entlassen. — Auch vom bayerischen Landesverband der Barber und Friseure ist eine Petition eingegangen, welche dieselbe Forderung enthält.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat zu ihrem Vorstand gewählt die Abg. v. Levechow, Rettich, v. Stauby, v. Normann und Graf Ramy.

## Partei-Nachrichten.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in der sächsischen Oberlausitz hat, wie man uns schreibt, die Sozialdemokratie recht erhebliche Erfolge errungen. Eine vollständige Ueberfahrt der einzelnen Resultate liegt zwar nicht vor, aber die Berichte aus 20 Orten (zummeist aus dem ersten sächsischen Reichstags-Wahlkreis Jittau) zeigen, daß die Sozialdemokratie in jener Gegend überall festen Fuß gefaßt hat. In Vertsdorf bei Jittau gelang es unseren Parteigenossen, ihre sieben Kandidaten in allen Klassen durchzubringen. Gewählt wird in allen Gemeinden nach einem Klassenwahlsystem; in einigen Orten besteht sogar noch eine Art Ständevertretung, derart, daß die Gutsbesitzer, die Gärtner (Bauern, die kein Vieh besitzen), die Hausbesitzer, die Arbeiter u. s. w. besondere Vertreter wählen. Trotzdem gelang es uns z. B. in Lückendorf bei Jittau, in der Klasse der Gutsbesitzer durchzubringen, indem dort unser Vertrauensmann, Gutsbesitzer Richter, gewählt wurde, außerdem natürlich Vertreter für die Unanfähigen. In Markersdorf brachten wir in der Klasse der Hausbesitzer 2 Vertreter und den Vertreter der Unanfähigen durch. In Großschönau, einem großen Industrieorte, wo die Nationalliberalen einen ungläublichen Terrorismus gegen die sozialdemokratischen Arbeiter ausübten, gelang es uns und zwar zum ersten Male, drei Vertreter in den Gemeinderath zu bringen. Ferner ist unsere Partei durch ein oder mehrere Mitglieder in Jonsdorf, Wallersdorf, Reichenau, Wittendorf, Olbersdorf, Altstadt, Jörnitz, Dirsfelde, Rabnau, Oberleutersdorf, Hainewalde, lauter Orte im I. sächsischen Wahlkreis, sowie Alt- und Reuzersdorf, Ebersbach, Eibau, Spremberg (II. Wahlkreis) und Seibau bei Wauzen (III. Wahlkreis) vertreten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher der beiden Leipziger Reichstags-Wahlkreise beschloß die Ausarbeitung eines einheitlichen kommunalen Programms für die Reichstags- und Kreisverordneten. Den sozialdemokratischen Vereinen in den einzelnen Orten wurde empfohlen, besondere Kommissionen einzusetzen, die die Agitation für die Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit und, soweit Städte mit revidirter Städteordnung in Betracht kommen, die Agitation für die Erwerbung des Bürgerrechts zu betreiben.

Die Konferenz war von 63 Gemeindevorsteher-Mitgliedern aus 28 Orten besucht.

Todtenliste der Partei. In Dortmund ist der Brauer Gottfried Becker, einer unserer treuesten Anhänger, aus dem Leben geschieden. Auch in der Organisation seines Berufs hat er seine Pflicht voll erfüllt. Ehre seinem Andenken!

### Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

In der Magdeburger Justizangelegenheit hat die Staatsanwaltschaft dem Genossen Schmidt anheimgegeben, durch die sozialdemokratische Fraktion gemäß des Artikels 31 der Reichsverfassung einen Beschluß herbeizuführen, welcher die Genehmigung zu seiner strafrechtlichen Verfolgung ausspricht. Der Abg. Schmidt hat sich sogleich an den Fraktionsvorstand gewandt, welcher das Weitere veranlassen wird.

Redakteur Viktorius von der „Volkstimme“ sollte die Religion geschmäht haben. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängniß, das Landgericht erkannte auf Freisprechung.



— Aus dem Gefängnis entlassen wird heute in Halle a. S. der Parteigenosse Weismann, Redakteur am Volksblatt für Halle. Er hat wegen mehrerer Preßvergehen — darunter wegen einer Majestätsbeleidigung — eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten weniger zwei Tagen verbüßt. Ohne ersichtlichen Anlaß wurde ihm Ende November auf Anordnung des Oberstaatsanwalts Wohlisch in Raumburg plötzlich die sogenannte Selbstbestätigung entzogen, worauf er Bogelbauer aus Draht anfertigen mußte. — Nun, unter Parteigenosse hat die Qual überstanden und wird nach einem kurzen Erholungsurlaub wieder in die Redaktion zurückkehren, um mit derselben Treue und Energie wie bisher für die Interessen der Arbeiterschaft zu kämpfen.

— Schon durch einen Musik-Automaten kann der bürgerliche Staat in Gefahr gerathen. In Calbe a. S. sind, wie die „Halberstädter Arbeiter-Zeitung“ mittheilt, einem Restaurateur zwei Platten seines Musik-Automaten konfisziert worden. Die fürchterlichen Dinger enthielten die Melodien der „Marseillaise“ und des Weillischen Liedes: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben.“

— Durch den Bericht über eine Gerichtsverhandlung sollte die „Meininger Volkszeitung“ den Domdechanten Probst beleidigt haben. Dieser strengte gegen den Redakteur Haas Klage vorm Schöffengericht an. Das Urtheil lautete auf Freisprechung, weil der Artikel, der allerdings Beleidigungen enthalte, im Ganzen nur die Ausführungen des Ersten Staatsanwalts wiedergebe; die Gerichtsverhandlung sei von öffentlichem Interesse gewesen und deshalb könne dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite. Der Erste Staatsanwalt hatte, wie noch bemerkt sei, als Zeuge deponirt, daß er zu seinen Äußerungen vor der Zivilkammer auf Grund des Materials, das ihm damals vorlag, wohlberechtigt gewesen sei, daß sich aber die Sache in der Zwischenzeit geändert und er seine Ansicht geändert habe.

### Herr August Scherl berichtet!

Das Schweigen ist gebrochen — der „Local-Anzeiger“ giebt seinen Lesern selbst eine Darstellung des Streiks. Man denke, — nachdem eine ganze Woche vergangen ist, kommt jetzt erst das so gut informirte Blatt dazu, über einen Ausstand, an dem circa 120 Buchdrucker betheiligt sind, zu berichten. Vorstellig sagt Herr Scherl in der Einleitung, er will nur einige Aufklärung geben; warum nicht die ganze, Herr Scherl? Ist es vielleicht notwendig, einiges zu verschweigen?

Kurz den Bericht wiederzugeben, enthält er die Mittheilung, daß in der Offizin von Herrn Scherl kein Buchdrucker Mitglied des Verbandes der Buchdrucker sein darf, und 24 Buchdrucker wegen Zuwiderhandeln gegen diesen Maß hinausgeworfen wurden. Warum das geschah, wird an einer Stelle in folgender Weise begründet: „Herr Scherl hatte bisher Segler dieser Vereinigung nicht eingestellt, weil solche in früheren Jahren wiederholt unter der falschen Versicherung, Nicht-Verbändler zu sein, in die Offizin eingedrungen waren, alsdann einen ständigen Terrorismus ausübten, sich den außerhalb jenes Verbandes stehenden Sehern (Gutenbergbändlern und Nichtverbändlern) feindselig gegenüberstellten, mit einem Worte, die Sicherheit und Ruhe des Betriebes unablässig störten.“

Mit anderen Worten sagt eigentlich Herr Scherl, er stellt jetzt keine Mitglieder des Verbandes ein, weil er schon früher keine einstellte. Herr Scherl beweist damit, daß man ein gerissener Geschäftsmann sein kann, ohne eine Spur von Logik im Leibe zu haben.

Näher auf die Darstellung des Herrn Scherl geht eine Zuschrift ein, die zu gleicher Zeit dem „Local-Anzeiger“ als Beilage zugefandt wurde. Wir geben damit den Arbeitern selbst das Wort:

Geehrte Redaktion! Gestatten Sie uns, auf den Artikel des „Local-Anzeigers“ „In eigener Sache“ Folgendes zu erwidern. Herr Scherl schreibt: „Die Entlassung der 24 Segler erfolgte unter Auszahlung des Lohnes für die Mündigungsschrift, nachdem festgestellt worden war, daß diese Segler in einer Versammlung die Geschäftsleitung angegriffen und geplant hätten, im Herbst, zu einer Zeit, wo eine Steigerung des ganzen Geschäftsbetriebes einzutreten pflegt, mit Hilfe des Buchdrucker-Verbandes einen Ausstand ins Werk zu setzen, um Herrn Scherl zu zwingen, ferner nur sogenannte Vereins-Segler in seiner Offizin zu beschäftigen.“ Wir stellen hiermit richtig, daß die 24 sofort entlassenen Segler ehrenwörtlich erklären, in der fraglichen Versammlung am 8. d. Mis. weder die Geschäftsleitung angegriffen noch einen Ausstand zu Gunsten des Verbandes geplant haben. Abgesehen davon, daß bei einem Personal von circa 130 Sehern diese 24 Mann unmöglich daran denken könnten, einen eventuellen Ausstand zu inszeniren, so hätten sie, wenn es in ihrer Absicht gelegen, die Initiative dazu schon im November vergangenen Jahres anlässlich der Lohnindifferenzen und des Ausstandes der Adreßbuch-Segler ergreifen können. Es hat uns weiter ferngelegen, die anderen Vereinigungen angehörenden sowie nicht-organisirten Kollegen in irgend einer Weise zu befehlen, geschweige denn einen Terrorismus auf diese auszuüben. Es ist ferner unrichtig, daß die 24 Segler durchgehends mit Auszahlung ihres Lohnes für die Mündigungsschrift entlassen sind, da ein Theil derselben sich schon veranlaßt sehen mußte, eine diesbezügliche Klage beim Gewerbegericht anzustrengen. — Weiter schreiben Sie, daß bisher Segler des Verbandes nicht eingestellt wurden, weil solche in früheren Jahren unter der falschen Versicherung, Nichtmitglieder zu sein, in die Offizin eingedrungen wären.“ Hierzu erklären wir, daß es der Geschäftsleitung, speziell dem technischen Leiter Herrn Wolken, nach seinen eigenen Worten wohl bekannt gewesen ist, daß 80 Vereinsmitglieder im Geschäft thätig waren, wie auch seitens des vor ungefähr anderthalb Jahren entlassenen und noch wenigen Stunden wieder eingestellten Druckerei-Ausschusses selbst Herrn Scherl mitgeteilt wurde, daß die in seiner Offizin beschäftigten Vereinsmitglieder ganz ruhige und besonnene Leute wären und nur dem Verbände angehörten, um in allen Vorkommnissen des Lebens gefähig zu sein. Daß die betreffenden Segler die Erklärung abgaben, Nichtvereinsmitglieder zu sein, geschah doch nur deshalb, um nicht schon damals dem Terrorismus des Herrn Scherl ausgesetzt zu sein und nicht, vollständig aller Mittel entblößt, auf die Strahe geworfen zu werden. Wenn Herr Scherl die ganze Angelegenheit zu einer Nachfrage gestaltet, so hat er doch nur selbst dieselbe dazu gestempelt, indem er 24 nichts ahnende und sich keiner Schuld bewußt findende Kollegen, welche zum überwiegenden Theile Familienväter sind, auf brutale Weise, ohne dieselben gehört zu haben, auf die Strahe setzte, mit welchen sich dann natürlich noch 94 Kollegen solidarisch erklären mußten, da eine von denselben gewählte Kommission seitens der Geschäftsleitung mit den Worten: „Soweit Sie sich als Vereinsmitglieder fühlen, sind Sie entlassen!“ ebenfalls an die Luft gesetzt wurde. Zum Schluß wollen wir noch richtig stellen, daß im Ganzen 118 Kollegen infolge dieser Aufforderung entlassen sind, denen sich in den letzten Tagen noch eine größere Anzahl von Neugestellten anschlöß.

Wir können uns der Schlussbemerkung des Herrn Scherl nur anschließen und überlassen allen Ständen und Schichten der Bevölkerung Berlin sich selbst ein Urtheil über die Angelegenheit zu bilden. Erwähnt sei, daß die angegebenen Lohnsätze von 50 bis 60 M. bei einer 80 bis 90 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit nur zum Theil erreicht wurden.

Die Kommission der Ausständigen.

### Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vertreter Vätermeister beschäftigten sich am Montag in der Väterinnung „Germania“ mit der Lohnbewegung der Gesellen. Obermeister Bernard berichtete, daß die Meister gesonnen seien, den Gesellen Konzessionen zu machen. Die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister wolle man den verheiratheten Gesellen gegenüber zur Durchführung bringen. Nebner betonte ferner, daß

die Verhandlung mit dem Gesellenausschuß in der Angelegenheit eine sehr friedliche war. In der Diskussion gab man der Meinung Ausdruck, daß die Abschaffung des Mittagessens beim Meister gegen eine Vergütung von 50 Pf. durchgeführt werden könne. Dagegen wurde die Abschaffung des Arbeitsnachweises der Zimung als undurchführbar bezeichnet.

**Achtung, Metallbreyer!** In der Metallwaarenfabrik von Th. Drigalski, Berlin, Weberstr. 7, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, da die ohnehin mäßigen Akkordpreise noch weiter herabgesetzt worden sind bezw. werden sollen.

Ein Bild giebt die nachstehende Uebersicht:

Lyra, Obertheile,	bisher 4.— M.	jetzt 3,50 M.
Lyra, Untertheile,	13.—	12.—
Gashähne	21,50	20.—
Schlauchhähne	21.—	20.—
Druckhähne, Obertheile,	13.—	10.—

(immer pro 100 Stück)  
Hoffhähne pro 10 Stück bisher 1.— M. jetzt 0,85 M.  
Etagenhähne „ „ „ 0,90 „ 0,85

Ju berücksichtigen ist hierbei, daß vielfach nur Akkorde von 25 bis 30 Stück in Arbeit gegeben werden. Nach Angabe der Firma betrug der Durchschnittsverdienst angeblich 27 M. pro Woche. Hierbei kommt jedoch in Betracht, daß Ueberstunden in diesem Betrieb zu Hause sind; vielfach wurde Abends bis 9 Uhr gearbeitet, einige Kollegen mußten sogar Sonntags Vormittags arbeiten. Wie überall, so wurde auch hier als Grund der Lohnreduktion die Konkurrenz angeführt. Aber damit bei der Sache die humanitäre Seite der Firma in ein gutes Licht werden sollte, wollte die Firma von den den Drehern gemachten Abzügen einen Theil zur Aufbesserung des Lohnes des Revolverdrehers verwenden, der jetzt vielfach mit nur 10 M. pro Woche nach Hause geht. Die Arbeiter halten indeß eine Lohnaufbesserung dieses Arbeiters für möglich, ohne daß ihre Löhne deshalb gekürzt werden müssen.

Da alle Verhandlungen zur friedlichen Beilegung dieser Differenzen gescheitert sind, befinden sich sämtliche Kollegen im Ausstand und erwarten die moralische Unterstützung der Kollegen.

### Deutsches Reich.

**Metallarbeiter-Konferenzen.** Am 15. Januar fanden sieben Konferenzen von Verwaltungsverstellten des D. R. V. statt, auf denen unter anderem über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beraten wurde.

Für die Einführung entschieden sich:

die Konferenz in Reumünster mit 24 gegen 3 Stimmen
„ „ „ „ „ 25 „ 15 „
„ „ „ „ „ 13 „ 10 „
„ „ „ „ „ 17 „ 8 „
„ „ „ „ „ einstimmig.

Gegen die Einführung votirten:

die Konferenz in Mainz mit 31 gegen 14 Stimmen
„ „ „ „ „ 23 „ 14

**Die Varmer Gewerkschaften** haben beschloffen, ein Gewerkschafts- und Versammlungshaus zu errichten. Die Ausführung des Planes wurde einer Kommission überlassen.

**Die Textilarbeiter** der Firma Gebr. Sanders in Braunschweig bei Osnabrück hatten, wie wir bereits mittheilten, vor einiger Zeit das Verlangen gestellt, daß in der Fabrik die Lohn Tabellen ausgehängt werden sollen. Der Wunsch wurde damit begründet, daß die Entlohnung bei der Firma eine ziemlich willkürliche ist und niemand recht weiß, was er für die Arbeit bekommt, wenn er sie übernimmt. Die Arbeiter kündigt, da ihrem Verlangen nicht gewillfahrt wurde. Mittlerweile scheint der Firma die Veranlassung zu dem Ausstand doch etwas bedenklich zu sein, denn sie hat nunmehr eine Lohn Tabelle festgestellt. Dabei stellt sich aber heraus, daß bei den am meisten angefertigten Waaren sehr niedere Löhne angelegt wurden und nur bei einigen seltener vorkommenden Fabrikaten bis zu 15 Prozent Lohnzulage erfolgte. Damit sind die Arbeiter nicht zufrieden. Gegenwärtig bemüht sich der Landrath, eine Einigung herbeizuführen. Der Vorschlag des Herrn Landrath geht dahin, ein Einigungsamt einzusetzen, vor welchem die Angelegenheit geregelt werden möge. Die Arbeiter sprachen sich dahin aus, daß sie hiermit vollkommen einverstanden seien. Zu bedauern ist, daß für den stark industriellen Bezirk bislang kein Gewerbegericht errichtet ist, welches man im vorliegenden Falle als Einigungsamt hätte anrufen können.

**Die Hamburger Rheber** versuchen ihren Arbeitsnachweis mit Mitteln in die Höhe zu bringen, die, wenn sie von Arbeitern benützt werden, ein Halloh der Entrüstung in diesen Kreisen entfehlen. Die Hamburger Hafenarbeiter haben in einem Flugblatt einen Brief des Herrn Boermann an das englische Kapitalistenblatt „Piaoplag“ bekannt gegeben, in welcher mit großer Entschiedenheit der Wohlloht über alle Steuerbaas ausgesprochen wird, die nicht an dem von ihnen errichteten Arbeitsnachweis theilnehmen. An einer Stelle des Briefes heißt es: „Einige Nichtmitglieder, darunter ein Steuerbaas, der aus dem Verein austrat, um freie Hand zu bekommen, agitiren nun bei englischen Rhebem und bemühen sich, dieselben zur Unterzeichnung von Kontrakten zu veranlassen, die sich etwas unter den üblichen Sätzen bewegen, worauf die Vereinigung beschloß, ihre Preise auf die gleiche Stufe herabzusetzen. Diese Saalage veranlaßt uns, die britischen Rheber dringen zu ersuchen, sich nicht verleiten zu lassen, ihnen vorgelegte Kontrakte zu unterzeichnen, welche zwar Vortheile zu bieten scheinen, aber wahrscheinlich zu des Rhebem's Nachtheil ausschlagen werden, entweder durch „Extra-Ausschläge“ oder durch minderwertige Arbeit.“

Man bedenke nur, was die Herren für einen Spektakel machten, als beim Hafenarbeiterstreik die Ausständigen sich der Zufuhr Arbeitswilliger erfreuen wollten.

**In München** unternahmen die Schneider eine größere Aktion zur Einführung der Betriebsversicherung. Am Sonntag wurde ein Flugblatt in 30 000 Exemplaren verbreitet, in welchem die Uebelstände der Hausindustrie treffend geschildert werden. Einige Meister haben bereits Werkstätten eingerichtet und wird von den Arbeitern bis zum 1. März an die übrigen Arbeitgeber die Erfüllung des gleichen Verlangens gestellt.

### Ausland.

**Der Leiter der englischen Kesselschmiede-Union, Robert Knight,** ist von seinem Posten, den er 28 Jahre lang inne hatte, zurückgetreten. Als er die Leitung des Verbandes übernahm, zählte derselbe 94 Zweigvereine mit 7000 Mitgliedern und sein Vermögen betrug 180 000 M.; heute gehören dem Verband 40 776 Mitglieder in 258 Zweigvereinen an; die Fonds belaufen sich auf über 35 Millionen Mark. Diese Entwicklung ist zum Theil dem umsichtigen Führer zu danken.

**Die Maschinenarbeiter** der Eisengießerei Titan in Kopenhagen hatten in Streik treten müssen, weil die Fabrik, ohne die Arbeiter zu fragen, ein neues Lohnregulativ einführen wollte. Der Verband der Fachvereine verurtheilte gemäß seiner Aufgabe zu vermitteln, aber der Verein der Arbeitgeber hat nun dem Ausschuß des Verbandes der Fachvereine mittheilen lassen, daß in allen seinen Fabriken die Arbeit eingestellt würde, falls die Titan-Arbeiter nicht bis zum 25. die Arbeit ausgenommen hätten, da der Arbeitgeberverein das den Fabrikanten ausenbüchliche Selbstbestimmungsrecht“ schirmen müßte. Diese Ausspernung würde 30 000—40 000 Arbeiter treffen, außerdem ist die Ablehnung des Arbeitgeberverbandes, mit dem Ausschuß des Zentral-Fachverbandes zu verhandeln, ein Bruch der Uebereinkunft vom September letzten Jahres, in der der Arbeitgeberverband zugestimmt hatte, daß über alle Streitigkeiten die beiden großen Organisationen erst verhandeln sollten. Es hat sich schon mehrmals gezeigt, daß man von den Arbeiterorganisationen Befolgung der Uebereinkunft bis aufs Äußerste fordert, daß die Arbeitgeber sich aber garnicht daran halten. Natürlich haben die Arbeiter nur verlangt, daß sie über Lohnverhältnisse mitzureden

haben, aber nicht selbständiges Bestimmungsrecht gefordert. Da Ausschuß der vereinigten Fachverbände wird den ganzen Vorstand einberufen, damit ein Beschluß der Gesamt-Organisation zu Stande kommt.

**In Antwerpen** befinden sich 60 Zigarrenarbeiter der Fabrik von Grewel wegen Lohnabzug im Streik.

### Soziales.

**Einen Antrag auf reichsgesetzliche Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie** hat die Handelskammer in Minden an den Staatssekretär des Innern gerichtet. Zugleich bittet die Handelskammer, Erhebungen über die gesamte Zigarren-Hausindustrie im Reich zu waken.

**Der nationalliberale Abgeordnete Freiherr v. Seyl zu Herrnsheim** hat neulich im Reichstage behauptet, in Hessen gäbe es wenig oder gar keine Gewerkschaften. Darauf erwidert die „Mainzer Volkszeitung“:

Dies wollen wir Herrn v. Seyl für den Ort, über den seine Allmacht herrscht, zugeben, denn in Worms sind die Gewerkschaften noch schlecht vertreten. Wehe auch dem Arbeiter, der in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem Wormser Herrscher steht; seine Stellung wäre daseibst unmöglich, wenn er es wagte, einer gewerkschaftlichen oder gar politischen Organisation beizutreten. Aber außerhalb des Machtbereiches des Herrn v. Seyl gedeiht in Hessen die Gewerkschaftsbewegung recht gut, und wenn Herr v. Seyl noch lange lebt, wird er es erleben, daß auch seine unterjochten Arbeiter dem Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung nicht widerstehen und einsehen, daß ihre und der übrigen Zukunft nicht durch die „Arbeiterwohlthätigkeitsbestrebungen“ des Herrn v. Seyl gefährdet ist, sondern durch den Sozialismus, der schon Stärkere überwinden hat, als Herr v. Seyl.

**Arbeiter-Risiko.** Aus dem Ruhrrevier wurden uns in der verfloffenen Woche 12 Unglücksfälle gemeldet, die sich in Vergewerten ereigneten. 13 Anappen, die zum Theil tödlich verunndet wurden, hat diesmal das Unfallregister zu verzeichnen. Durch hereinbrechendes Gestein wurde schwer verletzt je ein Mann auf Zeche „Kaiserstuhl“ bei Dortmund und auf Zeche „Monopol“ bei Kamen. Auf letzterer Zeche verunglückte außerdem ein Tagesarbeiter. Derselbe wurde in der Kohlenwäsche von einem Transmissionsriemen erfasst, wobei er beide Beine und einen Arm verlor. Tödliche Verletzungen erlitt ferner, durch Sturz aus dem Hangenden, je ein Knappe auf Zeche „Vereinigte Bische“ bei Reichen und auf „Neumühl Schacht II“ bei Bruchhausen. Durch zu frühes Inbetriebsetzen des Förder-Korbes kam ein Mann auf Zeche „Schamrot III“ bei Eidel zu Schaden. Zwischen Kohlenwagen geriethen 3 Mann: einer auf Zeche „Berkel“ bei Biemelshausen, der schwer verletzt wurde, 2 auf Zeche „Gutehoffnungshütte“ bei Oberhausen, wovon einer schwere Verletzungen erlitt, während der andere starb. Auf der Zeche „Fröhliche Morgenröthe“ bei Wattencheid zog sich ein Wagenschieber infolge von Unordnung im Bremsberge schwere Verletzungen zu. Durch Herabfallen des Förderbühls wurde auf Zeche „Kohlenblumenbella“ bei Reichen ein Bergmann sofort getödtet. Sodann kamen noch zu Tode durch Sturz in den Schacht ein Knappe auf Zeche „Neumühl“ bei Duisburg, und einer auf einer Zeche bei Werten. Das sind wieder eine ganze Reihe von Unglücksfällen, die nach Ansicht von Fachleuten bei gründlicher Inspektion fast sämtlich hätten vermieden werden können.

**In das Musterregister des Deutschen Reichs** sind im Jahre 1898 nach den Bekanntmachungen des Reichs-Anzeigers bei 408 Amtsgerichten insgesamt 131 154 neu geschützte Muster und Modelle eingetragen worden. Davon waren 29 322 plastische Muster und 101 832 Flächenmuster. Die meisten neuen Muster, 20 667, hatte das Amtsgericht in Plauen i. V. einzutragen. Dann folgt Berlin mit zusammen 11 571, an dritter Stelle steht Leipzig mit 7889, an vierter Meerane i. S. mit 5906. Diefem schließen sich an: Wülhausen i. E. mit 4564, Glauchau i. E. mit 4319, Dresden mit 3640, Kottbus mit 3452, Chemnitz mit 3163, Aachen mit 2102 neu geschützte Muster. Bei allen übrigen Amtsgerichten betrug die Zahl der Eintragungen weniger als 2000. Die Zahl der Urheber betrug 2816, darunter befanden sich 44 Ausländer.

Seit der Eröffnung des Musterregisters am 1. April 1876 sind 1 711 062 Muster und Modelle im „Reichs-Anzeiger“ als neu geschützt bekannt gemacht worden, davon waren 473 669 plastische und 1 237 393 Flächenmuster. 17 452 rührten von Ausländern her.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Der Kaiser** ist heute, Dienstag, gegen 12 Uhr in Hannover eingetroffen, hat dort die Offiziere des 10. Armeekorps um sich versammelt, ihnen eine Kabinetsordre verlesen, später eine Ansprache an die Offiziere der hannoverschen Regimenter gehalten, sodann Parade abgenommen, an die sich eine große Galaafel schloß, bei welcher er an die Teilnehmer eine Ansprache hielt, statierte hierauf dem Grafen Waldersee einen Besuch ab und traf um 7 Uhr wieder in Berlin ein.

**Halle a. S., 24. Januar. (B. T. V.)** Antlich wird gemeldet: Auf Bahnhof Weeslow fuhr heute früh 6 Uhr 25 Min. ein von Gramow kommender Arbeitszug infolge falscher Weichenstellung in das zum Lokomotivschuppen führende Geleis ein, fuhr sodann, ohne zum Halten zu kommen, auf zwei im Lokomotivschuppen stehende Lokomotiven auf und durchbrach die Giebelwand des Schuppens. Alle drei Lokomotiven einschließlich der Zug-Lokomotive entgleisten und wurden beschädigt; ebenso wurden drei Kioswagen zertrümmert. — Der Hilfsbeizer Reizner aus Weeslow wurde getödtet. — Der Verleher auf der Reichenbahn Gramow-Weeslow-Königs-Wusterhausen ist durch den Unfall nicht gestört.

**Wien, 24. Januar. (B. T. V.)** Wie die „Politische Korresp.“ erfährt, hat der Rektor für die neugriechische Sprache an der hiesigen Universität und Lehrer an der Lehranstalt für orientalische Sprachen in Wien, Christomanos, beide Stellen freiwillig niedergelegt.

**Paris, 24. Januar. (B. T. V.)** Deputirtenkammer. Die Kammer setzt die Berathung des Budgets des Ministeren fort. Vaillant (Soz.) beglänndigt die Regierung, weil sie einen Krieg mit England vermieden hat. Er verlangt zu wissen, welche Justuktionen den französischen Delegirten für die Abrüstungskonferenz ertheilt werden. Journière giebt im Namen der sozialistischen Partei seiner Freude über den Vorschlag des Jaren Audruud. Delcaillé erwidert: Gewisse Rechte in Rußland sind unanfechtbar. Niemand bestreitet sie und nicht hindert die Ausübung dieser Rechte. (Beifall.) Die Generaldebatte wird sodann geschlossen. Ein Antrag Vaillant's, in welchem die Regierung aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die Einsetzung eines Schiedsgerichts und die Verminderung der stehenden Deere in Vorschlag zu bringen, wird mit großer Majorität abgelehnt. Die Kammer beginnt hierauf die Berathung der einzelnen Artikel. Das Amendement Sembart wird mit 323 Stimmen gegen 198 abgelehnt. Dejeante (Sozialist) verlangt eine Herabsetzung der den französischen Niederlassungen im Orient bewilligten Subventionen, da nur die fremden Missionäre aus denselben Nutzen ziehen. Delcaillé antwortet, daß es angebracht wäre, diesen Kredit zu erhöhen, aber nicht ihn herabzusetzen. Das Amendement Dejeante wird mit 401 Stimmen gegen 138 abgelehnt.

**Kopenhagen, 24. Januar. (B. T. V.)** Der Landwirtschafts-Minister erließ heute eine sofort in Kraft tretende Verfügung, in welcher die Einführung der schon gesetzlich vorgesehene Tuberkulinprobe für eingeführtes Vieh angeordnet wird. Die Einfuhr darf nur in Kopenhagen, Helsingör und Frederikshafen stattfinden.

**Petersburg, 24. Januar. (B. T. V.)** Der französische Botschafter überreichte dem Jaren ein auf die Abrüstungskonferenz bezügliche Handschreiben des Präsidenten Faure.



Reichstag.

17. Sitzung, Dienstag, 24. Januar 1899, 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Spezial-Etat des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, zu dem ein Antrag des Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Hosp. d. Nationall.) vorliegt: „Der Reichstag wolle beschließen, den Reichsanzler zu ersuchen, der Beihilfe zu den Kosten der Errichtung eines Goethe-Denkmal in Straßburg (Elsass) den Betrag von 50 000 M. durch Nachforderung in einem Ergänzungsetat für das Rechnungsjahr 1899 einzustellen.“

Abg. Stöcker (wild. lous.):

Die Christlich-Sozialen, die ich hier vertritt, sind der Überzeugung, daß es unmöglich ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wenn den sozialen Bedürfnissen des Volkes nicht Genüge geschieht. Sie wünschen die Erfüllung der Forderungen der Arbeitervereine, aber auch die Errichtung von Einigungsämtern. Dagegen wollen sie die Koalitionsfreiheit nicht angetastet wissen, da das nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten bringen würde. Die bessere Stellung der Arbeiterwelt macht auch unsere Industrie besser und tüchtiger. In den letzten Jahren ist aber der Gang der sozialen Reform ein überaus schleppender gewesen. Es ist nicht das Tempo, sondern die Temperatur, an der die soziale Gesehgebung krankt. Was herrschte doch 1881—1893 für eine Begeisterung und dabei doch ein ausgesprochen christlicher Geist! Die Lösung lautet: So viel Glück für Alle schaffen, als auf dieser armen Erde überhaupt möglich ist. Damals war die Förderung der Sozialgesetzgebung eine Gewissenssache, für unsern alten Kaiser, für unsern jungen Kaiser. Jetzt ist eine gewisse Kälte eingetreten. Mit einem kalten Herzen kann man keine Reform machen.

Aber die Sozialdemokratie! Wir können, das gebe ich zu, die Sozialdemokratie in unserem Staatskörper nicht brauchen. Betrachten wir einmal die geschichtliche Entwicklung: Die englische Sozialdemokratie hat eine blutige Revolution gemacht, der deutsche Liberalismus hat eine Revolution gemacht, die deutsche Sozialdemokratie hat aber noch keine Revolution gemacht, sie hat bloß immer damit gedroht. Und jetzt hat sie eingesehen, daß bei diesen beständigen Drohungen nichts herauskommt; sie hat einen vollständigen Frontwechsel durchgemacht; auf dem Stuttgarter Parteitag hat Herr v. Boller gesagt: Die Kommunisten hätten dem Vaterlande besser gedient, wenn sie geschlafen hätten. So entwickelt sich jetzt die Sozialdemokratie positiv. Herr Schippel ist ganz offen für Schutzoll eingetreten. Das ist doch immerhin ein Anfang, und nichts ist gefährlicher, als den Gegner durch solche Maßnahmen, wie Unsturzgesetz, Vereinsgesetz oder das Gesetz, das uns bevoorzugt, wieder in jene alte Richtung hineinzutreiben. Herr Graf Posadowsky warnte vor nervösem Dilettantismus. Derartige Anträge entspringen gerade einem nervösen Dilettantismus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man wünscht, daß sie nicht durchgeführt werden, wozu also diese Erregung der Gemüther hervorgerufen?

Der Terrorismus der Arbeiter ist gewiß sehr zu beklagen. Mehr noch als die Bedrohung der Arbeitswilligen vielleicht der Terrorismus in städtischer, in religiöser Hinsicht. Es ist mir durch Viele bezeugt worden, daß unsere Arbeiter nicht den Muth haben, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen, weil sie dann von ihren Kollegen verachtet und verspottet werden. (Lachen bei den Soz.)

Ich habe in den letzten Monaten von großen Strafen gelesen, die Arbeiter für ihre Bedrohung Arbeitswilliger erhalten haben. Und da habe ich das Gefühl bekommen, daß wir doch nicht so schwach dastehen. Aber der Terrorismus ist doch nicht bloß in der Sozialdemokratie vorhanden. In weiten Kreisen des Volkes, und gerade in den städtisch, religiös und monarchisch empfindenden ist man sich noch garnicht klar darüber, ob die eigentliche Wurzel unseres Elends die Sozialdemokratie oder die Plutokratie ist. Wenn wir gegen die Gewaltthätigkeiten der Arbeiter vorgehen, so müssen wir auch die der Syndikate, der Ringe bekämpfen, dann müssen wir die Arbeiter auch schützen gegen schwarze Listen, auch gegen Arbeitslosigkeit, dann dürfen wir auch nicht die Meinung aufkommen lassen, daß Alles nur im Interesse der Arbeitgeber geschieht.

Es ist wahr: Die Streiks der letzten Zeit haben zugenommen, wenigstens an Anzahl, wenn auch nicht an Zahl der Streikenden. Und die meisten, etwa 63 pCt., sind für die Streikenden günstig verlaufen. Da waren aber auch Streiks darunter, bei denen man wirklich sagen kann, daß die Sympathien Aller auf Seiten der Streikenden standen. Ich erinnere nur an den großen Mäntel- näherinnen-Streik. Da muß man doch sagen: an sich sind Streiks nicht so ohne Weiteres zu verwerfen und am allerwenigsten gar als etwas zu bezeichnen. Auch ist der Schaden für unsere Industrie nicht gar so groß. Von den 2 000 000 000 Arbeitstagen sind etwa 1 250 000 verloren gegangen; das ist doch wenig genug, vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus betrachtet. Die Arbeiterorganisationen sind ein werthvolles Mittel zur Verhütung von Streiks, wie England beweist. Wir halten daher die Schaffung einer Arbeitervertretung im Sinne der Februarerlasse für ganz unerlässlich, vor allem darf auch der Gesetzentwurf betreffend die Berufsvereine nicht wieder auf die lange Bank geschoben werden. Wir wollen gewiß ein friedliches Zusammenwirken der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, aber geforderte Arbeiterorganisationen sind durchaus notwendig, haben doch auch in früheren Zeiten Gesellen-Vereinigungen bestanden. Ein gewisser relativer Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern kann eben nicht gelugnet werden.

Weder Kirche noch Staat allein können die vorhandenen Uebel von Grund aus beseitigen, wenn nicht die sittliche Grundlage des Staates, das Familienleben gesichert ist. Leider aber sind eine große Menge von Frauen heute gezwungen, den Tag über in der Fabrik zu arbeiten. Auch die sittliche Erziehung der Juden (südmische Heiterkeit) — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich verprochen habe — der Jugend natürlich, ist von nicht zu überschätzendem Werth. Ich appellire an das Gewissen aller Stände, mitzuwirken an dem Ausbau der Sozialreform auf sittlicher christlicher Grundlage.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Volksp.):

Ich möchte an die Reichsregierung die Anregung richten, daß Deutschland endlich der internationalen Union zum Schutz des gewerblichen Eigenthums, der sogenannten internationalen Patentunion beitreten möchte. Außer Deutschland gehört zur Zeit nur Rußland noch nicht zu dieser Union. Redner geht dann auf einige Mängel des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ein. So hatte ein Buchhalter einen Brief mit einer Offerte an einen anderen Kaufmann geöffnet und diese Offerte dann für sich nutzbar gemacht. Nach dem Wortlaut des § 9 Abs. 2 dieses Gesetzes konnte er aber nicht verurtheilt werden, weil durch diesen nur die unredliche Erlangung, nicht aber Verwerthung von Geschäftsgeheimnissen mit Strafe belegt wird und der Buchhalter nachweisen konnte, daß er nur aus Versehen den Brief geöffnet hatte. Redner fährt aus seiner Erfahrung noch eine Anzahl ähnlicher Fälle an, die die Ungültigkeit des Gesetzes beweisen sollen, und wünscht entsprechende Abänderungen. Sehr erwünscht wäre eine amtliche Uebersicht über die bisherigen Wirkungen dieses Gesetzes.

Abg. Bödel (wild. Ant.)

befürwortet die Einrichtung einer deutschen Nationalbibliothek. Es ist sehr bedauerlich, daß sich das deutsche Volk noch nicht zu einer Massenpetition für dies natio. als Werk begeistert hat, wie es Frankreich und England längst haben. Die einzelnen Landes- und Provinzialbibliotheken sind in der Lage, die Werke der deutschen Literatur gesammelt aufzustapeln. Viele Schätze der Literatur gingen sogar ganz verloren, weil sie in keiner Bibliothek Aufnahme fanden.

Abg. Haffe (nat.-lib.)

lenkt das Interesse des Hauses auf die Südpolarforschung, die von privater Seite begonnen und gefördert, keine Unterstützung von Seiten des Reichs gefunden hat. Als erste Rate für Ausrichtung einer Südpol-Expedition würden 200 000 M. genügen. Das Reich darf sich derartigen moralischen Verpflichtungen nicht entziehen.

Staatsminister Graf Posadowsky:

Auch die Regierung hat den lebhaften Wunsch, daß Deutschland der internationalen Patentunion beitrete. Seit dem vorigen Jahre schweben hierüber Unterhandlungen, die vermuthlich bald zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Was das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb anlangt, so ist dies ja noch neu und die Rechtspredung daher noch nicht überall gleichmäßig und sicher. Der Wunsch einer Expedition nach dem Südpol ist noch nicht Gegenstand der Verathung bei den verbündeten Regierungen gewesen. Das wissenschaftliche Bedürfnis wird aber von dem Herrn Reichsanzler anerkannt. Die Kosten würden etwa 1 100 000 M. betragen, die auf fünf Etatsjahre zu verteilen wären. Auch England und Amerika bereiten derartige Expeditionen für 1901 vor, so daß diese 3 Expeditionen konzentrisch vorgehen könnten. Also nochmals: Das wissenschaftliche Bedürfnis steht auch für uns fest. Nur über die finanzielle Seite werden wir uns noch klar werden müssen.

Abg. Horn-Sachsen (Soz.):

Wir haben es gestern erlebt, wie durch die Einstimmigkeit weiter Kreise des Volkes ein Gesetz verurtheilt wurde, welches seit 1892 besteht, sich aber nicht bewährt hat. Darüber waren alle Redner einig, daß das Gesetz ganz abgeschafft oder stark abgeändert werden müßte. Und auch der Staatssekretär, Herr Graf Posadowsky, hatte dagegen nichts einzuwenden. Wenn man das sieht, dann begreift man es nicht, warum nicht auch auf andere Wünsche dieselbe Rücksicht genommen wird, wie auf die der Weinproduzenten und Weintrinker. Es fiel hier das goldene Wort: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Ein anderes Wort sagt: Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Warum verfährt man nicht danach? Dasselbe Recht wie die Weinproduzenten und Weintrinker haben auch die Arbeiter. Aber wenn es sich darum handelt, deren wirtschaftliche und politische Rechte zu schützen, da hört man stets, daß es gar nicht notwendig, den Arbeitern braucht man nicht mehr Rechte zuzugestehen, die Rechte der Arbeiter sind ohnehin schon viel zu weit gediehen.

Ich will mich heute nur mit einer speziellen Seite des allgemeinen Arbeiterschutzes beschäftigen, mit dem Schutz der Arbeiter in der Glas- und Porzellan-Industrie. Redner giebt hierauf eine detaillierte Darstellung der Zustände in der Glasbranche. Die Glasindustriellen haben stets geäußert, daß ihre Industrie die Gesundheit der Arbeiter schädige. Derartige Behauptungen werden aber durch die Praxis täglich widerlegt. Und zwar haben gerade bürgerliche Sozialökonomen da die meisten Beweise geliefert. Der soft unübersichtliche Staub, der stets in der Werkstatt herrscht, bedeckt in wenigen Minuten die Lunge, verursacht einen beständigen Hustenreiz, der die Arbeiter quält und ansteckt. Ein Arzt, Dr. Holländer, der chemische Untersuchungen in solchen Werkstätten angestellt hat, hat die Gefährlichkeit des Aufenhalts in diesen Räumen nachdrücklich konstatiert. Aus allen Glasbezirken hören wir dieselben Urtheile. Ich weise Sie auf die Drohsäure des Kollegen Schoenau hin, der den Nachweis geführt hat, wie schlimm es in den Dampfkübeln - Spiegelbelegern ansieht. Die bestehenden Schutzvorschriften reichen in gar keiner Weise aus, sie bedürfen einer Umgestaltung von Grund aus. Die sanitären Verhältnisse in diesen Betrieben sind geradezu jammervoll; infolge des ungenügenden Lichtes, der schlechten Ventilation, des stetig vorhandenen Säurenebel und des Aschenstaubes sind Rheumatismus, Katarrh, Schwindel unter den Arbeitern außerordentlich verbreitet. Noch einer Statistik beträgt die durchschnittliche Lebensdauer eines Arbeiters in den Glashütten und Porzellanfabriken nur 35 Jahre. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner fährt noch verschiedene Fälle an, die ein großes Licht auf die ganz ungenügenden Einrichtungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Glashütten und Porzellanfabriken werfen. Ebenso schlecht sieht es mit dem wirtschaftlichen Schutz der betreffenden Arbeiter. Die Arbeitsordnungen enthalten oft Bestimmungen, die geradezu ungesetzmäßig sind. Redner beweist auch dies an einer Reihe von einzelnen Fällen. So sollen Schulden an den Kantinenwirth mit dem Arbeitslohn bei Lösung des Arbeitsverhältnisses verrechnet werden, während doch die Gewerbeordnung bestimmt, daß in solchen Fällen der Lohn ohne Weiteres und ohne Abzug ausbezahlt werden muß. Also nicht einmal die geringen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter, die bereits bestehen, werden von den Unternehmern beachtet. Sehr bedauernd ist ferner die Bestimmung, wonach die Arbeiter nur das Recht haben, die ihnen angewiesenen Arbeiterwohnungen — eine sogenannte Wohlfahrts-Einrichtung der Unternehmer — an bestimmten Terminen zu kündigen, während sie drei Tage nach Lösung des Arbeitsverhältnisses keinen Anspruch mehr auf diese Wohnung haben. Zudem müssen sie die Miete vierteljährlich vorausbezahlen, gehen aber trotzdem der Wohnung verlustig, sobald die Lösung des Arbeitsverhältnisses eintritt, auch wenn das vorausbezahlte Quartial noch nicht verfließen ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Endlich will ich doch noch bemerken, daß auch die Innehaltung der Sonntagsruhe in den Glashütten und Porzellanfabriken noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Eine Sonntagsruhe von vier bis fünf Stunden kann überhaupt nicht als eine solche bezeichnet werden.

Auch die Arbeiter haben ein Recht, ihre Interessen zu wahren. Verklammern Sie dem Arbeiter das Koalitionsrecht, so nehmen Sie ihm die Möglichkeit, gegen solche Zustände sich zu wehren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der bisherige Verlauf der Debatte über die Sozialpolitik hat ergeben, daß mit der Art, wie die Regierung Sozialpolitik treibt, eigentlich kein Reich im Hause, von Herrn v. Stumm und der Rechten etwa abgesehen, vollständig einverstanden ist. Auf den Grafen Posadowsky scheinen aber die Beschwerden, die hier vorgetragen wurden, eigentlich gar keinen Eindruck gemacht zu haben. Er hat erklärt, daß zur Ungünstigkeit gar keine Ursache vorliege, daß die Reichsverbrossenheit höchstens Staatsverdroffenheit sei; Verbrossenheit darüber, daß der Staat, an den unersättliche Wünsche gestellt würden, nicht alle zu befriedigen vermöge. Gewiß fordern manche Leute mehr, als der Staat leisten kann. Ich denke dabei an seine vergeblichen Bemühungen, die Sozialdemokratie zu vernichten. Für die Arbeiter aber hat das Wort des Grafen Posadowsky gar keine Geltung. Sie wissen genau, was sie vom Staat zu fordern haben und bestehen darauf, daß er seine Versprechungen auch erfüllt. Wenn aber ihre bescheidensten Forderungen nicht erfüllt werden, haben sie wahrhaftig Grund zur allerstärksten Unzufriedenheit. Ich will das an einem wichtigen Fall nachweisen; der eine Million deutscher Arbeiter betrifft. Hier hat die Regierung eine Forderung nicht erfüllt, deren Verwirklichung von keiner Seite bestritten wird. Alle Parteien des Hauses stimmen darin überein, daß die Gewerbe-Aufsicht an sich eine überaus segensreiche Einrichtung ist. Um so weniger können es die Bauarbeiter begreifen, daß sie bis heute von der Gewerbe-Aufsicht ausgeschlossen sind und daß die Regierung ihr Versprechen nicht erfüllt hat.

Wir haben die Gewerbe-Aufsicht etwa seit 1878. Damals wurde an die Bauarbeiter nicht gedacht. Erst im Jahre 1890/91 hat man ihnen verprochen, sie unter die Gewerbe-Aufsicht zu stellen. Obwohl fast 10 Jahre darüber verstrichen sind, ist das Versprechen noch nicht erfüllt worden. Die Folge davon ist, daß die Einrichtungen, welche für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bau-

arbeiter für notwendig erachtet worden sind, einfach auf dem Papiere stehen. Die Polizei hätte nun wenigstens die Pflicht, für die Ausführung der Schutzbestimmungen zu sorgen, aber die Polizei erfüllt diesen ihren Zweck und ihre Pflicht in keiner Weise. Das ganze Gesetz ist todter Buchstabe geblieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst Herr v. Stumm hat es anerkannt, daß die Polizei die ihr in dem Gesetz zugewiesene Aufgabe nicht erfüllen kann, er sagte, die Frage, ob die Polizei dieser Aufgabe gewachsen ist, kann ein Sachverständiger ehrlicher Weise garnicht bejahen. Herr v. Stumm steht doch gewiß nicht in dem Verdacht, zu schwarz zu malen. In allen Berichten der Gewerbe-Inspektoren wird darüber Klage geführt, daß die Polizei ihre Pflicht vernachlässigt und gar nichts thue, um die Vorschriften zur Durchführung zu bringen. Höchstens wird die Führung einiger Listen kontrollirt. Beim Bauarbeiter kommt es aber hauptsächlich auf Unfallverhütungsvorschriften an, es kommt darauf an zu prüfen, welche Einrichtungen gefährlich sind. Dazu gehört aber ein sachverständiges Auge. Das kann ein früherer Unteroffizier nicht, der hat die Fachkenntnisse nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer Reihe von Städten sind besondere Beamte eingesetzt worden, aber es ist eine so verschwindend geringe Anzahl, daß sie nicht ins Gewicht fällt.

Der betreffende Abschnitt des Unfallverhütungsgesetzes ist ja nur auf sozialdemokratische Anregung entstanden. Im ersten Entwurf fand dieser Punkt gar nicht, schließlich ist er angenommen worden, aber nicht ganz in unserer Sinne, deshalb mußten wir dagegen stimmen. Der Hauptfehler war der, die Kontrolle und Ausführung des Gesetzes den Berufsvereinigungen zu überlassen, also den Unternehmern selbst. Was haben die Unternehmer denn geleistet? Sie haben eine Anzahl Unfallverhütungsvorschriften erlassen, das ist ja ein billiges Vergnügen. Papier ist geduldig. Aber für die Durchführung der Vorschriften haben sie nicht gesorgt. Es ist ein reiner Hohn und Spott auf die Unfallverhütung, was die Berufsvereinigungen geleistet haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter müssen auf wacklige Gerüste, zerbrechliche Leitern steigen, es kümmert sich niemand darum, ob sie sich die Schwindel holen, wenn sie bei offenen Fenstern im Winter arbeiten müssen. Drei Berufsvereinigungen mit 208 506 Beschäftigten haben überhaupt keine solchen Vorschriften erlassen. Beamte sind nur in geringer Zahl zur Kontrolle angestellt. Bei der einen 3, bei der anderen 4—6, bei derjenigen, die am meisten Beamte hat, der rheinisch-westfälischen Bauvereinigungsvereins, sind 12 Beamte angestellt. Aber auch hier kommen auf jeden Kontrollleur 1638 Betriebe mit 69 000 Arbeitern. Man wird die Ungültigkeit der Kontrolle also zugeben müssen. Es ergibt sich heraus, daß die Unternehmer nicht den guten Willen haben, etwas zu thun. Sie hatten zehn Jahre Gelegenheit, sie haben sie einfach veräußert. Herr Bodiler sagte seiner Zeit zu einer Deputation der Bauarbeiter. Ich erkenne die Nothwendigkeit des gesetzlichen Eingreifens zum Schutze der Bauarbeiter durchaus an und bin persönlich erbötig, Alles zu thun, was in meinen Kräften steht. Er hat diese Juwage dann noch schriftlich wiederholt. Geschehen ist aber nichts. Die Deputation war auch beim Reichsanzler. Am Schluß der Unterredung wurde ihr gesagt: Wir haben mit großem Interesse Ihre Wünsche verfolgt. Haben Sie Vertrauen zur Regierung, dann wird sich Alles machen! Ja, was sich da gemacht hat! Die Verhältnisse sind da noch keiner Besserung geworben. Das ergibt sich aus der Zahl der Unfälle, aus den vielen Prozessen, die gegen Unternehmer stattfinden, die gewissenlos es an den nöthigen Schutzvorrichtungen fehlen lassen. Ein Charakteristikon will ich Ihnen für die Stimmung in den Unternehmerkreisen anführen: In einer Petition an den Reichstag ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß für die schließliche Tödtung die Festungshaft neben der Gefängnißhaft zugelassen werden solle!!! Jeder Kommunitar ist da wohl überflüssig.

Eine Uebersicht über die Verhältnisse auf den Berliner Bauten zeigt nur Genüge, wie die Sachen stehen. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß hier große Bauarbeiter-Organisationen bestehen, die mit den Mißständen doch bereits so weit ausgeräumt haben, als sie nur konnten. Und auch da sind noch bei mehr als 1/3 aller Bauten auch nicht die elementarsten Unfallvorschriften durchgeführt. Nur bei 85 Bauten war ein Kasten mit Material für die erste Hilfeleistung vorhanden, bei 253 war davon gar keine Rede. Der Herr Staatssekretär v. Posadowsky hat selbst hier im Reichstage erklärt: die Zustände im Baugewerbe sind schlecht, die Klagen sind durchaus berechtigt; wir haben uns entschlossen, von Reichswegen eine Auforderung an die Einzelregierungen ergehen zu lassen zur strengeren Durchführung des Gesetzes. Das klingt ja sehr arbeiterfreundlich. Aber was für einen Zweck sollte denn diese Aufforderung haben? Wenn die Einzelregierungen etwas hätten thun wollen, warum haben sie es denn nicht gethan? Das Recht dazu hatten sie ja stets. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zum Theil haben sie sich ja auch Mühe gegeben; z. B. hat die bayerische Regierung am 27. November 1895 den ersten Veruch dazu gemacht; aber schon am 20. Oktober 1897 mußte eine neue und verschärfte Verordnung erlassen werden. Und auch jetzt wiederum heißt es dort: all das genügt nicht, es muß mehr geschehen. Und die preussische Regierung, was thut denn die? Und was hat sie seit dem Ersuchen des Herrn Staatssekretärs gethan? Ich habe vergeblich den Etat durchstudirt, ich habe keinen Posten für eine kräftige Durchführung des Bauarbeiter-schutzes in den einzelnen Landesheilen gefunden.

Da sieht man aber wieder, was das mit dem Ueberweisen an die Einzelregierungen auf sich hat. Da können die städtischen Verwaltungen schon besser eingreifen. Einige von ihnen haben etwas gethan; aber das sind ja nur verschwindend wenige Fälle. Was die Arbeiter verlangen und was sie brauchen, das ist genaue Kontrolle überall.

Wir sollen Vertrauen zur hohen Regierung haben. Wir haben es gehabt. Und die Folgen? Nach jener Unterredung mit dem Direktor des Reichs-Gesundheitsamts erhielt die Deputation ein Schreiben des Inhalts: Die bei jener Gelegenheit zu Tage getretenen Mißstände sind dem Reichsamt des Innern als Material für eine eventuelle Revision des Unfallverhütungsgesetzes überwie sen worden. In dem Entwurf jener Novelle war aber von all diesen Dingen nicht im Geringsten die Rede. Und als dann in der Kommission von den Sozialdemokraten entsprechende Anträge gestellt wurden, da wurden diese sämtlich abgelehnt.

Sie sehen: die Arbeiter haben Alles gethan, was sie nur thun konnten. Sie haben sich nicht damit begnügt, die Mißstände aufzudecken; sie haben ganz positiv an ihrer Beseitigung mitarbeiteten wollen. Das Verlangen nach einer strengen Beaufsichtigung der Bau- und Arbeitsplätze, der Gerüste etc. ist durch einen Beschluß des Reichstages der Regierung offiziell vorgelegt worden. Im Anschluß an die Verathung einer Petition des Arbeiters Josef Fischer aus München erklärte Hebel: Angesichts der geradezu ungeschwulstlichen Thatfachen müßte die Petition dem Reichsanzler als Material zu einer künftigen Aenderung des Unfallverhütungsgesetzes überwie sen werden. An diesem Tage traten die Redner der verschiedensten Parteien auf und erklärten sämtlich ihr volles Einverständnis mit dem Inhalt der Petition. Der Antrag Hebel wurde einstimmig angenommen. Und was geschah hierauf? Der Reichsanzler hat veranlaßt, daß eine Erhebung angestellt werde. Aber eine Erhebung, wie sie eben nur in Deutschland möglich ist, wie sie in der ganzen zivilisirten Welt einfach unmöglich ist. Wer wurde bei dieser Erhebung gefragt? Die Arbeiter überhaupt nicht! Nur die Berufsvereinigungen, die doch gezeigt hatten, daß sie nicht helfen wollten. Und noch mehr: Es gab bereits eine Anzahl Städte, in denen die organisierten Arbeiter von der Verwaltung eine Bauaufsicht erzwingen hatten; z. B. Frankfurt, Wülhausen. Die Verwaltungen gerade hat man nicht befragt. Warum? Weil man unbequeme Antworten vermeiden wollte; denn die Aufsicht hat sich



doch sehr gut bewährt. Da müssen sich doch die Arbeiter sagen: Diese Erhebung zeigt nur, daß man die Sache hinausschleppen will.

Hier ist viel von der kaiserlichen Volkshaus gesprochen worden. Uns geht sie ja nichts an. Wir stellen unsere Forderungen, weil wir sie für notwendig erachten. Aber das werden Sie ja doch alle zugeben müssen, daß der Bauarbeiterstand unbedingt dazu gehört. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Staatssekretär Graf Posadowsky:

Gestatten Sie, daß ich bei der vorgerückten Zeit auf die so lebhaften Ausführungen des Redneren (Große Heiterkeit rechts) nur kurz erwidere. Ich habe bereits in der vorigen Session erklärt, daß auch nach meiner Ansicht auf diesem Gebiete erhebliche Mängel vorliegen. Am 30. Juni 1898 habe ich ein längeres Rundschreiben in dieser Angelegenheit an die verbündeten Regierungen erlassen, das die Nothwendigkeit eines vermehrten Schutzes der Arbeiter aufbaut betont. Die Regierungen haben das Bestehen von Mängelständen ausnahmslos anerkannt, ausnahmslos aber auch die Unterstellung der Bauten unter die Gewerbe-Aufsicht als unannehmbar bezeichnet. Bauten entstehen ja täglich nicht nur in den großen Städten, sondern auch in entferntesten vom Verkehr abliegenden Orten. Ein Bau verändert sich täglich; heute ist er ungefährlich, morgen kann er gefährlich sein. Da können die Gewerbe-Inspektoren keine Aufsicht üben. Die Bau-Aufsicht kann nur durch lokale Organe geführt werden. Im Rundschreiben wird weiter darauf hingewiesen, ob nicht eine Verschärfung der Unfall-Versicherungs-Vorschriften der Bau-Vereinigungen am Platze wäre. Mehrere Berufsvereinigungen haben eine solche Verschärfung bereits beschlossen, und das Reichversicherungsamt hat diese neuen Vorschriften bestätigt. Im Rundschreiben ist weiter darauf hingewiesen, daß auch die Gesundheit der Bauarbeiter mehr geschützt werden müsse als bisher, daß z. B. die Arbeiter, die den inneren Auszug des Hauses besorgen, nicht bei Nothfeuer oder in Räumen arbeiten müßten, die noch nicht mit Fenstern versehen sind. Ferner habe ich das Ersuchen an die Regierungen gerichtet, lokal- oder bezirks-polizeiliche Bau-Vorschriften, wo sie noch nicht bestehen, alsbald zu erlassen. Damit ist alles geschehen, was nach Lage der Sache geschehen könnte. Die Ausführung ist Sache der Einzelregierungen. Jwang und Aufsicht steht dem Reich auf diesem Gebiete nicht zu. Glaubt man, daß hier und da nicht genug geschieht, so sind die Einzel-Landtage für solche Beschwerden der richtige Ort. Ich habe schließlich die verbündeten Regierungen noch ersucht, mir bis zum 1. April 1899 mitzutheilen, welche Maßnahmen sie auf diesem Gebiete ergriffen haben, damit wir die Gestaltung der Arbeiter-Schutzmaßnahmen für die Bauarbeiter genau verfolgen können. Ich bitte auch die Herren von der Sozialdemokratie, zunächst das Resultat meines Rundschreibens abzuwarten.

Abg. Augst fordert Einrichtungen zur Hebung der Lage der ländlichen Arbeiter, besonders im Wohnungswesen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich sehe nicht ein, wie man den Wunsch nach Arbeiterwohnungen von Reich wegen erfüllen soll. Herrn Abg. Hoch möchte ich noch erwidern, daß vom Reichsamt des Innern die Anregung ausgegangen ist, daß die Bauunternehmer der Polizeibehörde Arbeiter präsentieren, welche die Kontrolle ausüben, und wenn der Voller die Ansprüche nicht erfüllt, die das Gesetz an ihn stellt, der Polizei davon Kenntniß geben können. Wir hoffen damit den Wünschen der Bauarbeiter entgegenzukommen.

### Abg. Albrecht (Soz.):

Es wird ja gewiß vielen von Ihnen (noch rechts) schwer werden, unsere Klagen anzuhören, aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ja auch wir Ihre Klagen über die Noth der Landwirtschaft anhören müssen, die ja sehr häufig hier laut werden. (Sehr richtig links.) Wenn Herr Stöcker gesagt hat, er freute sich, daß wir Sozialdemokraten nicht mehr so revolutionär sind, sondern mehr reformatorisch wirken wollen, so könnte ich mit Recht sagen, der ganze Reichstag scheint sozialdemokratisch werden zu wollen. Es war ja hier ein förmliches Wettlaufen um die Gunst des armen Mannes bei allen Parteien. Wie jetzt in diesen Tagen, so stelle ich mir ungefähr die Stimmung im Hause vor, als vor drei Jahren der Streit der Konfessionsarbeiter hier verhandelt wurde. Es wurde damals die Möglichkeit der Krankheitsübertragungen durch Bakterien ärztlich festgestellt. Ich glaube, die allgemeine Sympathie ist damals hauptsächlich der Furcht vor diesen Krankheitsübertragungen entsprungen (Lachen rechts), denn es herrscht heute noch das gleiche Elend, wie vor drei Jahren in der Konfessionsindustrie. Man sollte meinen, wenn alle bürgerlichen Parteien einig sind, daß den gräßlichen Missethätungen abgeholfen werden muß, die bürgerlichen Kapitalisten mühten selbst etwas thun und nicht erst auf die Regierung warten. Aus der Enquete geht hervor, daß die Arbeitszeit theilweise 16 Stunden beträgt; 25 pCt. der Krankheiten in dieser Industrie seien Krankheiten der Athmungsorgane. Aus meiner Kenntniß der Dinge sage ich, das ist noch zu wenig, man kann 50-60 pCt. annehmen. Die Verordnung der Regierung hat ihren Zweck nicht erfüllt, weil sie nur die größeren Werkstätten berücksichtigt. Durch die Verordnung ist die Arbeit aus den größeren Werkstätten in die Heimarbeit übergeführt worden. So mühten sich die Unternehmer zu helfen. Die Regierung beruft sich nun darauf, daß die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung maßgebend sein müßten. Meint aber die Gewerbe-Ordnung nicht aus, so hätte die Regierung die Initiative zu ergreifen, um diese schlechte Gewerbe-Ordnung zu ändern. Es hat sich in der Konfessionsindustrie nichts gebessert, die übermäßige Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte ist allgemein. Der Bericht aus Württemberg meldet, die Heranziehung der Heimarbeit wird dort systematisch betrieben. Und welchen Lohn erhalten diese Arbeiterinnen? Während der 14 Tage lang dauernden Lehrzeit gerade 50 Pf. pro Tag! (Hört!) Ein Unternehmer beschäftigt nur 120 bis 140 männliche und weibliche Arbeiter in Werkstätten, dagegen etwa 400 in Heimarbeit. (Hört! hört!) Meine Herren, wenn man weiß, wie vor drei Jahren hier im Hause eine so große Sympathie für die Opfer dieser Industrie vorhanden war, und nun sieht, daß bis heute noch nichts Greifbares zum Schutze dieser Arbeiterkategorie geschehen ist, so muß man wohl mißtrauisch werden, wenn in diesem Jahre wieder alle Parteien von ihrem warmen Herzen für die Arbeiter gesprochen haben. Herr v. Posadowsky hat ein allmähliches Vorgehen in der Sozialreform empfohlen, nun, wenn sie dasselbe Tempo einhalten wollen, wie in der Konfessionsindustrie, dann werden allerdings noch Generationen darüber im Elend verkommen, ehe überhaupt etwas geschieht.

Noch Eines über den Jahresbericht im Allgemeinen möchte ich sagen. Die Beamten im Reichsamt des Innern haben denn doch bei ihren Aufstellungen allzu sehr die rosa Farbe benützt. So steht in dem Bericht über die Verhältnisse des Bezirks Anhalt, den ich vertritt, nur die Thatfache verzeichnet, daß die Arbeiter der dortigen Schultheiß-Druckerei des Herrn Köhler eine gewisse Gewinnprämie erhalten. Aus den Originalberichten, auf die uns ja Herr v. Posadowsky verwies, erfährt man indeß, daß in Anhalt 1186 Betriebe mit 24 000 Arbeitern der Gewerbe-Ordnung unterstehen. Was haben diese Arbeiter von den guten Verhältnissen in der Schultheiß-Druckerei? Der Gewerbe-Inspektor dort hat sich gewiß alle Mühe gegeben, hat aber von den 1200 Betrieben nur circa 300 revidiren können, während er selbst anerkennt, daß es nöthig wäre, viele Betriebe unter fortwährende Kontrolle zu stellen. Was ist das für eine Gewerbe-Inspektion? Da muß eine Veränderung eintreten, wenn man überhaupt noch von sozialer Reform reden will. (Wapo! bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.):

Der Abg. Müller-Dortmund hat die Behauptung aufgestellt, der Terrorismus der Arbeitgeber in Lübeck sei eine Folge des Terrorismus der Lübecker Arbeiter. Dieser Behauptung muß ich auf das Nachdrücklichste widersprechen. Die Lübecker Arbeiterkategorie ist nicht weniger als terroristisch gestimmt. Wohl ist sie stolz auf ihr entwickeltes Klassenbewußtsein und ihr Solidaritätsgefühl, aber sie hat eine viel zu gute Schule durchgemacht, als anders denn mit Be-

sonnenheit und Ruhe ihr gutes Recht zu verteidigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die steht es aber mit dem Terrorismus der Unternehmer in Lübeck? Ein Former war auf einer Eisen-gießerei beschäftigt, die Lübecker Maschinenbau-Anstalt bot ihm bessere Arbeit und höheren Verdienst an. Der Mann wollte seine Lage verbessern, gab die alte Stelle auf und nahm die neue an. Es ist doch kein Terrorismus, wenn ein Arbeiter seine Lage verbessern will! Was aber thaten die Unternehmer? Am 4. Juni 1897 richtete der Lübecker Arbeitgeberverband ein Schreiben an die Lübecker Maschinenbau-Anstalt, worin ihr aufgegeben wurde, innerhalb dreier Monate den Former nicht zu beschäftigen (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten), weil er ohne jeden Grund die alte Arbeit verlassen hätte (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Ich möchte gern einmal die Meinung des Herrn Staatssekretärs über diesen Fall hören. Ist das hier Terrorismus, oder ist das keine? (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Redner spricht weiter gegen Bemerkungen des Abg. Müller über die Formerbewegung und kommt sodann auf die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich einer neuen Seemanns-Ordnung zu sprechen. Er könne sein Bedauern über die Erklärung des Staatssekretärs nicht zurückhalten, daß eine neue Seemanns-Ordnung dem Hause nicht in dieser, sondern erst in der nächsten Session zugehen soll. Die Frage ist längst spruchreif. Schon 1897 hat Herr v. Böttcher erklärt, daß die neue Seemanns-Ordnung das Stadium der Verhandlungen verlassen habe und sich auf dem Wege zu den verbündeten Regierungen befinde. Das ist jetzt zwei Jahre her. Graf Posadowsky meinte, daß man sich den Vorbereitungen zu der Südpolexpedition seit zwei Jahren widme. Die Schaffung einer Seemanns-Ordnung scheint wirklich schwieriger zu sein, als die Erforschung des Südpols? (Heiterkeit.) Wo kämen wir hin, wenn wichtige Vorlagen so auf die lange Bank geschoben werden! 44 000 Seeleute warten darauf seit Jahren, daß dieses Gesetz dem Reichstag vorgelegt wird. Die Aufgabe für die Regierung ist ja auch nicht zu schwer. Herr v. Berlepsch hat ja schon erklärt, daß die neue Seemanns-Ordnung bereits im Jahre 1897 fertig gestellt worden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Titel I „Staatssekretär“ ist genehmigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (1. Antrag Hompesch (B.); Aufhebung des Jesuitengesetzes; 2. Fortsetzung der Verhandlung des Antrags Kasper (Soz.) betr. die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte; 3. Antrag Rindert (fr. Bg.) auf Eröffnung des Wahlrechts in Mecklenburg; 4. Antrag Heyl (nat.) auf Eröffnung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen.

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Abgeordnetenhause.

### 5. Sitzung vom 24. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Miquel, v. d. Rede.

Die erste Verhandlung des Tages wird fortgesetzt. Abg. Freiherr v. Jellity (fr.) geht auf die Ausweisung der Dänen näher ein; was dort gegen die Dänen geschieht, das ist verständig und unbedeutend gegenüber den Maßnahmen, welche die dänische Regierung gegen Deutsche anwendet. Die Kanalfrage darf keinesfalls vom einseitigen Interessensstandpunkt aus beurtheilt werden. Der Großgrundbesitz ist eine sozialpolitische Nothwendigkeit im Osten der Monarchie und wer sie beseitigen will, hat keine Ahnung von den dortigen Verhältnissen (Sehr richtig! rechts). Jedenfalls müsse die Regierung Alles thun, um die Rentabilität des Getreidebanes im Osten zu sichern und diesen maßgebenden Gesichtspunkt bei dem Abschluß von Handelsverträgen festhalten. Was den Waffen-Erlaß des Ministers des Innern anbelangt, so ist die Auffassung der Abg. Richter und Rindert unverständlich. So einmal die Nothwendigkeit gegeben ist, die Waffe anzuwenden, da muß es mit Nachdruck und vollem Ernste geschehen. Was Herr Richter über die Denkmals- und Oberbürgermeister-Angelegenheit mitgetheilt hat, beruht auf ganz privaten Versicherungen und macht deshalb den Eindruck der Zerknirschtheit. Allerdings ist die Bestätigung der Kommunalbeamten ein Regierungsgeschäft und die entgegengelegte Anschauung des Ministers könne er nicht billig an; ebenso seien auch die Vergnügungen Regierungsgeschäfte. Das disziplinäre Einschreiten der Regierung gegen Delinquenten ist formell zweifellos gerechtfertigt; aber er ist ein zweifelloser patriotischer Mann und man hätte ein Einschreiten lieber unterlassen sollen. Wegen die jüdischen Lehrerinnen in Berlin, darin stimme er mit Richter überein, hätte man in milderer Form vorgehen können. Die Berliner Schulen sind ja allerdings nicht simulirt, aber eine mildere Praxis hätte sich wohl empfohlen. Herr Richter hat übrigens die Nicht-Bestätigung Singer's als Mitglied der Schuldeputation nicht erwähnt. Der Grund ist leicht ersichtlich. Vor den Landtagswahlen, als die Freisinnigen auf die Hilfe der Sozialdemokraten angewiesen waren, da traten sie für Herrn Singer ein. Jetzt nach den Wahlen brauchen sie seine Hilfe nicht mehr, und da heißt es denn: Singer hat seine Schuldigkeit gethan, Singer kann gehen! (Sehr wahr! rechts.) Wir werden mit allem Eifer darauf hinarbeiten, daß die Eisenbahnen die Grundlagen unseres nationalen Erwerbslebens werden. (Beifall.)

### Abg. Motz (Pol.):

Alles, was man für die Förderung der Bildung in Polen thue, diene lediglich den Germanisirungszwecken. Und das nenne der Finanzminister das Bestreben nach Frieden und Verbesserung! Der Finanzminister kämpft, um den Frieden des Friedhofes zu erhalten. Dagegen protestiren wir Polen. Wie kann man von uns Erfüllung unserer Pflichten verlangen, wenn man uns in dieser Weise behandelt, wenn man uns das Theuerste, unsere Muttersprache, raubt. Was würden Sie thun, wenn man Ihnen derartiges zumuthete? Doch dasselbe, was wir jetzt thun; sie würden Widerstand leisten. Wir kommen immer darauf zurück, auf die uns felerlich gegebenen Versprechungen der preussischen Könige; in allen diesen Urkunden wird den Polen Schutz und Hilfe in ihren nationalen Angelegenheiten zugesichert. Wer an diesen Versprechungen rüttelt, der rüttelt an den Grundlagen der Monarchie. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

### Abg. v. Stauby (L.):

wendet sich gegen Motz. Der O. R. L. Verein hat streng jedes aggressive Vorgehen zurückgewiesen. Sie haben die Vereinigung der Polen in Vereinen belämpft; Sie aber haben vom ersten Moment der Bildung deutscher Vereine gegen diese agirt. Sie thäten gut, sich den Staaten gegenüber, denen sie angehören, freundlich zu stellen und sie nicht durch ungerechte Vorwürfe zu kränken.

### Minister Dr. v. Miquel:

Die polnischen Verhältnisse sind doch allmählich so weit bekannt geworden, daß es heute nicht mehr gelingt, die Polen als die Zäuner zu schildern, denen Unrecht geschieht. Daß man den Polen die Muttersprache rauben will, glaubt man auch in Polen nicht. Mit all Ihren Agitationen ist der Hintergedanke der Losrennung von Preußen verbunden. (Sehr richtig!) Aber das müssen Sie sich doch sagen, daß eine Provinz, die kaum eine Tagereise von Berlin entfernt liegt, von uns bis zum letzten Blutstropfen verteidigt wird. (Sehr richtig!) und auf ewige Zeiten mit uns vereinigt bleiben muß. (Beifall.)

### Abg. v. Cynern (nat.):

widerspricht der Ansicht des Ministers v. d. Rede, daß die Bestätigung der Kommunalbeamten der Kritik des Hauses nicht unterstehe. Diese Bestätigung sei, wie auch die Vergnügung, ein Regierungsgeschäft. Die Eisenbahn-Entwicklung hält nicht Schritt mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes. Die hohen Kommunalsteuer-Zuschläge im Westen der Monarchie seien eine bedenkliche Erscheinung; wie solle das erst bei einem wirtschaftlichen Niedergange werden?

### Minister Dr. v. Miquel:

Der Vorwurf, daß die Bahnverlängerung nicht genügend berücksichtigt werde so wie die Finanzen es wohl gestatteten, ist mir nicht ver-

stänzlich; denn zu diesen Erweiterungen sind stets Anleihen aufgenommen worden.

### Abg. v. Heydebrand (L.):

Ganz entschieden müsse er gegen die Meinung Einspruch erheben, als ob das Vergnügungs- und Bestätigungsrecht nur als Regierungsgeschäft aufzufassen werden können. Das sei ganz undurchführbar. Das Vergnügungsrecht sei ein durchaus persönliches Recht, und wofür können wir, wenn wir die persönlichen Angelegenheiten, die bei Bestätigungen in Betracht kommen, etwa hier öffentlich diskutieren wollten.

### Abg. Richter (fr. Bg.):

Der Minister Boffe hat es so dargestellt, als ob ich verlangt hätte, auf die Inhaber der Privat-Lehrerämter einzuwirken, die nicht jüdische Schüler aufnehmen wollen. Das habe ich nicht gethan, sondern nur daraus gefolgert, daß dann ein Bedürfnis zur weiteren Konzeptionierung von Lehrern vorliegt. Es sei nicht angängig, meinte der Minister, daß jüdische Lehrer mit denselben Kindern von Klasse zu Klasse durch die ganze Schule aufstiegen. Das ist in Berlin überhaupt nur in drei Klassen vorgekommen. Solche Vorkommnisse sind überdies jetzt durch die Ministerialverfügungen ausgeschlossen. Es handelt sich darum, daß möglichst bis zum 1. April 1899 von 54 jüdischen Lehrern 42 ihr Ordinariat verlieren müssen und nur 12 es behalten dürfen. Es handelt sich also um eine generelle Maßregel, die geeignet ist, die jüdischen Lehrkräfte zu degradiren. Der Minister wandte ein, in Berlin seien die Schulen konfessionell. Es sind jetzt in Berlin 18 katholische und 8 andere konfessionelle Schulen vorhanden. Die anderen Schulen sind in dem Sinne Volksschulen, als die Kinder nicht nach der Konfession, sondern nach den Wohnorten eingeschult werden. An diesem Zustand rüttelt man jetzt. Der Herr v. Jellity meinte, warum ich nicht die Ver-jagung der Bestätigung des Reichstags-Abgeordneten Singer als Mitglied der Schuldeputation erwähnt hätte. Ja, ich habe noch ein ganzes Register von Beschwerden. Außerdem tagt heute ein Ausschuß der städtischen Behörde, um in dieser Frage weitere Stellung zu nehmen. (Hört! hört!) Im Wahlinteresse hat unser Eintreten für Herrn Singer gewiß nicht gelegen, denn wir waren damals befaßt mit der Stichwahl mit den Sozialdemokraten und es hätte uns im Wahlinteresse mehr an der Freundschaft der Konfessionisten gelegen.

Der Minister v. d. Rede hat bis zum Montag erwartet, um mir zu antworten. Er hat sich einen Salat zurecht gemacht. (Zuruf: Salat ist nicht parlamentarisch! Heiterkeit.) Das kommt auf den jeweiligen Präsidenten an. (Große Heiterkeit.) Sehr schmackhaft ist der Salat allerdings nicht geworden. Die Veröffentlichung des Schick-Erlasses im „Vorwärts“ nennt der Minister unaußer. Wie kann er denn im selben Athemzuge ausführen, er hätte den Erlaß der Öffentlichkeit unterbreiten wollen? (Sehr richtig! links.) Wenn eingegriffen werden solle, müsse „wirklich“ eingegriffen werden. Das ist doch bloß ein Spiel mit Worten. Denn es ist doch sehr die Frage, was im einzelnen Falle wirksamer ist, sofort Scharfschießen und mit blanker Waffe hauen oder ein Säurebad und ein flacher Dsch. Der Minister meinte, was sein Erlaß beabsichtige, sei das zweckmäßigste und humanste. Hat er die Zeugenaussagen im Erfurter Strampalprozeß nicht gelesen? Der Pastor Adler hat da ausgesagt, daß er über das Verfahren der Polizeibeamten geradezu empört gewesen sei. Die Polizeibeamten hätten rücksichtslos auf friedliche Bürger losgeschlagen, denen man es hätte ansehn lassen können, daß sie am Strampal gannäht betheiligt waren, sondern nur nach Hause wollten. Er habe noch einige Passanten vor den Säbelhieben gefaßt. Die Leute, die aus der Ferne von den jeigigen weitrtragenden Geschossen getroffen werden, werden dies Vorgehen ebenfalls wenig human finden.

Die Friedhofesfrage hätte doch im Handumdrehen gelöst werden können. Der Minister sagt, es hätten erst verschiedene Ministerien darüber konferiren müssen. Es war mir bisher unbekannt, daß sich über ein einfaches eisernes Thor verschiedene Ministerien ins Einvernehmen setzen müssen und dazu über 8 Monate brauchen. Es muß da doch hohe Politik mit im Spiele sein. Der Zusammenhang zwischen der Friedhofesfrage und der ausstehenden Bestätigung des Bürgermeisters soll grandioser Klatsch sein. Das ist kein Klatsch, denn bei der Unterredung zwischen Lucas und Richter waren auch andere Personen zugegen, auf die es ankommt, die gar keinen Anlaß hatten, falsche Gerüchte zu verbreiten. Uebrigens haben ähnliche bedeutungsvolle Unterredungen zwischen dem Oberbürgermeister Jellie und dem Oberpräsidenten Schenbach stattgefunden.

Was nun die lange Verzögerung der Bestätigung anlangt, so ist es eine merkwürdige Entschuldigung, daß das betreffende Altes nicht eher hätte ausgefertigt werden können. Allerdings konnte ja der Gewählte unterdessen sterben und dann hätte sich das Ministerium um die nötige Arbeit gemacht. Sind die Herren so arbeitslos? (Heiterkeit.) Wenn man nun auch nach den Grundfragen des Herrn Ministers sechs Wochen mit der Bestätigung warten müßte, so sind doch jetzt schon 5 1/2 Monate verstrichen. Der Minister meint, es hätten erst langwierige Unterredungen über diese Frage stattfinden müssen.

Ja, ist denn der Herr Oberbürgermeister ein Mädchen aus der Fremde (Heiterkeit), über das man erst lange Nachforschungen anstellen muß? Der Minister hat mit seiner Behauptung, daß die Bestätigung oder Nichtbestätigung der Kritik des Hauses nicht unterstehe, von verschiedenen Seiten des Hauses Widerspruch erfahren, auch vom Freiherrn v. Jellity, was um so mehr im Bewußt fällt, als dieser Herr nicht bloß mit der parlamentarischen Auffassung bekannt ist, sondern auch mit der ministeriellen Auffassung. Das ist der herbe Vorwurf, der den Herrn Minister treffen konnte. (Beifall links.) Wenn die Entscheidung nicht im Sinne des Herrn Rede ausfällt, so muß er die konstitutionellen Konsequenzen daraus ziehen, sonst degradirt er sich und sein Ministerium zu vortragenden Räten. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Den Segnern der Ausweisungspolitik wird die nationale Bestimmung abgesprochen. Wohin soll das führen, wenn das so fortgeht, daß die eine Seite des Hauses die andere einer geringeren nationalen Bestimmung bezichtigt? Wir werden dann zu solchen Exzessen kommen, wie wir sie in Wien und Paris sehen. (Vorn. Richter rechts, Beifall links.) Der Herr Präsident muß sich über die Grundfrage schlüssig werden, nach denen ein solches Angewieseln von nationaler Bestimmung überhaupt zulässig ist. (Sehr richtig! links.) Gerade weil ich das volle Verwehren von der Stärkung der Macht des Deutschen Reiches habe, bin ich der Meinung, wenn irgend ein Großstaat, so ist Deutschland im Stande, auch den kleinen fremden Nationalitäten, die seine Grenzen umschließen, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit zu theil werden zu lassen. (Lebhafte Beifall links, Richter rechts.)

Die Debatte wird geschlossen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen werden die üblichen Theile des Etats der Budget-Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Mittwoch 11 Uhr: Interpellation Paris (fr. Bg.) betreffend die Ausweisungen in Nordafrika.

## lokales.

An die Gewerkschaften, sowie überhaupt an die Arbeiter und Parteigenossen in Berlin und den Vororten richtet der Ausschuß der Berliner Gewerkschafts-Kommission das Ersuchen, sich an der heute, Mittwoch Abend, erfolgenden Flugblattverbreitung pünktlich und zahlreich zu betheiligen. Ein jeder stecke eine Legitimation zu sich und melde sich an den unten bekannt gegebenen Stellen zur Hilfeleistung.

Ferner wird der bekannte Beschluß der Berliner Gewerkschafts-Kommission nochmals bekannt gegeben: Bei allgemeinen öffentlichen Sammlungen für Streiks giebt nur die Berliner Gewerkschafts-Kommission Listen heraus und sind dieselben dann mit dem Stempel der Berliner Gewerkschafts-Kommission versehen.



Listen ohne den Stempel der Kommission sind zurückzuweisen, unbestimmt nur die Gewerkschaft, die eventuell Listen zu obigem Zwecke heranzieht. Nur die auf den Listen der Kommission gesammelten Gelder werden öffentlich im „Vorwärts“ quittiert und durch die Kommission abgerechnet.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.  
J. A. v. Millarg.

Die Flugblatt-Verbreitung erfolgt heute von folgenden Lokalen aus:

Erster Wahlkreis, Abends 6 1/2 Uhr, bei Mörchel, Sädenstr. 35; Sommer, Grünstr. 20; Stockfisch, Holzgartenstraße 5; Glaue, Krausenstraße 18; Sad, Französischestr. 6; Schmidt, Prensbürgerstr. 24.

Zweiter Wahlkreis, Abends 7 1/2 Uhr: Schönheim, Gräfenstr. 8; Müller, Gräfenstr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Kaumann, Blücherstr. 42; Lädle, Jossenerstr. 10; Zubeil, Lindenstr. 106; Sah, Margrafenstr. 102; Lindemann, Moritzstraße 9; Rißing, Belle-Alliancestr. 74; Galler, Ballaststr. 16; Werner, Willowstr. 50.

Dritter Wahlkreis, Abends 7 Uhr: Schnitber, Admiralsstr. 21; Stramm, Mitterstr. 123; Hornoff, Elisabethstr. 52; Peulert, Köpckestr. 38; Richter, Franzstr. 1, Ecke Schmidstraße; Gohlau, Sebastianstr. 81; Lenz, Alte Jakobstraße 40; Ladewig, Kommandantenstraße 65; Börner, Rüsterstr. 10a; Fild, Simeonstr. 23.

Fünfter Wahlkreis, Abends 7 Uhr: Rudisch, Birtenstraße 10; Wittchow, Kleine Hamburger- und Wasserstraßen-Ecke; Schmidt, Louisenstr. 5; Eichhorn, Greifswalderstr. 3; Kunow, Mendelssohnstr. 16.

Sechster Wahlkreis, Abends 8 Uhr: Johann Pfarr, Putzstr. 10; Schulz, Schwarzkopffstr. 11; Franz Steinert, Müllerstr. 7a; Bachgänger, Schwandenerstraße 98; Rosin, Schönholzer- und Kuppnerstraße-Ecke; Hoppe, Ackerstr. 145; Hermann, Putzstr. 45; Brinkmann, Bringen-Allee 21; Schönefeld, Fehrbellinerstr. 9, Ecke Christenstraße.

Die Parteigenossinnen und Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am nächsten Sonntag im Kösliner Hof eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow über den Kampf der Frau um ihre wirtschaftliche und soziale Befreiung sprechen wird. Die Vertrauensperson der Berliner Parteigenossinnen.

Der Radfahrer-Verein „Nordstern“ hält am 28. Januar in dem geperzten Lokal von S. A. v. Millarg, 186, einen Maskenball und versucht dazu in Arbeiterkreisen Karten abzusetzen. Die Parteigenossen wollen dies beachten. Die Lokalkommission.

Freie Volkshöhle. Die Generalversammlung am Donnerstag Abend findet in Cohn's Restauration statt, Anfang 8 Uhr. Frau Dr. J. Jabel hält einen einleitenden Vortrag über: Der literarische Werth der von der Freien Volkshöhle aufgeführten Stücke. Den zweiten Punkt der Tagesordnung wird der Geschäfts- und Kasienbericht des Vorstandes und der Revisoren bilden. Der Eintritt ist nur Mitgliedsnennungen gegen Vorzeigung der Karte gestattet. Sonntag Nachmittags 2 1/2 Uhr findet die Aufführung „Wallenstein's Tod“ für die 5. Abtheilung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater statt.

Der Vorstand, J. A. v. Millarg.

Die Polizei gegen die leeren Droschken.

Das Polizei-Präsidium hat dem Magistrat folgende Polizeiverordnung zur Zustimmung unterbreitet: Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 20. Juli 1888 wird für den Stadtbezirk Berlin mit Zustimmung des Gemeindevorstandes nachstehendes verordnet: § 1. Das Befahren der Leipzigerstraße, der Friedrichstraße und der Weidendammer Brücke sowie der Südseite der Straße „Unter den Linden“ einschließlich des Lustweges mit unbesetzten Droschken ist während der Stunden von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends grundsätzlich verboten und nur in der aus § 2 sich ergebenden Art statthaft. § 2. Droschkenführer, welche in den genannten Straßen Fahrgäste absetzen, müssen diese Straßen bei der nächsten Querstraße nach rechts verlassen. Die im § 29 des Droschken-Polizeireglementes vom 20. Januar 1873 gegebene Vorschrift, die nächste Haltestelle aufzusuchen, tritt außer Kraft bezüglich derjenigen Haltestellen, die bei den genannten Straßen links von der Fahrtrichtung liegen. — Droschkenführer, welche zur Abholung von Fahrgästen nach einer der genannten Straßen bestellt sind, dürfen in diese erst durch die nächste dem Besteller belegene Querstraße einbiegen. § 3. Der mittlere Fahrdamm des Leipziger Platzes darf von unbesetzten Droschken nicht befahren werden. Die Ausnahme des § 2 findet hier keine Anwendung. Die Droschkenführer haben sich vielmehr unter allen Umständen auf dem Fahrdamm längs der Häuser zu halten. § 4. Durch polizeiliche Bekanntmachung kann das im § 1 festgesetzte Verbot auch auf andere Straßen ausgedehnt werden. § 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden gemäß § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 6 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. § 6. Die Verordnung tritt am 1. Februar cr. in Kraft.

Nach unserer Meinung ist eine solche Verordnung weder für das Publikum, noch für die Droschkenführer von besonderem Vortheil. Gerade in den von Fußgängern belebten Hauptstraßen der Stadt ist den Kutschern vielfach Gelegenheit zum Verdienst gegeben, denn eine just vorbeifahrende Droschke wird immer eher in Benutzung genommen als eine, die erst auf dem Halteplatz aufgesucht werden muß. Und was die sonstigen Rücksichten auf Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs betrifft, die das neue Verbot etwa rechtfertigen sollen, so ist es bei der Breite der Berliner Straßen mit den Gefahren lange nicht so schlimm, wie in anderen Großstädten. Von den 4761 Anfällen, die hier im Jahre 1890 durch öffentliches und privates Straßenfahrzeug verursacht worden sind, kamen 420 auf Droschken, die wahrscheinlich meistens besetzt gewesen sein werden. Den einzigen Vortheil hätten am Ende die Schutzleute, denen der Straßendienst erleichtert würde — oder auch nicht. Denn die Aufgabe, auf noch mehr Verkehrsverletzungen zu fahnden, würde die Polizeibeamten von der nützlicheren Bestimmung, auf die Sicherheit der Straßenpassanten acht zu geben, offenbar unmöglich abhalten.

Intimes von den Trägern der Religion, die dem Volke erhalten werden muß. In den persönlichen Erinnerungen an den verstorbenen Hofprediger Frommel, die Th. Kappstein im „Deutschen Wochenblatt“ veröffentlicht, liest man:

Bezeichnend für seine Auffassung der Predigt ist ein kleiner Zug, den er mir einmal erzählte. Ein General sagt ihm ungnädig: „Sie müssen nicht so milde predigen, sondern die Kerls (die Soldaten) ordentlich ansassen und ihnen den Kopf waschen!“ Darauf Frommel: „Herr General, die Leute haben sechs Tage in der Woche das schwarze Donnerwetter über sich; gestatten Sie mir, daß ich ihnen am siebenten ein Stückchen blauen Himmel zeige.“

Auf Kirchenbehörden war er schlimm zu sprechen — so schlimm wie auf die Verleger! Der im Ganzen sanfte Mann konnte in hellem Zorn ausbrechen, wenn er an die Konfistoren kam. Ich erzählte ihm von der Ernennung eines ihm bekannten Geistlichen zum Konsistorialrath. „Aber mein Gott“, rief Frommel, „der Mann war doch noch immer ganz frisch!“

„Sehen Sie denn nicht mehr in die Sitzungen als Konsistorialrath?“ fragte ich eines Tages.

„Konsistorium — nein! Gott soll mich bekümmern! Keinen Schritt mehr! Weist Du, was die da drin thun? Sie sitzen an einem laugen grünen Tisch mit dünnen klappigen Fingern und pöffen auf, wo sich

irgend Leben zeigen will; und dann schlagen sie drauf, bis alles maufer tot ist und so friedlich-stille wie vorher! Ein paar Mal bin ich dagewesen, bis ich's nicht mehr aushielte und aus der Sitzung lief, dem Präsidenten zurufen: „Mann Gottes, der Tod ist in Deinem Kopf!“ Ich half's mit dem grünen Wald statt mit dem grünen Tisch — mir wird's da drin gehen wie Johann, dem munteren Seifenleder: ich würde alle meine Lieder verlieren. Er wurde — Ober-Konsistorialrath. Ich gratulirte. Mein Sohn, wer mich lieb hat, der beweint seinen alten Pastor, daß der das noch erleben muß.“

Die Alten wurden ihm in's Haus gebracht, als er stellvertretender Feldprediger war. Der vortragende Hilfsprediger wird gemeldet. „Nun paß mal auf“, sagte er lustig schmunzelnd, „wie ich die Arbeiten der Feldpredigt für mindestens eine Woche erledige! — Heine! Guten Morgen, mein Sohn. Die Alten! Kommen Sie mal her — machen Sie mal das Dings auf! So — wo soll ich unterfahren?“

„Aber Herr Hofprediger, ich — ich —“

„Ach, Sie wollen wohl Vortrag halten? Wollen Sie mich tod machen? Lassen Sie nur — es wird schon gut sein. Los — soll ich hierhin schreiben?“

Hilfslos wie ein Kind folgte er mit seiner breiten Feder dem Finger des „Vortragenden“, unterschrieb 6—12 Mal; in fünf Minuten war Alles wieder verschluckt. Er lachte übermüthig — „und nun kein Wort mehr von diesen Dummeiten! Hier haben Sie eine Zigarre, nun erzählen Sie mal, wie es Ihnen geht.“

Da war er ganz Ohr und Herz. War der Vortragende fort, so sagte er: „Sieht Du — und dafür schluden die Kerle das viele Geld; das ist doch schnell gegangen!“

Der neue Wassertarif. Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage wegen Herabsetzung des Tarifs der städtischen Wasserwerke für die Entnahme von Leitungswasser hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in Abänderung des Magistratsantrages, den § 2 des Tarifs und Regulativs der städtischen Wasserwerke wie folgt zur Feststellung zu bringen: Die Berechnung der zu leistenden Zahlungen für geliefertes Wasser erfolgt unter Zugrundelegung folgender Preise: Es sind zu zahlen für jedes Vierteljahr, unabhängig von der Menge des verbrauchten Wassers der Einheitspreis von 15 Pf. für das Kubikmeter; außerdem eine Grundrate von 4 M. als ein Minimalbetrag für jedes Quartal, mithin 16 M. für das Jahr.

Eine Reihe neuer Verkehrsverbindungen ist für den äußersten Osten geplant. Dort hat sich um den neuen Viehhof herum ein recht belebtes neues Stadtviertel gebildet, dessen Verkehr mittels der beiden vorhandenen Pferdebahnhöfe Zentralviehhof — Moritzplatz und Friedrichsberg — Dönhofsplatz keineswegs bewältigt werden kann, zumal jede Verbindung nach dem Norden, Nordwesten, Südwesten fehlt. Das Gleiche ist bei den zahlreichen, an Bevölkerung ständig zunehmenden Straßen jenseits der Ringbahn, in der Fortsetzung der sog. Frankfurter Linden, der Fall. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, sind zunächst ins Auge gefaßt: 1. Die Errichtung einer Omnibuslinie vom Neuen Viehhof nach dem Neuen Markt, 2. eine Verbindung vom Bahnhof Warschauer Brücke nach dem Rosenhaaler Thor über die Memelerstraße mit Anschluß an die elektrische Ringbahn, 3. eine noch nicht näher festgesetzte Linie zur Verbindung des äußersten Ostens mit dem Nordwesten.

Verleihung von Orden. Im „Reichs-Anzeiger“ steht zu lesen: Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Berlin und Historiographen der brandenburgischen Geschichte, Dr. Gustav Schmöller, sowie den Professor Dr. Joseph Joachim in Berlin nach stattgehabter Wahl zum stinmberedtigten Ritter des Ordens pour le merito für Wissenschaften und Künste zu ernennen. Was haben die beiden Herren gethan, auf daß ihnen solches geschah?

Die Vorböten des Frühlings haben sich schon jetzt eingestellt. In einigen Vorgärten sieht man den Seidelbaststrauch mit zarten, rosa angehauchten Knospen bedeckt. Auch besonders eifrige Leberblümchen haben schon ihre blauen Köpfchen gegen das Nicht gedreht. Viele Bäume blühen schon seit langem so schön. Die Blutbimnensträuße tragen an geschützten Orten einzelne entwickelte Blätter.

Menschenqualerei. Wenn man die Straßen der Stadt durchwandert, hat man oft Gelegenheit zu beobachten, wie kleine schwächliche Büchlein von 12—15 Jahren, Bekleidete und Kaufsuchende sich mit schweren Packeten oder schwer belasteten Handwagen abmühen, daß es zum Erbarmen ist. Oft nimmt sich das Publikum solcher armer Jungen an und ist ihnen behilflich, noch viel öfter aber geht man achtlos an ihnen vorüber; man ist eben an den Anblick solcher Menschenqualerei zu sehr gewöhnt, als daß sie besonders aufstele. Ein für diese Art der Ausbeutung recht bezeichnender Fall ereignete sich gestern Vormittag in der Nähe des Spittelmarktes. Dort nützte sich ein kleiner Schloßerlehrling klandest ab, einen mit Eisenhebeln beladenen Handwagen die Steigung der Getraudenbrücke hinauszuziehen, während der biedere Meister gemütlich seine Zigarre rauchend auf dem Trottoir nebenher ging. Einige mitleidige Passanten saßten mit zu und halfen dem Jungen den Wagen vorwärts bewegen. Als man die Mitte der Brücke erreicht hatte, trat plötzlich der ehrenwerte Meister heran und schrie die hilflosen Packer an, was sie eigentlich an dem Wagen zu suchen hätten. Diese Rohheit machte das Publikum so erbittert, daß man den sauberen Prinzipal gelächelt hätte, wäre er nicht durch die Polizei in Schutz genommen worden. Ja, die Polizei hat ein wachsames Auge; sie kümmert sich auch darum, daß die Jugthiere nicht gequält werden. Wer aber steuert dem Unfug solcher Menschenqualerei? Wer nimmt in unserm Zeitalter der „Humanität“ diese kleinen Sklaven in Schutz?

Ein Eiferuchtdrama. In einer Kellervohnung des Hauses Hochstr. 20a lebte der frühere Schneider Friedrich Kunst zusammen mit der 35 Jahre alten geschiedenen Frau Marie Schneider geb. Hoffmann und deren sechsjähriger Tochter. Das Verhältnis bestand schon seit fünf Jahren. Kunst, der sich öfter betrank, hatte seinen Beruf aufgegeben und war zuletzt Müllkutscher. Eine Schwester seiner Geliebten, Frau Reich aus der Hermsdorferstraße, ebenfalls eine geschiedene Frau, kam häufig zu Besuch. Frau Schneider glaubte nun, daß Kunst dieser zuletzt mehr zugethan war als ihr selbst. Daher gab es immer häufiger Eiferuchtsausbrüche. Für diese rächte sich Kunst, indem er seine Geliebte prügelte, so oft er betrunken nach Hause kam. Das Alles mußte das sechsjährige Mädchen mit anhören und ansehen. Vorgestern Abend war Kunst zu Hause. Als aber Frau Reich wieder zu Besuch kam, ging er mit dieser aus. Später kehrte er auch mit ihr zurück. Das verzeigte seine Geliebte, eine geistig etwas behinderte Person, in die höchste Wuth. Von gegenseitigen Schimpereien kam es bald zu Thätlichkeiten. Frau Schneider schlug auf ihre Schwester und ihren Geliebten ein, beide auf sie, das Kind lief schreiend in ihrer Wohnung umher. In ihrer Wuth ergriff endlich Frau Schneider ein langes, abgehäutetes Brotmesser und ramte es ihrem Geliebten in die linke Brust. Frau Reich ergriff die Flucht und lief nach Hause. Kunst brach blutüberströmt zusammen und schleppte sich mühsam auf seine in der Nähe liegende Matratze, seine Geliebte ging wieder an die Arbeit und kümmerte sich nicht weiter um den Schwerverletzten. Bis gestern Mittag lag der Mann hilflos da. Nun erst erholte die Nachbarn die ganze Sache des blutigen Auftritts. Sie holten die Polizei des 92. Reviers, und diese ließ den Verwundeten mit einem kuppigen Rettungswagen nach der Charitee bringen. Kunst war nicht mehr vernunftfähig; seine Verletzung ist lebensgefährlich.

Vom Schicksal hart betroffen wurden die in der Adalbertstraße wohnhaften Zimmerer'schen Geleuten. Denselben stand in der vergangenen Woche eines ihrer beiden Kinder, ein zweijähriges Töchterchen. Während man die Kleine nun zu Grabe trug, lichen die Eltern ihren nunmehr einzigen Erbsöhnling, einen 3 Monate alten Knaben, in der Obhut ihrer Großmutter zurück. Die alte Frau, die für gewöhnlich bei einer Schwester des Herrn L. wohnt, hatte ihren Hund, einen kleinen Seidenpiz, mitgebracht und da sich das Kind un-

ruhig zeigte, legte sie das niedliche Thier dem Knaben als Spielzeug in die Wiege. Das Kind schlief darauf ein und die Großmutter bestimmte sich nicht weiter um dasselbe. Als nun die Eltern von dem Begräbnis zurückkamen, eilte Frau L. sogleich an das Lager ihres Söhnchens, wo sie den Hund auf dem Gesicht des Kindes liegend vorfand. Sie versuchte das Thier und wollte den Knaben in einer leidenschaftlichen, durch das Begräbnis ihres verstorbenen Kindes hervorgerufenen Bewegung an sich pressen, brach aber ohnmächtig zusammen, als sie gewahr wurde, daß sie in ihren Armen eine Leiche hielt. Herr L. eilte nun mit dem Kinde zu einem Arzt, der aber nur noch den durch Ersticken herbeigeführten Tod konstatiren konnte. Da der Knabe stets munter und gesund war, ist nur anzunehmen, daß ihn der Hund im Schlafe erstickt hat.

Nach dem Auslande desertirt ist kürzlich der Pionier Fritz Waldau des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 in Berlin. Der Flüchtling trug bei seiner Entfremung die Uniform des Regiments und hat diese Sachen einige Tage nach seiner Flucht aus Belgien seinem Truppentheile zurückgeschickt.

Kuponfälscher versuchen zur Zeit gefälschte Kupons der 4prozentigen ungarischen Anleihe an den Mann zu bringen. Die falschen Scheine sind wenig geschickt gearbeitet, daher auch bei genauem Ansehen leicht erkennlich. Der Druck ist schlecht geraten, die grüne Farbe matt und verwischt, was besonders auf der Rückseite der Fall ist. Das beste Merkzeichen der falschen Kupons besteht darin, daß die Rummern durch elf schraffierte Striche hergestellt ist. Die Rummern der echten Scheine weisen nur zehn Striche auf.

Die Direktion des Luisen-Theaters schreibt uns, daß trotz des (gestern erwähnten) Brandes der Nachmittags-Vorstellung, welche von 600 Personen besucht war, ruhig zu Ende gespielt wurde, ohne daß auch nur eine Person das Haus verlassen hatte. Ebenso fand die Abendvorstellung in aller Ordnung.

Ein von Soldaten hochgehobener Pferdebahnwagen verunglückte am Montag an der Ecke der Chaussee und Reselstraße einen großen Unfall, dem ein leider recht schwerer Unfall zu Grunde lag. Ein etwa vierzig Jahre alter Herr wollte auf den Vorderperren eines langsam schreitenden Pferdebahnwagens der Linie Reinickendorf-Charlottenburg aufspringen. Im Moment des Aufspringens kam aber von rückwärts her ein Postpadetwagen in flotten Tempo angefahren. Da er sich nun zu dicht an den Pferdebahnwagen hielt, so stieß er an den aufspringenden Fahrgast an und riß ihn zu Boden. Bei dem Fall geriet der Mann mit dem rechten Bein zwischen Vorderrad und Dremse und konnte nicht eher aus seiner schrecklichen Lage befreit werden, als bis eine Anzahl „Räufel“ hinzusprangen und den Wagen hochhoben. Der Verunglückte wurde zunächst in das Haus Chausseestr. 30 getragen und dann mittels eines Krankenwagens in die Charitee transportirt. Der Kutscher des Wagens zog nach dem Unfall die Bremse an, um den Wagen zum Stehen zu bringen, und hierdurch war dem Bedauernswerthen, allerdings ohne directes Verschulden des Kutschers, das Bein unterhalb des Knies zerquetscht worden.

Den Tod im Wasser suchte gestern Vormittag ein Mädchen von etwa 18 bis 20 Jahren, das von der Mödembrücke in den Landwehrkanal sprang. Die Leichnamde wurde von Schiffen und Schutzmännern gerettet und nach der Charitee gebracht.

Die Schauspielerin Heidenreich aus Berlin und der Schauspieler Martens aus Charlottenburg, die vor einigen Wochen in Hamburg einem Landmann aus Dithmarschen 20000 Mark stahlen und dann mit dem Gelde flüchtig wurden, sind in Paris verhaftet worden. Im Besitze der festgenommenen befanden sich noch 9000 Mark. Die Auslieferungs-Verhandlungen sind bereits eingeleitet worden.

Der Besuch der volkstümlichen Kunst-Ausstellung im Bürger-saal des Rathhauses war auch am letzten Sonntag wieder sehr zahlreich. Das Interesse der Besucher ist offenbar im Steigen, das beweisen die zahlreichen Fragen, die von Frauen und Männern an die Vortragenden gestellt werden. Der Vortragende des letzten Sonntags, Fritz Stahl, legte ein besonderes Gewicht darauf den Fragestellern auseinander zu setzen, daß, wer Schlagworte wie: „modern“, „realistisch“ u. s. w. im Munde führt, die er sich angelesen haben kann, sich von vornherein den naiven Genuß des Kunstwerks zerstört. Besonders Interesse erregten wieder die Erläuterungen Otto Felds über die Technik des Holzstichs.

Theater. Das Schiller-Theater wiederholt heute zum ersten Male Shakespeare's Trauerspiel „Othello, der Mohr von Venedig“. Nachmittags geht Woldemar's Schauspiel „Die Hausenende“ als Freizeitspielung in Szene. Ueber die Bittens zu dieser Vorstellung wurde bereits berichtet. — Am heutigen Mittwoch findet im Metropol-Theater das Benefiz für Herrn Eduard Steinberger statt, welcher in der Operette „Die kleinen Nicker“ den Papa Nicker spielt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden auf die morgen Abend 8 Uhr, in der Schloßbrauerei stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht (siehe Inserat in der heutigen „Vorwärts“-Nummer). Die beiden Punkte: Der Ausschuss der Buchdrucker im „Lokal-Anzeiger“ und Bericht unserer Stadtverordneten erfordert zahlreiches Erscheinen. Der Vertrauensmann.

Schöneberg. Unentgeltliche Auskunft im Gewerbegerichts-Angelegenheiten erhält für Schöneberg der Parteigenosse Gustav Däumig, Belgierstr. 1, v. 4 Tr.

Friedenan-Steglich. Heute, Mittwoch, findet in einer wichtigen Angelegenheit Flugblatt-Verbreitung statt. Treffpunkt Abends 7 Uhr in Steglich, Ahornstr. 15a, bei Schellhale, in Friedenan bei Grube, Kaiser-Allee 37. Parteigenossen! Es ist eure Pflicht, für pünktliche und zahlreiche Theilnahme Sorge zu tragen.

Brill. Am Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr findet im Landhaus, Chausseestr. 97, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in der Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über die Verhandlungen des deutschen Reichstages und die neue Militärvorlage referiren wird. Zahlreichen Besuch erwartet.

Charlottenburg. Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorberatung der Uebernahme einer Garantieleistung für den Mittellandkanal empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung, die Vorlage mit der durch das Schreiben des Berliner Magistrats bedingten Aenderung anzunehmen, dabei aber den Magistrat Berlin aufzufordern, bezüglich der von den Kellern der Kaufmannschaft inzwischen bewilligten 15000 M. jährlich eine Vertheilung auf die Theilnehmer an dem Garantiebetrage von 0,4 pEt. in Erwägung zu ziehen, ferner die den zuständigen Behörden auf eine Beilegung der durch die Spandauer Eisenbahnbrücken hervorgerufenen Schiffahrtshemmnisse hinzuwirken, damit eine ungehinderte Durchführung der für den Mittellandkanal zulässigen Fahrzeuge ermöglicht wird.

Der Bau der beiden städtischen Lehranstalten (Reform-gymnasium und Gemeindefschule) am Savignyplatz, der bereits im Juni 1897 beschlossen war, hat sich bisher verzögert, da die Regulierung in Potsdam, welche für die Gemeindefschule zulässig ist, das Projekt abgelehnt hatte. Das Projekt ist nunmehr ausgearbeitet worden. Der Magistrat will den Vorzug machen, ob der Bau einer Gemeindefschule in General-Entreprise billiger werden würde, als in der bisher üblichen Weise in Vergebung der Arbeiten in Spezial-Submissionen. Die Schule soll einmal in General-Entreprise und das zweite Mal in der bisherigen Weise ausgeschrieben werden.

Zur Erweiterung des Bahnhofes Charlottenburg beabsichtigt die Eisenbahn-Direktion Berlin einen Theil des auf der Südseite des Bahnhofs westlich von der Polyzendorffstraße belegenen 17 Hektar breiten



Parallelweges in das eigentliche Bahnterrain einzubeziehen. Da die Nordgrenze des Parallelweges gleichzeitig Nordgrenze der 22,6 Meter breiten Straße 17b ist, so ist infolge dieser Grenzänderung zum Zweck der Verbeibehaltung der Straßenbreite von 22,6 Meter auch eine Veränderung der Fluchtlinie der Straße 17b erforderlich. Der Stadtverordneten-Versammlung ist für die nächste Sitzung ein Fluchtlinienprojekt für die Straßen 17b, 20b und 19b (Küstriner Straße) vom Magistrat vorgelegt.

**Rixdorf.** Aus Nahrungsvorgen hat sich der frühere Eisenbahn-Werkzeugmacher, jetzige Zigarrenhändler Karl Knießardt aus der Hermannstr. 55, er hängt. Infolge eines erlittenen Unfalles war K. gezwungen, aus dem Eisenbahndienste auszuschcheiden, und da die ihm gewährte Unfallrente zum Unterhalte für sich und seine Familie nicht ausreichte, so eröffnete er ein Zigarrengeschäft. Trotzdem hatte er stets mit großen Sorgen zu kämpfen, welche sein Gemüth schwer belasteten. Am Montag Abend entfernte er sich aus seiner Wohnung; er wurde am folgenden Morgen auf freiem Felde an einem Statenszaun einer Laube erhängt aufgefunden. — Der Boykott des „Berliner Lokal-Anzeiger“, der sich hier eines ausgedehnten Leserkreises erfreute, wird mit erschütterlichem Nachdruck betrieben. Aus einer großen Anzahl Gastwirtschaften ist das Blatt des Herrn Scheel bereits spurlos verschwunden und auch von vielen Familien ist das Organ für Arbeitervergewaltigung abbestellt worden. — Sowohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als auch andere Mißstände in der heftigen Linoleumfabrik geben der Arbeiterschaft zu lebhaften Klagen Veranlassung. Eine Volksversammlung wird sich in nächster Zeit mit diesen Dingen zu beschäftigen haben.

**Ein eigener Schulhaus** wird nun endlich Halensee erhalten. Letzter Tage hat die Grundsteinlegung stattgefunden. Der Bau, welcher ein dreitägiger Backsteinbau werden wird, soll so gefördert werden, daß bereits zum Oktober d. J. einige Klassenzimmer in Benutzung genommen werden können.

**Aus Brig** wird berichtet: In der Johannisthalerstr. 8 zu Brig wohnt der Gärtner-Arbeiter Klingebell mit seiner Frau und einer siebenjährigen Tochter, die die Frau in die seit vier Jahren bestehende Ehe mitgebracht hatte. Die Leute lebten in geordneten Verhältnissen, da der Mann in einer großen Baumhütte gute Arbeit hat, und in Eintracht bis die Frau die Eifersucht plagte. Die ganze Nachbarschaft schildert Klingebell als einen ordentlichen Menschen und hielt die Vermuthungen der Frau für durchaus unbegründet. Die eifersüchtige Frau aber wollte sich Gewißheit verschaffen und ging zur — Wahrsagerin. Die Karten sprachen von Unglücken des Mannes, und nun stand es bei der Frau unumstößlich fest, daß ihr Mann sie betrügt. Die Nachbarn kamen sie bald nicht wieder. Wie geistesabwesend ging sie oft durch die Straße und führte weise Reden. Am Sonntag Vormittag verschwand sie mit dem Kinde aus der Wohnung. Stundenlang irrte sie mit dem Mädchen umher. Nachmittags kam sie, wie wir in der gestrigen Nummer schon mittheilten, an das Kottbusser Ufer und den Landwechsellanal. Heftig sträubte sich das Kind, der Mutter in das Wasser zu folgen, aber mit Gewalt zog sie es mit sich hinab. Beide wurden gerettet und dem Krankenhaus am Urban zugeführt. Die Wahrsagerin, die das Unheil angedeutet hat, ist noch nicht ermittelt.

**Eine Einbrecherbande** macht schon seit einiger Zeit Panik unter uns. Mit welcher Frechheit die Spitzbuben, die vorher schon drei Schlächtermeister und Kaufleute heimlichst hatten, zu Werke gehen, zeigt ein Fall, über den nachträglich berichtet wird. Die Geschwister Else, die in der Dollanstr. 23 im zweiten Stock wohnen, sahen vor einigen Tagen, daß man ihre Wohnungstür an zwei Stellen angebohrt hatte, achteten aber nicht weiter darauf. Als sie am vergangenen Sonntagabend von einem Ausgange heimkehrten, fanden sie die Wohnung erbrochen und alle Behältnisse durchwühlt. Die Einbrecher hatten das Schlüsselschild von der Wohnungstür abgedraht und dann die Thür mit einem Nachschlüssel geöffnet. Die Diebe erbeuteten 187 M. bares Geld, fünf Broschen und vier Armbänder und eine goldene Kette und andere Schmuck. Die Einbrecher hatten sich viel Zeit genommen, mit einem Licht Alles gründlich abgesehen und sogar die Taschen der Kleidungsstücke umgekehrt. Als am Sonntag Nachmittag die Bestohlenen sich bei Verwandten befanden, um mit ihnen zu berathschlagen, was zu thun sei, lehrten die Spitzbuben, die sämtliche Schlüssel mitgenommen hatten, noch einmal in die Wohnung zurück und wiederholten die Durchsuchung, da sie noch nicht alle Werthsachen bekommen zu haben glaubten. Als sie sich kurz nach 6 Uhr entfernten, begegneten ihnen auf der Treppe zwei Herren aus dem Hause. Einer der Einbrecher hielt sich ein rothfarbirtes Taschentuch vor Mund und Nase, um seine Rüge zu verdecken, der Andere aber war nicht im geringsten verlegen, sondern grüßte harmlos. Beide waren gut gekleidet.

**Selbstmord** beging im Vorort Schlachtensee, Friedrich Wilhelmstr. 3, die 23jährige Margarethe Wolf, die dort als Stütze der Hausfrau thätig war. Sie war allein zu Hause geblieben und wurde von den zurückkehrenden Hausgenossen als Leiche vorgefunden. Sie hatte Oeum getrunken und sich außerdem erhängt. Telegraphisch wurde sofort der Vater der Lebensmüden, ein Eisenbahn-Wagenmeister aus Neu-Brandenburg, herbeigerufen. Das Mädchen hat feinerliche Mittheilungen hinterlassen, aus welchen der Beweggrund zu dem Selbstmord ersichtlich wäre.

**Aus Adlershof** wird uns geschrieben: Die Wirthin zu Alt-Glienide, die Herrn v. Oppen zu seinem Amtsjubiläum feiern sollten, haben sich doch eines anderen besonnen. Der Einladung, die Angelegenheit patriotisch zu besprechen, waren im Ganzen nur zwei Mann gefolgt, so daß die Stiftung eines Geschenkes an den braven Amtsvorsteher wohl als abgethan betrachtet werden kann. Ob die Behauptung richtig ist, daß der eine der beiden Versammlungsbesucher gerade von Arbeitern unterstützt wird, trotzdem er den „Vorwärts“ nicht auslegt, können wir nicht untersuchen. Im Ganzen verdient aber das Verhalten der Glienider Wirthin in einer Zeit, wo alles im Bürgerthum nach oben schießt, volle und rückhaltlose Anerkennung. — Die vom Kommando v. v. Adlershof nach Schmauser einberufene Versammlung war zahlreich besucht. Von allen Seiten wurde die gegenwärtige Wirthschaft in der Gemeindeverwaltung entsehieden gezeigelt. Das Defizit aus den Jahren 1896-98 beträgt ungefähr 85 000 M.; die Etatsüberschreitungen sind aus anderen Depots gedeckt worden. Besonders wurde der Titel „Insgemein“ angegriffen; alle Redner verlangten nähere Auskunft über die Art der Verwendung der hierunter verausgabten Gelder. Der Vereinsvorstand wurde schließlich von der Versammlung beauftragt, an den Landrath des Kreises das Ersuchen zu richten, daß er die Rechnungslegung der Gemeinde nochmals prüfen möge. Ferner wurden die Revisoren Köhler und Leopold aufgefordert, ihre Kiemer niederzulegen. — Das vom Arbeiter-Bildungsverein im letzten Sonntagabend bei Schmauser veranstaltete Maskenfest ist wider Erwarten nicht vom Amtsvorsteher verboten worden. Die von über 200 Personen besuchte Veranstaltung nahm den besten Verlauf und dauerte bis zum frühen Morgen.

**Eine neue Eisenbahn-Gaststube** wird laut Entschlieung der königlichen Eisenbahn-Direktion bei Staaken, einem Dorfe unweit Spandau, und zwar bei Station 16,6 am Falkenhäger Wege errichtet werden. Der Gemeinderath von Staaken ist sich dahin schlüssig geworden, die als Beitrag geforderten 2000 M. aufzubringen und dieselben mit 4% pro Jahr zu amortisieren, ohne daß hieraus der Gemeinde erhöhte Steuern erwachsen sollen.

**Aus Weeslow** berichtet man uns: Dienstag früh fuhr hier ein Kieszug mit solcher Gewalt auf die im Maschinenhause befindlichen beiden Reserwemaschinen, daß zwei Wände durchbrochen wurden. Ein hierbei schwerverletzter Hilfsarbeiter starb nach zwei Stunden. Das Signal war nicht gezogen, die Weichen nicht gestellt und der Zug überhaupt nicht angemeldet worden. Wen die Schuld an dem Unglücksfall trifft, ist noch nicht ermittelt.

**Eine Jugentgleisung** hat vorgestern Nacht auf der Strecke zwischen Carlshorst und Sadowa stattgefunden. Verunglückt ist der Güter-

zug 3003 und dadurch das Schienengeleise auf eine Strecke von über 1000 Meter demolirt, sowie ein Güterwagen beschädigt worden. Außerdem wurden erhebliche Verspätungen bei dem letzten nach Ferner verkehrenden und dem ersten Frühvortzuge nach Friedrichshagen veranlaßt, da der Betrieb bis auf Weiteres eingeleigert erfolgen mußte.

**Der Lehrer S. und Pankow**, über dessen Selbstmordversuch wir berichteten, wird voraussichtlich am Leben bleiben. Die Angel ist aus dem Wundkanale durch eine Operation bereits entfernt worden. Die Befürchtung, daß das Augenlicht des Verletzten gefährdet sei, hat sich leider bestätigt. Der Unglücksliche ist auf beiden Augen erblindet.

## Gerichts-Beitung.

**Unter dem Zuchthausurtheil** kommt es zu recht drastischen Anklagen. Wegen öffentlicher Aufforderung zur Körperverletzung in idealer Konturrenz mit Verletzung des § 163 der Gewerbe-Ordnung hatte sich gestern der Maurer Otto Schelske vor der I. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Am 1. Dezember v. J. hielten die Maurer von Steglitz eine öffentliche Versammlung im Tiedeschen Lokale ab. In der Diskussion kam unter Anderem eine Streitfrage zur Sprache, welche nur einen einzelnen Bau betraf, aber doch gewissermaßen von prinzipieller Bedeutung war. Auf dem betreffenden Bau arbeiteten 16 „Zentralisten“ und 5 „Lokalisten“. Erstere zahlten ihre Beiträge an die Zahlstelle in Steglitz und verlangten, daß dies die Lokalisten ebenfalls thun sollten, wogegen sich letztere, die an die Berliner Lokalisten zahlen wollten, ganz energisch sträubten. Nun sollte die Versammlung entscheiden, auf welcher Seite das Recht sei. In dieser Angelegenheit hat nun auch der Angeklagte das Wort ergriffen und soll nach der Angabe des Gendarmen, der darauf die Anzeige erstattet hat, u. A. gesagt haben: „Gaut doch die Fremden auf die Sch... wie ich es gemacht habe und bringe sie mit Gewalt vom Bau! Das wäre doch ein Skandal, wenn sich 16 von 5 Mann majorisieren lassen sollten!“ Der Gendarm hat in diesen Worten eine Aufforderung zur Körperverletzung erblickt und hat diese Versammlung aufgelöst! Der Angeklagte behauptete vor Gericht, der Gendarm habe seine Worte entschieden falsch aufgefaßt. An eine Körperverletzung habe er nicht im Entferntesten gedacht. Schon daß er gesagt, man solle die Fremden auf die Sch... hauen, lasse daraus schließen, daß er, wie das in Wirklichkeit der Fall sei, gemeint habe, man solle die Fremden mit Worten schlagen, wie man, wenn man sagt: „über's Ohr hauen“, auch nicht an Ohrfeigen denkt. In demselben Sinne habe er auch das „vom Bau bringen“ gemeint. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem eine Gefängnißstrafe von 1 Monat, von der irrigen Ansicht ausgehend, es seien hier Arbeiter bedroht worden, weil sie sich weigerten, Gelder zur Streikliste zu bezahlen. Der Verteidiger Rechtsanwält Herzfeld beehrte den Staatsanwalt über die Freigabe seiner Auffassung. Der Gerichtshof nahm nicht an, daß der Angeklagte mit einer Körperverletzung gedroht habe. Wenn man sagt, „in die Sch...“ oder „in die Pr... hauen“, so bedeutet das eine Körperverletzung, nicht aber auf die Sch... hauen, denn das heißt soviel, als ich habe sie mit Worten auf die Sch... geschlagen; mündtödt gemacht oder „ich habe eine Hebeschlacht gewonnen!“ Das ist etwas ganz Anderes wie Körperverletzung. Wenn 16 Mann auf einem Bau 5 anderen gegenüberstehen und eine drohende Haltung einnehmen, um jene vom Bau zu bringen, so ist das zwar Gewalt, aber nicht notwendigerweise eine Gewalt, die mit Körperverletzung zu identifizieren ist. Der Angeklagte war somit freizusprechen.

**Die Sabbatthordnung gegen die Arbeiter-Turnvereine.** Am Vormittag des 21. August 1898, einem Sonntage, führte der Garburger Arbeiter-Turnverein in einem Restaurationsgarten, der durch einen etwa meterhohen Zaun von der Straße abgeperrt ist. Der Parteigenosse Adler, Redakteur des „Vollblattes für Garburg und Umgegend“, leitete die Übung. Er wurde bald mit einem Strafmandat bedacht, weil er als Veranstalter einer Turnübung während der Zeit des Hauptgottesdienstes die hannoversche Sabbatthordnung vom 25. Januar 1822 übertreten haben sollte. Es wurde ihm vorgeworfen, die Bestimmung verletzt zu haben, nach welcher während der Kirchzeit Alles und Jedes verboten ist, was eine besondere Störung der Andacht verursacht. Das Schöffengericht sprach ihn indessen frei, während das Landgericht in Stabe auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft ihn zu einer Geldstrafe verurtheilte. Die Strafkammer stützte ihr Urtheil besonders darauf, daß die Kommando's des Angeklagten laut und deutlich auf der Straße gehört worden seien. Sie führte aus, es sei gleichgültig, ob eine besondere Störung thatsächlich durch das Turnen bei lauten Kommando's verursacht worden sei. Die Verordnung von 1822 sei schon dann anzuwenden, wenn die fragliche Handlung geeignet sei, eine derartige Störung zu veranlassen. Dieser Fall liege hier aber vor. Adler legte Revision ein und machte geltend, das Landgericht habe die Sabbatthordnung durch falsche Anwendung verletzt. — Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht beantragte in der mündlichen Verhandlung die Verurteilung der Revision aus den Gründen des Landgerichts. Der Strafenrat folgte jedoch dem Antrage des Angeklagten und sprach ihn unter Aufhebung des landgerichtlichen Urtheils frei. Der Präsident führte begründend aus: Die Sabbatthordnung ist rechtsirrhümlich angewendet worden. Das Turnen ist eine nützliche und notwendige Leibesübung und es kann, auch wenn es unter lautem Kommando erfolge, als eine die Andacht störende Thätigkeit überhaupt nicht angesehen werden.

**Eine Polizeiverordnung zum Vortheil der ostelbischen Gefindeklavnerhalter** hat das Kammergericht für un-gültig erklärt. Der Regierungspräsident zu Stralsund hatte am 21. August 1896 eine Polizeiverordnung für seinen Bezirk erlassen, worin es unter Anderem heißt: Fremde Ernte- und Rübenarbeiter (Schneider, sogenannte Sachfengänger) dürfen von den Arbeitgeber nur in Dienst genommen werden, wenn sie durch Vorzeigung eines Entlassungs- oder Kündigungsscheines den Nachweis liefern, daß das frühere Dienstverhältnis der anderen Vermietung nicht hinderlich ist. — Der Gutspächter Prest zu Ruchzin wurde vom Schöffengericht in Wolgast und später auch vom Landgericht in Greifswald des Vergehens gegen diese Bestimmung für schuldig befunden. Er hatte es zugelassen, daß sein Vorarbeiter im Juni 1898 zu den schon vorhandenen noch 16 neue Schmitter annahm, die von einem anderen Gute kamen, ohne von den Leuten den Entlassungsschein des früheren Arbeitgebers zu fordern. Dem Vorarbeiter war bekannt, daß die Leute auf jenem Gute wegen schlechter Verpflegung die Arbeit niedergelegt hatten. — Auf die Revision des Angeklagten hat jetzt das Kammergericht die Vorentscheidung aufgehoben und W. freigesprochen. Der Strafenrat erklärte die Regierungs-Polizei-Verordnung vom 21. August 1896 für rechtsungültig und führte aus, der Regierungspräsident habe mit seinem Erlaß sein polizeiliches Verwaltungsrecht überschritten.

**In dem Verfahren gegen den Grafen Klaus v. Glos-**stein ist die Voruntersuchung geschlossen. Die Anschuldigung lautet auf Betrug und Intrigue. Mit der neuerdings bekannt gewordenen Spielergeschichte hat die Angelegenheit nichts zu schaffen.

**Die von den Geschworenen** für die vom Verbrechen des verachteten Mordes freigesprochene unterehelichte Anna Raabe gesammelten 250 M. sind dem Geschworenen, Schriftsteller und Verleger Adolf Hinrichsen, in Panlow, übergeben worden, um sie der Raabe nach und nach zuzulassen zu lassen. Herr Hinrichsen ist gern bereit, auch weitere Zuwendungen für das bedauernswürdige Mädchen entgegenzunehmen.

## Versammlungen.

**Eine Versammlung des demokratischen Berliner Arbeiter-**Vereins, die am Montag Abend in den Arminalien tagte, be-

schäftigte sich mit dem Streit der Buchdrucker im „Berl. Lokal-Anzeiger“. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Berliner Arbeiter-Verein veranlaßt auf das Entschiedenste das Vorgehen des Besitzers des „Berliner Lokal-Anzeigers“ gegen seine Arbeiter, spricht den auswärtigen Buchdruckern seine vollste Zustimmung aus und verpflichtet sich, dieselben mit allen zulässigen Mitteln zu unterstützen.“

**Die Lederarbeiter** (Vorstehermeister etc.) hielten am Montag eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Genosse A. Hoffmann über das Thema: „Auf was wir stolz sind“ unter lebhaftem Beifall der Anwesenden referirte. Hierauf erstattete Prädner als Vertrauensmann Bericht über den Verlauf der Arbeitseinstellung bei der Firma Th. Marshall. Hier war der in der Lederwaren-Industrie fast allgemein herrschende Mißbrauch: die Heimarbeiter schlechter zu bezahlen als die in der Fabrik Beschäftigten, Ursache des Streiks. Während Herr Marshall, nebenbei anregend durch andere Fabrikanten, anfänglich den Vertrauensleuten gegenüber sich äußerst schroff ablehnend zeigte, hat er sich im Verlaufe der Verhandlungen den Forderungen der Arbeiter: gleiche Preise zu zahlen, nicht nur gefügt, sondern den Heimarbeitern eine Extravergrütung von 2 pCt. des Jahresverdienstes, im allgemeinen einen Lohnaufschlag von 5 bis 8 pCt. bewilligt. Die bereits eingestellten Streikbrecher wurden entlassen mit der Bedingung, daß die alten Arbeiter durchweg wieder beschäftigt werden. Auch hierin mußte Herr Marshall nachgeben, weil seine an die streikenden Arbeiter gerichteten Drohbriefe keinen Erfolg hatten. Der kurze Ausbruch endete mit einem völligen Sieg der Arbeiter, weil denselben die Organisation zur Seite stand. Redner sprach am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats die Erwartung aus, daß die Lederarbeiter in künftigen Fällen mit gleichem Erfolg für ihr eigenes Wohl und für die Organisation wirken werden. Weinschild und Wunschel äußerten sich in gleichem Sinne mit dem Hinzufügen, daß man gegen Mißbräuche in zahlreichen anderen Berufen in derselben Weise vorgehen möge. Unter „Verschiedenes“ wurde auf den am 14. Februar in Kellers Festhale in der Kopenstrasse stattgefundenen Projektions-Vortrag: „Die Reise nach dem Orient“ hingewiesen und die Versammlung alsdann mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

**Rixdorf.** Am 18. Januar hielt die hiesige Zahlstelle des deutschen Holzarbeiter-Verbandes eine Generalversammlung ab, in der die Ortsverwaltung Bericht über ihre Thätigkeit im verfloffenen Jahre gab. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Beginn des verfloffenen Jahres 220, am Schluß 275. Versammlungen wurden 11 abgehalten, darunter 4 General-Versammlungen, 7 Vertrauensmänner- und 13 Vorstand-Sitzungen. Hierauf erstattete der Kassirer Bericht über Einnahme und Ausgabe des letzten Quartals und Jahres, worauf die Wahl der Ortsverwaltung vollzogen wurde. Als Bevollmächtigter wurde Henning, als Kassirer Kothe und als Schriftführer Volkmann gewählt. Pracht, Voges und Rosenbaum übertrug man das Amt der Revisoren. Zu Vertrauensmännern wurden Lusch, Sah, Premke und Drasdo ernannt, und in die Werkstättenkontroll-Kommission Thrum, Karle, Seifert, Schülze und Franke delegirt. Hierauf gab Kurkowski Bericht über die Verhandlungen des Gantages, der mit Befriedigung entgegengenommen wurde.

**Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner.** Heute, Abends 8 1/2 Uhr General-Versammlung in G. Jenerstein's Festhale (Zuh.: W. Herzberg), Alte Jakobstr. 75. Bericht über die Aufforderung des Kgl. Polizeipräsidenten betrefis Einreichung der Mitgliedsliste. Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich!

**Theater- und Vergnügungsverein „Gelgoland“.** Heute Abend 9 1/2 Uhr Aderstraße 144: Sitzung.

## Vermischtes.

**Ueber ein Eisenbahnunglück** wird aus Leipzig berichtet: Dienstag Morgen 7 Uhr 35 Minuten wurde ein Fuhrwerk des Oelonomie-Raths Wollack aus Groß-Bischdorf am Wegebergange bei Göhring-Albersdorf der Nebenbahnlinie Plagwitz-Lindenau-Lützen vom Zuge überfahren, wobei der Anspanner Wilhelm Geißler aus Groß-Bischdorf getödtet wurde.

**Schwere Klagen kommen von den Halligen** und kleineren Inseln herüber, daß der jetzige Winter mit seinen so ungewöhnlich häufigen und oft besonders heftigen Weststürmen unwiederbringlichen Schaden an Land und Strand verursacht. So wird, der „Niel. Zig.“ zufolge, von der größten Hallig, Langeneß, vorzugsweise über Strandbruch am Westende, bei Nordmarsch, geklagt, und die kleine Hallig Gröde, obgleich doch gerade durch das vorliegende Langeneß recht gut geschützt, soll so schwer betroffen sein, daß man besürchtet, sie bald aufgeben zu müssen. Auch Hooge soll viel Strand verloren haben, und wenn auch das Frühjahr viele starke Weststürme bringt, dann wird man auch Arbeit, die zum Schutz der Hallig in den letzten Jahren vorgenommen ist, vergeblich gemacht sein. Auch von Pellworm und Nordstrand kommen Klagen, denn man fürchtet ernsthaft für Norderoog, Süderoog und Südfall. Es wird im ganzen Halliggebiet jedenfalls stark gearbeitet werden müssen, wenn man für die folgenden Jahre weitere verhängnißvolle Abbrüche verhüten will; an ein Wiedergewinnen des Verlorenen ist gar nicht zu denken.

**Ueber das Erdbeben in Peloponnes** wird weiter aus Athen gemeldet: Sonntag früh 9 1/2 Uhr wurde in dem ganzen Peloponnes, namentlich in den südwestlichen Departements ein starkes Erdbeben verspürt. In der Stadt Phylacteria sind sämtliche Häuser geberstet. Die Einwohner kampiren unter freiem Himmel. Zwei Ortschaften in der Umgegend von Phylacteria sind vollständig zerstört. Verluste an Menschenleben sind nicht vorgekommen, dagegen erlitten mehrere Personen Verletzungen. In der Stadt Apparistia sind ebenfalls sämtliche Gebäude beschädigt, einige sind eingestürzt. In den Departements Apparistia und Phylacteria dauern die Erdstütterungen fort. In einer Ortschaft wurden etwa 50 Kinder verlegt. Die Ortschaft Stafio ist zerstört; ob dort Personen ums Leben gekommen sind, ist noch nicht bekannt; in Navarin und Calamatta sind einige Häuser beschädigt, doch leidet man die Höhe des Schadens noch nicht. In der Umgegend von Jante wurde das Erdbeben sehr stark verspürt, doch wurde kein Schaden angerichtet. Die Erdstöße folgten gestern vom frühen Morgen ab un-aufhörlich aufeinander. Da die Einwohner nicht wagen, in ihre Wohnungen zurückzukehren, verlangen sie Zelte und Untersützungen, welche die Regierung abgehandelt hat.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** wird Dienstag, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

**Kunow, Neuenhof.** Sie hätten ungefähr 14 Tage früher den Bericht einreichen sollen. Jetzt müssen wir den Abdruck ablehnen.

**M. A. Unsd** mehr als 3 M. zählt Ihnen ein Münzengsammler, sonst Niemand. Wir müssen teilen.

**G. v. G.** Wenden Sie sich mündlich an eine Eisenbahn-Direktion, Potsdamer oder Anhalter Bahnhof.

**99 B.** Die Parteizeit beträgt an sich 1410 Beitragswochen. Für diejenigen, welche aber zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes das 40. Lebensjahr vollendet haben und nachweisen, daß sie während der dem Inkrafttreten des Gesetzes unmittelbar vorangehenden 3 Kalenderjahre mindestens 141 Wochen in einem die Versicherungsspflicht begründenden Arbeitsverhältnis gehalten haben, vermindert sich die Parteizeit um so viele Beitragsjahre und überschüssige Beitragswochen, als ihr Lebensalter am 1. Januar 1891 ein Jahren und vollen Wochen das vollendete 40. Jahr überstiegen hat. Dabei werden für jedes vollendete Lebensjahr 47 Beitragswochen in Anlag gebracht. — **Wischenburgerstr. 7.** Beides zulässig. — **T. G. Arndt.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **A. A. Jawschl.**

**Weiter-Prognose für Mittwoch, den 25. Januar 1899.** Etwas kälter, ziemlich trübe und neblig bei schwachen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.



Amerikanisch-deutsche Zollplänkeleien.

Die Zollplänkeleien zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika hören nicht auf. Die neueste in Deutschland erbitende Maßregel ist zunächst rein zolltechnischer Natur...

können, als die gleichen Waaren, die in Deutschland bleiben und da verkauft werden müssen. Es liegt eine indirekte Exportämie vor. Seit Dezember vorigen Jahres verlangen nun die Zollbeamten von New-York, daß das Einfuhrhaus bei der Werthbestimmung auch den deutschen Zoll für das verarbeitete Rohmaterial berücksichtige...

ein Erfolg dieser Entschlung abzusehen wäre. Dem unmöglich ist Deutschland dazu berechtigt, den amerikanischen Behörden die Auslegung ihrer Gesetze vorzuschreiben zu wollen; der ganze Vorgang zeigt vielmehr nur, wohin die auf hohen Schutzzöllen beruhende Zollpolitik zweier Staaten, die gegenseitig aufeinander angewiesen sind...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 25. Januar. Opernhaus. Mignon. Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die drei Reiterfedern. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Die Jüde. Unter Menden Bekken. Ein Ehrenhandel. Ueberdräume. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Jago. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Der Schlafwagen. Kontrollen. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Sojganz. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Dittelo, der Mohr von Senedig. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Die Gaubentische. Weken. Fra Diavolo. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr. Luise. Wildes Blut. Hierauf: All Heil! Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Graf Waldemar. Anfang 8 Uhr. Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Onkel Toms Hütte oder: Sklavenleben in Amerika. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Berliner Mädel. Anfang 8 Uhr. Parodie. Gemoveja, Polzgrün am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr. Urania. Taudenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Band der Psyche. Invalidenstr. 57/62. Täglich Abends von 6-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Passage-Panopticon. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Im Hörsaal: Prof. Dr. Müller: „Die Bakterien“ (Biologie II). Invalidenstr. 57/62: Tägliche Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Castan's Panopticon. Die SIOUX-INDIANER sind da! Im Kaisersaal nur noch wenige Tage: Adrienne Gaston. Im Vorkursaal stündlich: 40 Krieger des Mahdi. Heute 25 Pf. Entree.

Passage-Panopticon. Im Kaisersaal nur noch wenige Tage: Adrienne Gaston. Im Vorkursaal stündlich: 40 Krieger des Mahdi. Heute 25 Pf. Entree.

Die Brandstifter. Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Mosnerowitsch. Musik von V. Hall. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. Vorzugsbilletts haben Gültigkeit. Morgen und folgende Tage: Der Brandstifter. Sonntag Nachmittags: Onkel Jonas.

Olympia-Theater. Karlstr. (Circus Ranz) Karlstr. Nur noch kurze Zeit! Abends 8 Uhr: Jeden Sonntag Nachm. 7 1/2 Uhr: Dornröschen. Halb Preis. 1 Kind frei. Sonnabend, den 23. Januar: II. Gr. Maskenball.

Circus Ranz-Riesen-Tunnel. Direction: J. M. Hatt. Täglich: Grosses Konzert der Handpelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und Grosse Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Klock. Das vollständig neue Januarprogramm. Anf. Bochent. 6 1/2 Uhr. Sonnt. 5 Uhr. Entree Bochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Apollo-Theater. Direction E. Waldmann. Carola Débriège Alexia Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend, den 4. Februar 1899: Yvette Guilbert. Billet - Vorverkauf täglich von 10-1 Uhr Vormittags und an der Abendkasse.

Metropol-Theater. Schrenker 55/57. Dir. Rich. Schultze. Heute, Mittwoch: Benefiz für Herrn Eduard Steinberger. Zum 30. Male: Die kleinen Michu's. Operette in 3 Akten v. André Messager. Hierauf: Die Engelsjäger. Langspiel in 14 Bildern von G. Regel und J. Bayer. Morgen und folgende Tage: Die kleinen Michu's und Die Engelsjäger.

Reichshallen. Stettiner Sänger. (Wesiel, Pietro, Britton, Siebl, Krone, Wühl, Schneider und Schrader.) Mittwoch, zum dritten Male: Pepita vor Gericht. Donnerstag, zum viertzten Male: Pepita vor Gericht. Sonnabend, zum letzten Male: Pepita vor Gericht. Sonntag, den 29. Januar: Novität: Frauen-Emanzipation. Anfang 8 Uhr. Tageslosse von 11-1 Uhr.

W. Noack's Theater. Brunnenstr. 16. Heute, Mittwoch, den 25. Januar: Wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung. Donnerstag: Die Waise aus Sowood. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Feen-Palast-Theater. Burgstr. 22. Burgstr. 22. Wiederauftreten der beliebtesten Schauspielerin Helene Voss. Neu! Der Feldwebel Schmidt. Am 8 1/2 Uhr: Hr. Lagerberg, Rik. Winkler und Wilhelm Fiedel in der unverwundlichen Hufe. Endlich zu Zweien. Kolossaler Weisheitsjubiläum! Fred Dewey, Gebr. Klossoff, Gebr. Vero, Louise v. Dolffs, Alexander Michaeljanko, Ruff, Gesang u. Tanz-Gesellschaft. Anfang 7 1/2, Sonntag 8 Uhr. Vorverkauf Form. v. 11-1 Uhr.

Concerthaus. Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen Zum Schluss: Zum 1. Male: Guten Morgen Herr Fischer. Quarg's Spezialitäten-Theater, Grand Hotel Alexanderplatz. Täglich: Cona Pilotti's Hunde u. Raben-Aktus. - Hedwig Günther. - Amanda und Hans Bellini. - The Mikrophon etc. Anfang 8 Uhr. - Sonntag 7 Uhr. Avis! Die Preis- und Konzertsäle des Grand Hotel Alexanderplatz sind unter sonderlichen Bedingungen zu Versammlungen, Privat-festlichkeiten zu vermieten. Fahrrad. E. J. gut. Fahrrad frankf. 55. 3. Bf. Rindorf, Berlinerstr. 95, Papst. 1358

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser. Sonnabend, den 28. Januar, in Louis Keller's Festsälen, Koppenstr. 29: Grosser Wiener Maskenball. Besondere Ueberraschungen, u. A.: Reigenfahrten von Mitgliedern des „Arbeiter-Radsahrer-Vereins Berlin“. Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf. Einlasskarten sind bei Herrn GRAUMANN, N. Rykostrasse 23, Hof IV, im Sotzersaal des „Vorwärts“ und auf der Verwaltung, Ritterstr. 88 I zu haben.

Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28. Große und kleine Säle für Vereine und Versammlungen. Vereins-Zimmer. 2 Regelbahnen noch zu vergeben. Kein Baden! Capfische mein reichhaltiges Lager in Filz- und Seidenhüten, Schirmen in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise. Richard Klose, Auflamerstr. 41, zweites Haus von der Brunnstraße. Eingang vom Hausflur. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Alcazar-Theater. Dresdenstr. 52/53. City-Passage. Direction: Richard Winkler. Nur noch wenige Aufführungen der hochachtungsvollen Hofe: Eine Sommerwohnung in Charlottenburg und des Ueberfelds. Zank-Tenfelchen! Anfang: Montag 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntag 40 Pf. Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.

Mähr's Theater. Cranichstr. 21. Täglich Vorstellung. Täglich: „Unser Helgoland.“ Otto Gregor a. O. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. Sonntag 6 Uhr. Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

Volks-Theater im Welt-Restaurant. Dresdenstr. 97. Dir.: A. Kollig. Akt. Leiter: A. Runge. Täglich: Große Gala-Spezialitäten und Theater-Vorstellung. Neu! Schühendröder. Neu! Polle mit Gesang von Fritz Waldau. Musik von Thiele. Stille Liebe mit Hindernissen. Origin. Poese mit Gesang v. W. Ruff. Sensationell! Sensationell! Klown Bobby mit seinen wunderbar dreif. Kunden. Sonntag 6 Uhr. Ende 11 Uhr. Anfang: Bochent. 8 Uhr.

Circus Busch. Mittwoch, den 25. Januar 1899, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. brillante Vorstellung. Zum 72. Male: Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer. Anführer: Der Apfel des Paris, geritten von 4 Damen. Auftreten d. Elite-Akrobaten-Truppe Relampagos. Hr. Born mit seinem Sporting Akt. 100 Klowns, männliche und weibliche, darunter die besten Vorderer-Springer der Welt. Die neuen Freiheits-dressuren des Direktors Busch. Auf-treten des berühmten Schreiters Burkhardt-Footitt. Auftr. der Klown Hr. Bogowsky und Mr. Daniels. Morgen 7 1/2 Uhr: Persien. Achtung! Vereine. Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt Ernst Lieber. Alte Jakobstraße 119

Leopold Made! im Alter von 51 Jahren. Dies zeigt mit der Bitte um stilles Beileid nicht bekräftigt an. Die trauernde Wittwe Marie Made!, geb. Förnle nebst Kindern. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Januar, Nachmittags 3 Uhr, vom Leichenhause der hl. Charite aus nach dem Alten Rosarich-Kirchhof in der Seestraße statt. Die Erbsverwaltung. Anfalligen Klagen, Eingaben u. Patzger, Steglitzerstr. 65.

Arbeitmarkt. Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Fork, Kretzschmar & Co. Barnimstr. 13. (Magazin Rannowstr. Brücke), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten! Achtung, Korbmacher! Bei der Firma Carl Lutze (Ardenstraße) haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten! Die Ortsverwaltung. Ein durchaus selbständiger Gärtler für chirurg. Instrumente, gelehrt in allen Zweigen der Fabrikation durchsich bewandert, als Werkmeister gegen hohen Lohn für dauernde Stellung und Alpenland gesucht. Ferner ein selbständig arbeitender Schlosser für chirurgische Operationsmodelle gesucht. Dr. mit Gehaltsanfragen und Zeugnisabschriften an die Exped. erbeten unter C. 9. Müllersstr. 29.

Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81. Jeden Mittwoch: humoristische Soirée Hippel's Stettiner Quartett- und Humoristen-Ensemble mit wechselndem, hochinteressantem, urkom. Programm! Nachher: Soiree-Tanzorchester. Entree im Vorverkauf 20 Pf., Ref. 40 Pf., Kasse 30 Pf., Ref. 50 Pf. Pansen-partouts haben Gültigkeit. Jeden Sonntag nur Ball. Die Direktion.

Die Festsäle und der Garten werden vom 1. April 1899 wieder an Generalhelfer, Gefang. Theater- und Besichtigung-Vereine unter sonderlichen Bedingungen zu Festlichkeiten vergeben. Rechtzeitige Meldungen erpartet Julius Wernau. 6324\*1 Gahwirth, Schwedterstr. 23/24. Stewp, Garbin, Porzellan, Stores, Balde, Wasserdosen, Wäsche, Hosen, Winterpaletots, Regent, Remon-tair Uhren, Opernal, verkauft sportlich Pfandleiche Reanderstraße 6.\* Zähne v. 2 Mark event. Zehnjahrling. Olga Jacobson, Invalidenstr. 145

Pratt, Naturarzt Dr. med. seit Jahren besond. Vertreter der Naturheilmethode, mit Vorkorenzen, sucht Engagement mit firmen an e. Krankenanstalt. Dr. u. O. P. O. 55 an Rudolf Woffe, Berlin SW.

Dr. Simmel, Horstplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Geschlechts. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Rohtabake! Tabellos brennende Decken, Umblatt und Einlagen. Beste Auswahl! Billigste Preise! Sämtl. Fabrikations-Verfahren. Zweig-Geschäft I: Vertreter: S. Groebel, II. Brunnenstraße 11. L. Cohn & Co. Hauptgeschäft: Georgenstraße 64. Masken-Garderoben-Verleih-Institut Fr. C. Frommholz Elsäßerstr. 78, Ecke Adersstr. Neuzuge Neuheiten der Saison, historische, Phantastie und National-Trachten. Dominos in allen Farben in Atlas von 1 RM. 50 ab. Höchst solide Preise. Vereine Ermäßigung.\* Hoffmann. Pianos. Pianoforte, Erbauer, mit größt. Tafel, in Holz od. Stahl, mit 4 Pedalen, mit 10/12/15/20/25/30/35/40/45/50/55/60/65/70/75/80/85/90/95/100/105/110/115/120/125/130/135/140/145/150/155/160/165/170/175/180/185/190/195/200/205/210/215/220/225/230/235/240/245/250/255/260/265/270/275/280/285/290/295/300/305/310/315/320/325/330/335/340/345/350/355/360/365/370/375/380/385/390/395/400/405/410/415/420/425/430/435/440/445/450/455/460/465/470/475/480/485/490/495/500/505/510/515/520/525/530/535/540/545/550/555/560/565/570/575/580/585/590/595/600/605/610/615/620/625/630/635/640/645/650/655/660/665/670/675/680/685/690/695/700/705/710/715/720/725/730/735/740/745/750/755/760/765/770/775/780/785/790/795/800/805/810/815/820/825/830/835/840/845/850/855/860/865/870/875/880/885/890/895/900/905/910/915/920/925/930/935/940/945/950/955/960/965/970/975/980/985/990/995/1000/1005/1010/1015/1020/1025/1030/1035/1040/1045/1050/1055/1060/1065/1070/1075/1080/1085/1090/1095/1100/1105/1110/1115/1120/1125/1130/1135/1140/1145/1150/1155/1160/1165/1170/1175/1180/1185/1190/1195/1200/1205/1210/1215/1220/1225/1230/1235/1240/1245/1250/1255/1260/1265/1270/1275/1280/1285/1290/1295/1300/1305/1310/1315/1320/1325/1330/1335/1340/1345/1350/1355/1360/1365/1370/1375/1380/1385/1390/1395/1400/1405/1410/1415/1420/1425/1430/1435/1440/1445/1450/1455/1460/1465/1470/1475/1480/1485/1490/1495/1500/1505/1510/1515/1520/1525/1530/1535/1540/1545/1550/1555/1560/1565/1570/1575/1580/1585/1590/1595/1600/1605/1610/1615/1620/1625/1630/1635/1640/1645/1650/1655/1660/1665/1670/1675/1680/1685/1690/1695/1700/1705/1710/1715/1720/1725/1730/1735/1740/1745/1750/1755/1760/1765/1770/1775/1780/1785/1790/1795/1800/1805/1810/1815/1820/1825/1830/1835/1840/1845/1850/1855/1860/1865/1870/1875/1880/1885/1890/1895/1900/1905/1910/1915/1920/1925/1930/1935/1940/1945/1950/1955/1960/1965/1970/1975/1980/1985/1990/1995/2000/2005/2010/2015/2020/2025/2030/2035/2040/2045/2050/2055/2060/2065/2070/2075/2080/2085/2090/2095/2100/2105/2110/2115/2120/2125/2130/2135/2140/2145/2150/2155/2160/2165/2170/2175/2180/2185/2190/2195/2200/2205/2210/2215/2220/2225/2230/2235/2240/2245/2250/2255/2260/2265/2270/2275/2280/2285/2290/2295/2300/2305/2310/2315/2320/2325/2330/2335/2340/2345/2350/2355/2360/2365/2370/2375/2380/2385/2390/2395/2400/2405/2410/2415/2420/2425/2430/2435/2440/2445/2450/2455/2460/2465/2470/2475/2480/2485/2490/2495/2500/2505/2510/2515/2520/2525/2530/2535/2540/2545/2550/2555/2560/2565/2570/2575/2580/2585/2590/2595/2600/2605/2610/2615/2620/2625/2630/2635/2640/2645/2650/2655/2660/2665/2670/2675/2680/2685/2690/2695/2700/2705/2710/2715/2720/2725/2730/2735/2740/2745/2750/2755/2760/2765/2770/2775/2780/2785/2790/2795/2800/2805/2810/2815/2820/2825/2830/2835/2840/2845/2850/2855/2860/2865/2870/2875/2880/2885/2890/2895/2900/2905/2910/2915/2920/2925/2930/2935/2940/2945/2950/2955/2960/2965/2970/2975/2980/2985/2990/2995/3000/3005/3010/3015/3020/3025/3030/3035/3040/3045/3050/3055/3060/3065/3070/3075/3080/3085/3090/3095/3100/3105/3110/3115/3120/3125/3130/3135/3140/3145/3150/3155/3160/3165/3170/3175/3180/3185/3190/3195/3200/3205/3210/3215/3220/3225/3230/3235/3240/3245/3250/3255/3260/3265/3270/3275/3280/3285/3290/3295/3300/3305/3310/3315/3320/3325/3330/3335/3340/3345/3350/3355/3360/3365/3370/3375/3380/3385/3390/3395/3400/3405/3410/3415/3420/3425/3430/3435/3440/3445/3450/3455/3460/3465/3470/3475/3480/3485/3490/3495/3500/3505/3510/3515/3520/3525/3530/3535/3540/3545/3550/3555/3560/3565/3570/3575/3580/3585/3590/3595/3600/3605/3610/3615/3620/3625/3630/3635/3640/3645/3650/3655/3660/3665/3670/3675/3680/3685/3690/3695/3700/3705/3710/3715/3720/3725/3730/3735/3740/3745/3750/3755/3760/3765/3770/3775/3780/3785/3790/3795/3800/3805/3810/3815/3820/3825/3830/3835/3840/3845/3850/3855/3860/3865/3870/3875/3880/3885/3890/3895/3900/3905/3910/3915/3920/3925/3930/3935/3940/3945/3950/3955/3960/3965/3970/3975/3980/3985/3990/3995/4000/4005/4010/4015/4020/4025/4030/4035/4040/4045/4050/4055/4060/4065/4070/4075/4080/4085/4090/4095/4100/4105/4110/4115/4120/4125/4130/4135/4140/4145/4150/4155/4160/4165/4170/4175/4180/4185/4190/4195/4200/4205/4210/4215/4220/4225/4230/4235/4240/4245/4250/4255/4260/4265/4270/4275/4280/4285/4290/4295/4300/4305/4310/4315/4320/4325/4330/4335/4340/4345/4350/4355/4360/4365/4370/4375/4380/4385/4390/4395/4400/4405/4410/4415/4420/4425/4430/4435/4440/4445/4450/4455/4460/4465/4470/4475/4480/4485/4490/4495/4500/4505/4510/4515/4520/4525/4530/4535/4540/4545/4550/4555/4560/4565/4570/4575/4580/4585/4590/4595/4600/4605/4610/4615/4620/4625/4630/4635/4640/4645/4650/4655/4660/4665/4670/4675/4680/4685/4690/4695/4700/4705/4710/4715/4720/4725/4730/4735/4740/4745/4750/4755/4760/4765/4770/4775/4780/4785/4790/4795/4800/4805/4810/4815/4820/4825/4830/4835/4840/4845/4850/4855/4860/4865/4870/4875/4880/4885/4890/4895/4900/4905/4910/4915/4920/4925/4930/4935/4940/4945/4950/4955/4960/4965/4970/4975/4980/4985/4990/4995/5000/5005/5010/5015/5020/5025/5030/5035/5040/5045/5050/5055/5060/5065/5070/5075/5080/5085/5090/5095/5100/5105/5110/5115/5120/5125/5130/5135/5140/5145/5150/5155/5160/5165/5170/5175/5180/5185/5190/5195/5200/5205/5210/5215/5220/5225/5230/5235/5240/5245/5250/5255/5260/5265/5270/5275/5280/5285/5290/5295/5300/5305/5310/5315/5320/5325/5330/5335/5340/5345/5350/5355/5360/5365/5370/5375/5380/5385/5390/5395/5400/5405/5410/5415/5420/5425/5430/5435/5440/5445/5450/5455/5460/5465/5470/5475/5480/5485/5490/5495/5500/5505/5510/5515/5520/5525/5530/5535/5540/5545/5550/5555/5560/5565/5570/5575/5580/5585/5590/5595/5600/5605/5610/5615/5620/5625/5630/5635/5640/5645/5650/5655/5660/5665/5670/5675/5680/5685/5690/5695/5700/5705/5710/5715/5720/5725/5730/5735/5740/5745/5750/5755/5760/5765/5770/5775/5780/5785/5790/5795/5800/5805/5810/5815/5820/5825/5830/5835/5840/5845/5850/5855/5860/5865/5870/5875/5880/5885/5890/5895/5900/5905/5910/5915/5920/5925/5930/5935/5940/5945/5950/5955/5960/5965/5970/5975/5980/5985/5990/5995/6000/6005/6010/6015/6020/6025/6030/6035/6040/6045/6050/6055/6060/6065/6070/6075/6080/6085/6090/6095/6100/6105/6110/6115/6120/6125/6130/6135/6140/6145/6150/6155/6160/6165/6170/6175/6180/6185/6190/6195/6200/6205/6210/6215/6220/6225/6230/6235/6240/6245/6250/6255/6260/6265/6270/6275/6280/6285/6290/6295/6300/6305/6310/6315/6320/6325/6330/6335/6340/6345/6350/6355/6360/6365/6370/6375/6380/6385/6390/6395/6400/6405/6410/6415/6420/6425/6430/6435/6440/6445/6450/6455/6460/6465/6470/6475/6480/6485/6490/6495/6500/6505/6510/6515/6520/6525/6530/6535/6540/6545/6550/6555/6560/6565/6570/6575/6580/6585/6590/6595/6600/6605/6610/6615/6620/6625/6630/6635/6640/6645/6650/6655/6660/6665/6670/6675/6680/6685/6690/6695/6700/6705/6710/6715/6720/6725/6730/6735/6740/6745/6750/6755/6760/6765/6770/6775/6780/6785/6790/6795/6800/6805/6810/6815/6820/6825/6830/6835/6840/6845/6850/6855/6860/6865/6870/6875/6880/6885/6890/6895/6900/6905/6910/6915/6920/6925/6930/6935/6940/6945/6950/6955/6960/6965/6970/6975/6980/6985/6990/6995/7000/7005/7010/7015/7020/7025/7030/7035/7040/7045/7050/7055/7060/7065/7070/7075/7080/7085/7090/7095/7100/7105/7110/7115/7120/7125/7130/7135/7140/7145/7150/7155/7160/7165/7170/7175/7180/7185/7190/7195/7200/7205/7210/7215/7220/7225/7230/7235/7240/7245/7250/7255/7260/7265/7270/7275/7280/7285/7290/7295/7300/7305/7310/7315/7320/7325/7330/7335/7340/7345/7350/7355/7360/7365/7370/7375/7380/7385/7390/7395/7400/7405/7410/7415/7420/7425/7430/7435/7440/7445/7450/7455/7460/7465/7470/7475/7480/7485/7490/7495/7500/7505/7510/7515/7520/7525/7530/7535/7540/7545/7550/7555/7560/7565/7570/7575/7580/7585/7590/7595/7600/7605/7610/7615/7620/7625/7630/7635/7640/7645/7650/7655/7660/7665/7670/7675/7680/7685/7690/7695/7700/7705/7710/7715/7720/7725/7730/7735/7740/7745/7750/7755/7760/7765/7770/7775/7780/7785/7790/7795/7800/7805/7810/7815/7820/7825/7830/7835/7840/7845/7850/7855/7860/7865/7870/7875/78



# An alle Buchdrucker Berlins u. Umgegend!

Donnerstag, den 26. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:

## Buchdrucker-Versammlung

in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20.

L.O.: Der Terrorismus des „Berliner Lokal-Anzeiger“ und des Verbandes.

Balreiches Erscheinen erwartet

Referent: Kollege Kitzler.

Der Einberufer: R. Schulze, Oranienstr. 27.

## Schöneberg.

Donnerstag, den 26. Januar 1899, Abends 8 Uhr, Schloßbrauerei, Hauptstr. 112:

## Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

L.O.: 1. Der Ausstand der Buchdrucker im „Berliner Lokal-Anzeiger“. Referent: Buchdrucker Albert Hassini. 2. Bericht unserer Stadtverordneten. 3. Bericht des Referenten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Achtung!

Britz.

Achtung!

Donnerstag, 26. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Püschel's Landhaus, Chausseestr. 97:

## Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die Verhandlungen des deutschen Reichstages und die neue Verfassung. Referent Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubelt. 2. Diskussion. 3. Bericht des Referenten. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. Der Vertrauensmann.

## Verband der Maler u.

Mittheilung

Sonnabend, den 28. Januar 1899:

## Großer Wiener Masken-Ball

Quary's Festsäle (Hotel Alexanderplatz) Neue Königl. Eingang: Tickets à 50 Pf. sind in den Zahlstellen Stramm, Ritterstr. 123; Leuz, Alte Jakobstr. 60; Berte, Rosinistr. 50; Behrendt, Blumenstr. 5; Perichle, Gabelbergerstr. 37; Bergemann, Fajewallerstr. 3; Gente, Langestr. 102 und Sahn, Stralauerstr. 48 zu haben. Das Komitee.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprockst. 9-7.

# Freie Volksbühne.

Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr: V. Abtheilung. Wallenstein's Tod.

Morgen Donnerstag, Abends 8 Uhr, in Coen's Festsaal, Southstr. 20:

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Frau Dr. J. Zudek: Der literarische Werth der von der „Freien Volksbühne“ aufgeführten Stücke und Diskussion. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes und der Revisoren. 3. Wahl des Obmanns der Ordner der 6. Abtheilung. Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Zutritt.

VI. Abtheilung. Sonntag, den 3. Februar: Wallenstein's Tod.

In Vorbereitung für die nächste Serie:

In Behandlung. Von Max Dreyer.

(Am 12., 19., 26. Februar, 5., 12. und 19. März.)

Da die Vorstellung der VI. Abtheilung bereits am 5. Februar (Wallenstein's Tod) stattfindet, können neue Mitglieder nur noch bei schneller Anmeldung in allen Zahlstellen aufgenommen werden. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 67.)

Die General-Versammlung findet am Sonntag, den 29. Januar d. J., Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn A. Feind, Weinstraße 11, statt.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl der Revisoren und Krankentrustessen. 4. Bericht des Referenten. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Vorstand. I. A.: Otto Tschoppe.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!

## Oswald Nier's Ungegypste!

Kein K. Gernisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Blumarsok's Worten: „Nationalgetränk“. Angenehm, leicht trinkbar und dabei so sehr stärkend.

## Naturweine aus Weintrauben

v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sov. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/2, 1/4, 1/8 L. f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!

87 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland! Ausf. Preisacount nebst Broschüre gratis und franco. Hauptgeschäfts- und Versandabtheilung BERLIN N., Lindenstr. 159. No. 17

## OSWALD NIER

Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches.

Rindfleisch pro Pfd. von 80 Pf. an, Schweinefleisch 40 Pf. 1888.

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Moebel, baar u. Theilzahlung, billigt. Frankfurt a. M. 110 I. Gefe Königsbergerstr.

Soeben beginnt neuer Jahrgang:

## IN FREIEN STUNDEN



ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG KEFT 10 PFENNIG DIE TOCHTER DES SUDENS

Zu beziehen durch alle Colporteurs und Spediteure.

## Maskengarderobe

von Otto Runge Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075 empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Gr. Lager von Carneval-Kaufzügen.

C., Spittelmarkt 16-17.

# A. JANDORF & Co

SW. Belle-Alliancestrasse 1-2.

## Glas.

- Bierbecher . . . . . Stück 5 Pf.
- Biertulpen, geschliffen . . . Stück 20 Pf.
- Käseglocken mit Teller, geschliffen . 48 Pf.
- Zuckerschalen, geschliffen . . . 30 Pf.
- Wasserkaraffen, 1 1/2 L geschliffen 58 Pf.

## Steingut.

- Kaffeeteller, Zwiebelmuster . . . 5 Pf.
- Dessertteller, blau Zwiebelmuster . 5 Pf.
- Kindertassen . . . . . 8 Pf.
- Milchtöpfe, blau Zwiebelmuster, 20, 27, 35 Pf.
- Assietten, Satz 5 Stück . . . . . 35 Pf.
- Waschgarnituren, farbig mit Buntdruck, 3 Theile . . . . . 2<sup>50</sup> M.

## Porzellan.

- Speiseteller, hoch und tief, Buntdruck 28 Pf.
- Dessertteller, Buntdruck . 15 Pf., 20 Pf.
- Kaffeeteller, decorirt . . . . . 10 Pf.
- Kaffeetassen, reich decorirt . . . . 28 Pf.
- Kuchenteller, durchbrochen, decorirt 50 Pf.
- Dessertteller, durchbr., decor., 15 Pf., 28 Pf.
- Tafel-Services, Buntdruck, 30 Theile für 6 Gedecke 13<sup>50</sup>. 60 Theile für 12 Gedecke 27<sup>00</sup>.

## Fahnenstoffe.

- Schwarz, weiss, roth, ca. 80 cm breit, Meter 35 Pf.
- Dreifarbig, in einem Stück, ca. 80 cm breit, Meter 52 Pf.
- Dreifarbig, in einem Stück, ca. 140 cm breit, Meter 1 Mk.
- Wollene Flaggenstoffe, schwarz, weiss, roth, ca. 50/52 cm breit, Meter 75 Pf.

## Zur Illumination.

- Motard-Kerzen, 6er u. 8er, Packet 48 Pf.
- Motard Milly Kerzen 6er u. 8er 35 Pf.

## Fussmatten

- ohne Rand . . . . . 26 Pf.
- mit Rand . . . . . 38 Pf.
- Bunte Wirthschaftsschürzen mit Volant und Tasche 73 Pf.
- Hausschürzen, gepaspelt, ganz weit, mit Tasche, Stück 87 Pf.
- Wirthschaftsschürzen mit Latz und Trägern, bunt besetzt, Stück 87 Pf.
- Blaudruck-Hausschürzen mit Band, Latz und Tasche, Stück 63 Pf.

## Neuheit!!

- Herren-Armloch-Serviteurs, Ersatz für Oberhemden, Stück 85 Pf.

- „Colley“-Ketten, Neuheit! Stück 72 Pf.
- Plüschpompador . . . Stück 43 Pf.
- Corset, „Empire“-Façon, elegant garnirt . . . . . Stück 1<sup>00</sup> M.
- Seidene Vorsteckschleife neueste Façon . . . . . Stück 68 Pf.
- Crêplisse-Schleife, Jabot-Façon, 85 Pf.
- Fächerhalter . . . . . 42 Pf.
- Ballfächer mit eleganter Malerei . . . 1<sup>05</sup> M.
- Theaterfächer, schwarz mit weiss, hochelegant, 2<sup>95</sup> M.
- Federfächer für Maskenball, Stück 23 Pf.
- Papierfächer für Maskenball, Stück 9 Pf.
- Ballgürtel aus Metallband . . . Stück 42 Pf.
- Masken-Velvet . . . . . Meter 56 Pf.
- Masken-Atlas . . . . . Meter 33 Pf.
- Tarlatan in allen Farben . . . Meter 19 Pf.
- Celluloid-Empire-Kämme 23 Pf., 45 Pf.
- Celluloid-Seitenkämme Paar 33 Pf.

Neu eingetroffen: \*

# „Jandorf-Kaffee“

- 1 Pfd. 80 Pfg., 1 Mk., 1<sup>20</sup> Mk., 1<sup>40</sup> Mk., 1<sup>60</sup> Mk.
- 1/2 „ 40 „ 50 Pfg., 60 Pfg., 70 Pfg., 80 Pfg.